

Editorial



Ausgabe 06/2013

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes sowie der Regelung der Elternzeit wurde im Jahr 2007 ein Element einer nachhaltigen Familienpolitik implementiert, das im wesentlichen fünf Ziele hatte: So sollte das Einkommen der Eltern gesichert, eine Fürsorgezeit ermöglicht und die Erwerbsbeteiligung von Müttern erhöht werden. Zudem galt es, die Gleichstellung zu fördern, indem sich auch die Väter an der Kinderfürsorge beteiligten. Darüber hinaus sollte sich die Maßnahme auch förderlich auf die Geburtenentwicklung auswirken und dazu beitragen, dass die Familiengründung erleichtert wird.

Auch wenn von Anfang an über Ziele und mögliche Effekte in Politik und Medien kontrovers diskutiert wurde, zeigen aktuelle Analysen des BIB, dass sich sechs Jahre später hinsichtlich einiger intendierter Ziele des Elterngeldes Wirkungen zeigen. In manchen Bereichen gibt es allerdings noch Defizite. Als Beispiel mag hier die Entwicklung der Geburtenrate dienen, die durch das Elterngeld nicht gestiegen ist – wobei sich allerdings auch keine Wirkungslosigkeit belegen lässt, da zumindest bei Akademikerinnen in den letzten Jahren der Geburtenrückgang gestoppt wurde. Als erschwerend kommt hier hinzu, dass sich Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität meist erst in langfristiger Perspektive nachweisen lassen. Demnach bleibt abzuwarten, wie sich die Entwicklung der Geburten in den nächsten Jahren weiter gestaltet.

Deutliche Wirkungen zeigen sich dagegen bei der Beteiligung der Väter an der Elternzeit: Hier gab es einen deutlichen Anstieg in den letzten Jahren. Wie sich die Beteiligungsquoten sowie die Dauer und Höhe im Bundesländervergleich verteilen, zeigen Martin Bujard und Katrin Fabricius in ihrem Beitrag.

Prof. Norbert F. Schneider, Direktor des BIB

Mehr Väter mit Elternzeit:

Beteiligungsquoten, Dauer und Höhe im Bundesländervergleich

Seit der Einführung des Bundeseltern- und Elternzeitgesetzes ist der Anteil der Väter mit familienbedingten Erwerbsunterbrechungen durch das Elterngeld sprunghaft angestiegen. So hat sich nach der aktuellen Elterngeldstatistik die Väterbeteiligung von etwa vier Prozent 2006 bis heute mit 28,2 Prozent versiebenfacht. Zudem lässt sich eine weiter steigende Tendenz feststellen. Doch die Entwicklung verläuft keineswegs in allen Bundesländern homogen. So gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern und zwar nicht nur bei der Beteiligungsquote der Väter, sondern auch bei der, je nach Bundesland, unterschiedlichen Dauer und der Höhe der Elterngeldleistung von Vätern. Der Beitrag präsentiert die Befunde der aktuellsten Elterngeldstatistik und diskutiert, warum der Anstieg in einigen Bundesländern stärker ist als in anderen. Dabei sollte die gestiegene Quote nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, dies nur für eine deutlich kürzere Zeit beanspruchen als Mütter. (Seite 2)



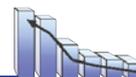
Verlorene Jahre? Potenziale des Alters vor dem Hintergrund gesundheitlicher Ungleichheit

Die heute 60- bis 80-Jährigen befinden sich in einer historisch einmaligen Situation: Sie sind wohlhabender, besser gebildet und gesünder als alle Generationen vor ihnen. Im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs ist daher in den letzten Jahren ein Wandel des Altersbildes zu beobachten, der besonders die Potenziale des Alters betont. Dabei wurde bislang die Frage der Gesundheit älterer Menschen und deren individueller, sozialer Einflüsse auf die Chancen eines gesunden und langen Lebens vernachlässigt. Dieser Beitrag plädiert daher für eine stärkere Ausrichtung des Potenzial-Diskurses auf den Bereich „Gesundheit“ als grundlegender Voraussetzung für die Verwirklichung von Potenzialen im Alter(n). Dabei bestehen allerdings in modernen Gesellschaften deutliche Unterschiede der Gesundheit und der Lebenserwartung nach sozialer Lage. Deshalb untersucht der Artikel die Auswirkungen gesundheitlicher Ungleichheit der 60- bis 80-Jährigen und verknüpft die Befunde mit dem Diskurs um die Potenziale des Alter(n)s. (Seite 11)



Generationengerechtigkeit in den nordischen Ländern: Ein Modell für die Welt?

Eine Vielzahl von Indikatoren weist darauf hin, dass die nordischen Länder politische Maßnahmen ergriffen haben, die die Lasten zwischen Jung und Alt gerechter verteilen als in anderen OECD-Staaten. Auf der Grundlage eines OECD-Ländervergleichs stellt der Beitrag unter anderem die Frage, ob die eingeleiteten sozialpolitischen Maßnahmen dieser Region als Modell für andere Staaten dienen können. (Seite 19)



Martin Bujard (BiB); Katrin Fabricius (Universität Oldenburg)¹

Mehr Väter mit Elternzeit:

Beteiligungsquoten und Bezugsdauer von Elterngeld im Bundesländervergleich

Das zum Jahr 2007 eingeführte Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) hatte unter anderem das Ziel, die Beteiligung von Vätern an der Fürsorge des Nachwuchses zu erhöhen. Betrachtet man nur die Beteiligungsquote von Vätern an der Elternzeit, hat sich dieses Ziel bisher erfüllt: Von etwa 4 Prozent 2006 hat sich die Väterbeteiligung bis heute auf 28,2 Prozent versiebenfacht – Tendenz steigend. Jedoch hat sich die durchschnittliche Dauer des Elterngeldbezugs durch Väter in den letzten Jahren auf zuletzt 3,3 Monate reduziert. Beide Trends divergieren also. Der Beitrag zeigt anhand der *Kombination* von Beteiligungsquote und Dauer, dass es insgesamt bis heute einen kontinuierlichen Anstieg von Elterngeldmonaten für Väter gibt.

Betrachtet man die Werte der einzelnen Bundesländer, bestehen erhebliche Unterschiede, gerade auch hinsichtlich unterschiedlicher Trends im Zeitverlauf. Hinzu kommt, dass die Performanz der Bundesländer vom jeweils betrachteten Indikator abhängt: So liegt Bayern bei der Beteiligungsquote vorne, Bremen bei der Dauer und Berlin führt beim kombinierten Indikator. Der Beitrag stellt die Befunde der aktuellsten Elterngeldstatistik dar und diskutiert, warum sich der Anstieg der väterlichen Beteiligung in einigen Bundesländern stärker vollzieht als in anderen. Dabei wird auch gezeigt, dass die Höhe der Elterngeldleistung aufschlussreich ist.

1. Das Elterngeld und die Beteiligung von Vätern

Die Beteiligung von Vätern an der Erziehungsarbeit ist ein zentraler Aspekt der Elterngeldreform. Sie ist nicht nur ein explizites Ziel, sondern auch ein Kern des Paradigmenwechsels, den das Elterngeld in der deutschen Familienpolitik darstellt (Bertram/Deuflhard 2013; Bujard 2013a). Dieser Paradigmenwechsel lässt sich zum einen an der einkommensabhängigen Ausgestaltung dieser Transferleistung festmachen, die dem Lebenslaufansatz entspricht, und zum anderen an den expliziten Anreizen für Väter, eine berufliche Pause für die Elternzeit zu nehmen. Väter stellen damit –

erstmalig in dieser Größenordnung – eine Zielgruppe familienpolitischer Maßnahmen dar (Baronsky et al. 2012). Diese staatliche Förderung der „aktiven Vaterschaft“ war in der Entstehungsphase des BEEG durchaus umstritten, sie wurde von einigen politischen Kräften als „Bevormundung“ von Paaren bezeichnet.

Die Elterngeldhöhe richtet sich nach dem vorherigen Einkommen und ersetzt dieses zu 67 Prozent; sie beträgt mindestens 300 Euro und höchstens 1800 Euro. Diese neuartige Ausgestaltung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung soll die vor Einführung des BEEG vorherrschende „Achterbahnfahrt des Einkommens“ bei Eltern reduzieren. Hier manifestiert sich die Lebenslaufpolitik, die im Siebten Familienbericht verankert wurde (Deutscher Bundestag 2006a). Eltern können innerhalb der ersten 14 Lebensmonate des Kindes zusammen bis zu 14 Monate Elterngeld beziehen, jeder Partner dabei maximal 12 Monate. Wenn z. B. die Mutter das Maximum von 12 Monaten nutzt, bleiben dem Paar zwei Monate („Bonusmonate“), die entweder der Vater in Anspruch nimmt oder die sonst verfallen. Hierfür hat sich in den Medien der Begriff „Vätermonate“ etabliert. Er wird im BEEG nicht genannt, da das Elterngeld geschlechtsneutral geregelt ist und die Partner frei sind, die 14 Monate untereinander auf-

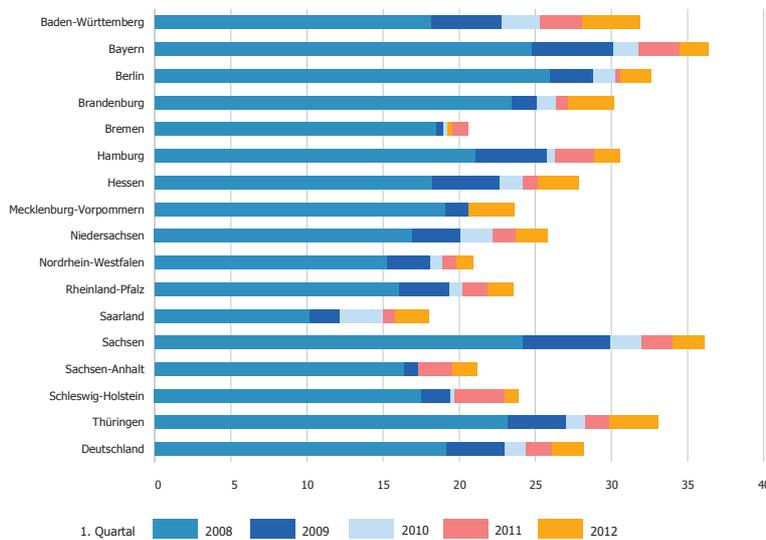
Der Indikator zur Väterbeteiligung

Die Daten zur Erziehungsgeldstatistik für das Jahr 2006 sind mit der umfassenden Elterngeldstatistik, die das Statistische Bundesamt seit 2008 jedes Jahr herausgibt, nur schwer vergleichbar. Die Erziehungsgeldstatistik zeigt, dass der Väteranteil unter den Leistungsbeziehern 2006 nur bei 3,5 Prozent lag, so dass die Väterbeteiligung an der Elternzeit deutlich unterhalb von fünf Prozent liegen dürfte. Die Elterngeldstatistik dagegen bezieht die Väterbeteiligung nicht auf einen Zeitraum des Elterngeldbezugs durch Väter und auch nicht in Relation zu den Müttern, sondern errechnet die vollendeten Leistungsbezüge für alle Kinder, die im jeweiligen Quartal geboren wurden. Sie sagt also quasi aus Perspektive der Kinder aus, wie viele Väter innerhalb ihrer ersten 14 Monate Elterngeld bezogen haben. Die aktuelle Väterbeteiligung von 28,2 Prozent für Deutschland bezieht sich auf die im ersten Quartal 2012 geborenen Kinder. Logischerweise sind die jeweiligen Zahlen also erst 14 Monate nach der Geburt von Kindern erfassbar, in diesem Fall Ende Mai 2013.

¹ Wir danken Evelyn Grünheid, Bernhard Gückel und Stine Waibel für wertvolle Hinweise sowie dem Team des Statistischen Bundesamtes, das die hier analysierte Elterngeldstatistik so akkurat und aktuell erstellt hat.



Abb. 1: Väterbeteiligung am Elterngeld nach Bundesländern 2008-2012



Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2013, eigene Darstellung.
Anmerkung: Die Werte beziehen sich auf die vollendeten Leistungsbezüge des Elterngeldes bezüglich der Kinder, die im jeweiligen Quartal geboren wurden.

© BiB 2013

zuteilen: Väter können also beispielsweise auch vier, sieben oder 12 Monate Elterngeld beziehen. Die „exklusiven“ Partnermonate zielen also darauf ab, Anreize für Väter zur Übernahme von Familienaufgaben zu schaffen. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass beim früheren Erziehungsgeld der Väteranteil fortwährend zwischen drei und fünf Prozent lag (vgl. Mühlhng/Rost 2013: 380).

Tatsächlich ist der Anteil von Vätern, die Elternzeit beanspruchen, infolge des Elterngeldes erheblich gestiegen: Mit 28,2 Prozent nehmen heute etwa sechs bis sieben Mal mehr Väter Elternzeit als vor der Elterngeldreform. Dies ist ein Quantensprung, der in Wissenschaft und Medien viel beachtet wird. Zumindest bezüglich der epochal gestiegenen Väterbeteiligung wird das Elterngeld in den Medien als Erfolg gefeiert. Überwiegend positiv ist die Bewertung in der Wissenschaft, auch wenn dort zusätzlich relativierende Argumente genannt werden (Bujard 2013a; Trappe 2013).

Im Folgenden werden Aspekte der Väterbeteiligung analysiert, die sich hinter der Beteiligungsquote von 28 Prozent verbergen. Für die Analyse der Väterbeteiligung, gerade auch in Hinsicht auf den Gleichstellungsaspekt, sind neben der Quote auch die Dauer und das Muster der Väterbeteiligung interessant. Gibt es zwischen den Bundesländern Unterschiede und, falls ja, warum? Welche Rolle spielt die Höhe des Elterngeldes von Müttern und Vätern? Existieren Unterschiede bei der Väterbeteiligung im Zeitverlauf und welche Trends zeichnen sich dort ab?

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Väterbeteiligung nach Bundesländern zwischen 2008 und 2012. Hier wird deutlich, dass die Väterbeteiligung seit Inkrafttreten des Elterngeldes insgesamt kontinuierlich angestiegen ist: Während sie 2008 bei 19,2 Prozent lag, stieg sie 2009 auf 23,0, 2010 auf 24,4, 2011 auf 26,1 und 2012 auf 28,2 Prozent an (jeweils bezogen auf das erste Quartal). Der positive Gesamttrend hält also noch an. Zwischen den einzelnen Bundesländern existieren jedoch deutliche Unterschiede: Im Jahr 2012 bilden das Saarland, Bremen und Nordrhein-Westfalen die Schlusslichter, hier liegt die Väterquote unter 22,0 Prozent. In Sachsen und Bayern ist die Väterbeteiligung mit 36,1 bzw. 36,4 Prozent am höchsten. Auch hinter dem steigenden Gesamttrend verbergen sich erhebliche Bundesländerunterschiede: In Baden-Württemberg ist die Väterbeteiligung in den letzten vier Jahren am stärksten gestiegen (um 13,6 Prozentpunkte), während diese in Bremen fast konstant geblieben ist (0,8 Prozentpunkte Anstieg).

Wie lässt sich die deutlich variierende Väterbeteiligung am Elterngeldbezug zwischen den Bundesländern deuten? Eine naheliegende Erklärung betrifft die soziostrukturellen Unterschiede von männlichen Elterngeldbeziehern, die sich anhand der Elterngeldstatistik jedoch nicht analysieren lassen. Auch könnten Stadt-Land-Differenzen, oder auch nach wie vor existierende Ost-West-Unterschiede in Hinblick auf Einstellungen eine Rolle spielen. Differenzen zwischen alten und neuen Bundesländern bestehen insofern, als dass Väter in ostdeutschen Ländern eher egalitäre Orientierungen hinsichtlich Geschlechterrollen aufweisen. Auch stehen sie einer mütterlichen Erwerbstätigkeit eher positiv gegenüber. Trappe (2013: 239) verweist in diesem Kontext generell auf „regional variierende Opportunitätsstrukturen“.

Wichtige Aspekte stellen außerdem die Dauer der Väterbeteiligung sowie die Höhe des Elterngeldes dar, die in den nächsten beiden Kapiteln im Kontext der Bezugsquote untersucht werden.

2. Dauer der Väterbeteiligung

Während die Quote der Väterbeteiligung oft im Fokus steht, wird die Dauer mit ihren erheblichen Bundesländerunterschieden nur relativ selten analysiert. Hinter der durchschnittlichen Bezugsdauer des Elterngeldes durch Väter ste-

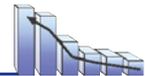
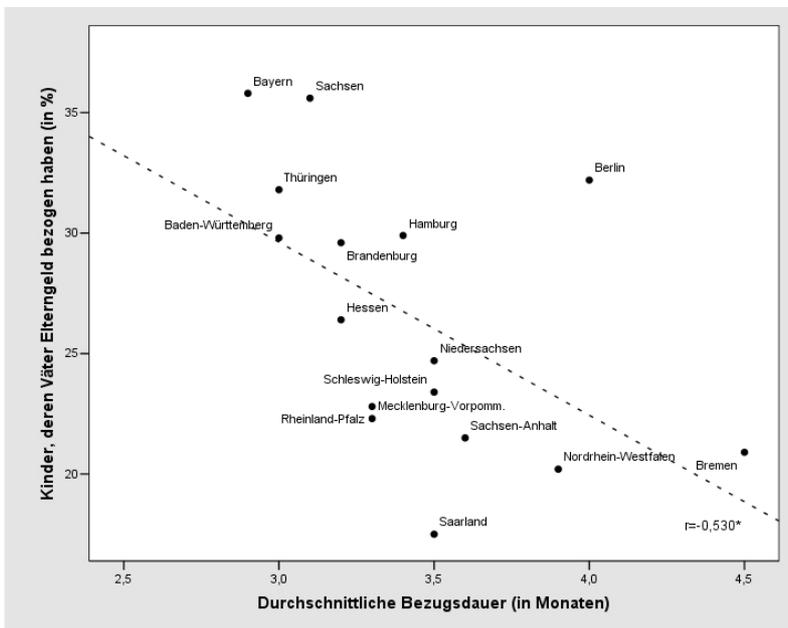


Abb. 2: Väterbeteiligung und Bezugsdauer des Elterngeldes für 2011 geborene Kinder nach Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Basis von: Statistisches Bundesamt 2013

hen unterschiedliche Muster der Väterbeteiligung: Mit 76,9 Prozent nimmt ein Großteil der Väter, die die Elternzeit nutzen, „nur“ die beiden Bonusmonate. 13,8 Prozent beziehen drei bis neun Monate Elterngeld und lediglich 6,6 Prozent der Väter sorgen 12 Monate lang für die Betreuung ihres Nachwuchses. Für die Analyse von Trends und für den Bundesländervergleich ist der Durchschnittswert der Dauer ein hilfreicher Indikator.

Wie sieht der Trend in der Dauer der Väterbeteiligung aus? Ist auch hier ein Anstieg feststellbar? Die durchschnittliche Dauer der Väterzeit lag für im Jahr 2008 geborene Kinder bei 3,66 Monaten und ist seitdem kontinuierlich gesunken: 2009 waren es 3,49 Monate und in den Folgejahren 2010 und 2011 3,35 bzw. 3,30 Monate. Für im ersten Quartal 2012 geborene Kinder lag die durchschnittliche Dauer der Väterzeit bei 3,27 Monaten. Die Entwicklung der Bezugsdauer steht also der Entwicklung der Beteiligungsquote diametral entgegen: Immer mehr Väter nehmen Elternzeit, diese ist jedoch im Durchschnitt immer kürzer.

Wie unterscheidet sich die Dauer im Bundesländervergleich und inwiefern gibt es einen Zusammenhang zur Quote der Väterbeteiligung? Abbildung 2 zeigt, dass ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen Quote und Bezugsdauer des Elterngeldes für Väter besteht: der Korrelationskoeffizient beträgt -0,53. Die Dauer ist in Bayern mit 2,9 Monaten

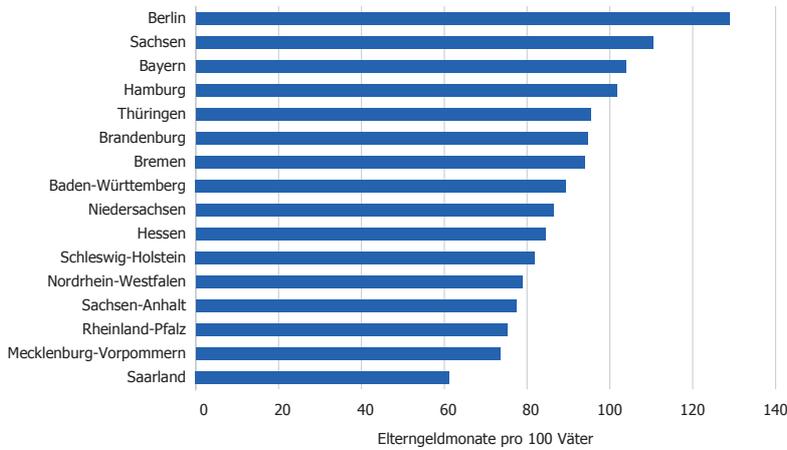
sowie in Baden-Württemberg und Thüringen mit rund 3 Monaten am geringsten. Mit 4,5 Monaten nehmen Väter in Bremen gefolgt von Berlin (4 Monate) und Nordrhein-Westfalen (3,9 Monate) durchschnittlich am längsten Elterngeld.

Es kann konstatiert werden, dass eine hohe Väterbeteiligung insgesamt mit einem hohen Anteil an Vätern einhergeht, die maximal zwei Monate Elterngeld beziehen. Väter nehmen also mehrheitlich lediglich die sogenannten „Partnermonate“ in Anspruch. Den höchsten Anteil an Vätern mit einer maximalen Bezugsdauer von zwei Monaten gab es in Bayern mit 83 Prozent sowie in Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen mit etwa 81 Prozent. Nur etwa 9 Prozent der Väter für 2011 geborene Kinder nahmen das Elterngeld für 10 bis 12 Monate in Anspruch (vgl. Statistisches Bundesamt 2013: 6).

Ist nun die Quote oder die Dauer der Elternzeit von Vätern der aussagekräftigere Indikator für das Ziel der stärkeren Fürsorgebeteiligung von Vätern bzw. allgemeiner, für das Ziel „Gleichstellung“? Wenn man dem Argument folgt, dass die Erfahrung von Vätern, eine berufliche Pause für die Fürsorge der Kinder zu nehmen, zentral sei, ist die Quote ein wichtiger Indikator. Dahinter steckt implizit die Annahme, dass Väter auch bei zwei Monaten besser als ohne Elternzeit lernen, den Alltag mit ihrem Baby zu organisieren und eine intensivere Bindung zu ihrem Nachwuchs aufbauen können. Dazu kommt, dass diese Väter eine Unterbrechung bzw. Reduzierung ihrer Erwerbstätigkeit zugunsten von Fürsorgezeit als Lebensoption lernen. In Bayern machen mit 36,3 Prozent fast doppelt so viele Väter diese Erfahrungen wie im Saarland, wo die Quote bei 17,9 Prozent liegt. Wenn man jedoch die Dauer stärker gewichtet, vielleicht sogar dem verbreiteten Zweimonats-Muster einen „Mitnahmeeffekt“ unterstellt, sieht die Beurteilung anders aus. Gerade in Bayern gibt es wenige Väter, die zusätzlich zu den beiden Bonusmonaten weitere Monate Elternzeit nehmen. Einiges spricht dafür, dass insbesondere bei der Frage einer partnerschaftlicheren Aufteilung der Fürsorge eine längere Väterzeit zentral ist (vgl. Trappe 2013). Hier sind ressourcentheoretische Überlegungen auf der Paarebene und milieuspezifische Einstellungen ebenso von Bedeutung wie die Frage nach der Art der jeweiligen Nutzung der Väterzeit.



Abb. 3: Gesamte Elternzeit von Vätern in Monaten



Datenquelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Basis von: Statistisches Bundesamt 2013.
Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf Väter von im Jahr 2011 geborenen Kindern.

© BiB 2013

Zweifellos stellen die Beteiligungsquote von Männern und die Dauer der Väterzeit wichtige Indikatoren dar. Überaus aufschlussreich ist jedoch ein dritter Indikator: die Kombination beider Faktoren, die im Folgenden aus dem Produkt von Quote und Dauer errechnet wird. Abbildung 3 zeigt, für wie viele Monate das Elterngeld pro 100 Väter in den Bundesländern durchschnittlich bezogen wird. Den Spitzenwert hat Berlin mit 128,8 Monaten; auch Sachsen, Bayern und Hamburg liegen bei über 100 Monaten auf 100 Väter – also bei einem Durchschnittswert von über einem Monat pro Vater. Schlusslicht bildet das Saarland mit 61,3 Monaten. Wenn man also Beteiligungsquote und Dauer gleichermaßen als zentral erachtet, um das Ziel einer besseren Gleichstellung durch eine stärkere Fürsorgebeteiligung von Vätern zu verfolgen, sind Berlin und Sachsen führend.

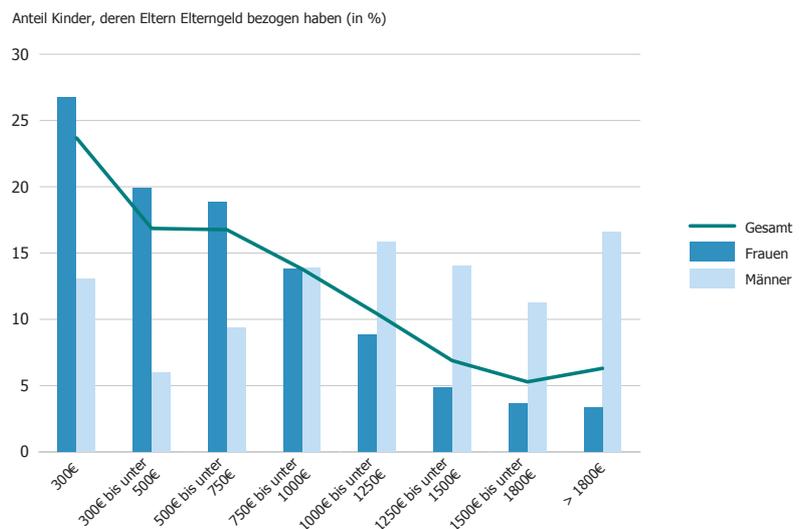
3. Höhe der Elterngeldleistung

In Hinblick auf die Beteiligung von Vätern am Elterngeld erscheint es sinnvoll, die Betrachtung von Beteiligungsquoten und Bezugsdauer auch im Kontext der Höhe der Elterngeldleistung vorzunehmen. Denn bei der Frage, warum Väter seit Einführung des Elterngeldes vermehrt Elternzeit nehmen, spielen ökonomische Aspekte eine erhebliche Rolle. Das Elterngeld setzt an den Opportunitätskosten an, welche in partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen zur Aufteilung von Lohn- und Fürsorgearbeit wichtig sind (Becker 1991).

Abbildung 4 zeigt die Höhe des Elterngeldes differenziert nach Geschlecht der Elterngeldbeziehenden: Sie zeigt deutlich, dass der Anteil an Müttern mit steigender Höhe der Elterngeldleistung sinkt. Da auch das Gros der Elterngeldbeziehenden Frauen sind, geht die Gesamttendenz ebenfalls in diese Richtung. Die Mehrheit der Mütter, etwa 65 Prozent, erhält ein Elterngeld von unter 750 Euro; bei den Vätern sind es nur 27 Prozent. Etwa 26 Prozent aller Mütter erhalten sogar lediglich den Grundbetrag von 300 Euro. Ein hohes Elterngeld von mehr als 1500 Euro beziehen nur knapp 7 Prozent aller Mütter, während es bei den Vätern fast 28 Prozent sind. Männliche Elterngeldbezieher erhalten mit steigender Beteiligung tendenziell eine höhere Elterngeldleistung, wobei dieser Trend weniger stark ausgeprägt ist als der negative Zusammenhang bei den Müttern. Ein Grund dafür ist die Erwerbstätigkeit vor der Geburt, die bei Männern mit 89 Prozent deutlich größer ist als bei Frauen mit 65 Prozent (Statistisches Bundesamt 2013: 6). Männer beziehen daher weniger häufig den Grundbetrag, welcher eine Transferleistung für nicht erwerbstätige Elternteile darstellt (vgl. Deutscher Bundestag 2006b: 3). Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Elterngeldhöhe hängen des Weiteren mit dem Gender Wage Gap, also mit geschlechtsspezifischen Verdienstunterschieden, zusammen. Explizit ist damit der durchschnittliche Unterschied der Brutto-Stundenlöhne zwischen Männern und

denzientell eine höhere Elterngeldleistung, wobei dieser Trend weniger stark ausgeprägt ist als der negative Zusammenhang bei den Müttern. Ein Grund dafür ist die Erwerbstätigkeit vor der Geburt, die bei Männern mit 89 Prozent deutlich größer ist als bei Frauen mit 65 Prozent (Statistisches Bundesamt 2013: 6). Männer beziehen daher weniger häufig den Grundbetrag, welcher eine Transferleistung für nicht erwerbstätige Elternteile darstellt (vgl. Deutscher Bundestag 2006b: 3). Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Elterngeldhöhe hängen des Weiteren mit dem Gender Wage Gap, also mit geschlechtsspezifischen Verdienstunterschieden, zusammen. Explizit ist damit der durchschnittliche Unterschied der Brutto-Stundenlöhne zwischen Männern und

Abb. 4: Elterngeldhöhe von Müttern und Vätern



Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2013, eigene Darstellung.
Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf Mütter und Väter von im Jahr 2011 geborenen Kindern.

© BiB 2013

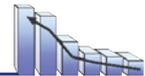
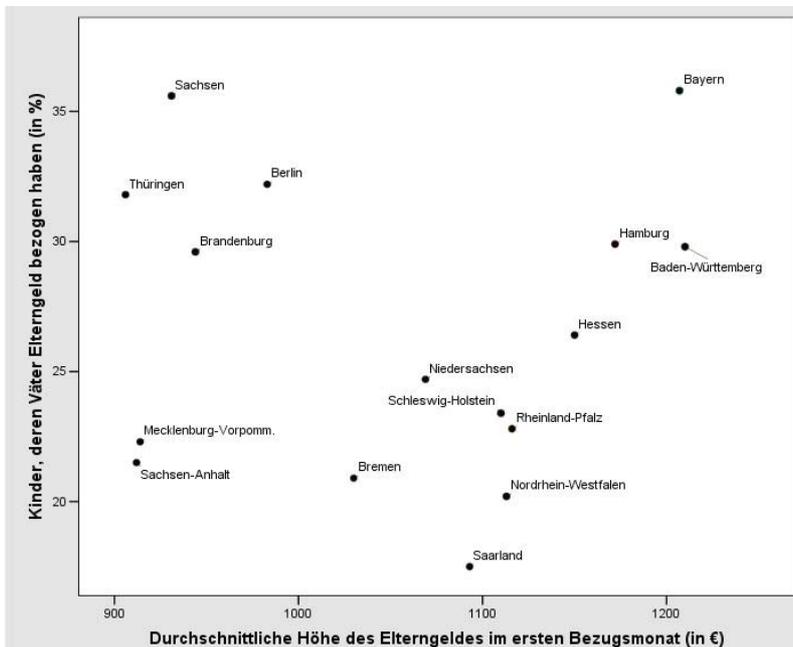


Abb. 5: Väterbeteiligung am Elterngeld und Elterngeldhöhe nach Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Basis von: Statistisches Bundesamt 2013.
Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf Väter von im Jahr 2011 geborenen Kindern.

Frauen gemeint, der mit 20,8 Prozent in Deutschland besonders ausgeprägt ist (vgl. OECD 2013).

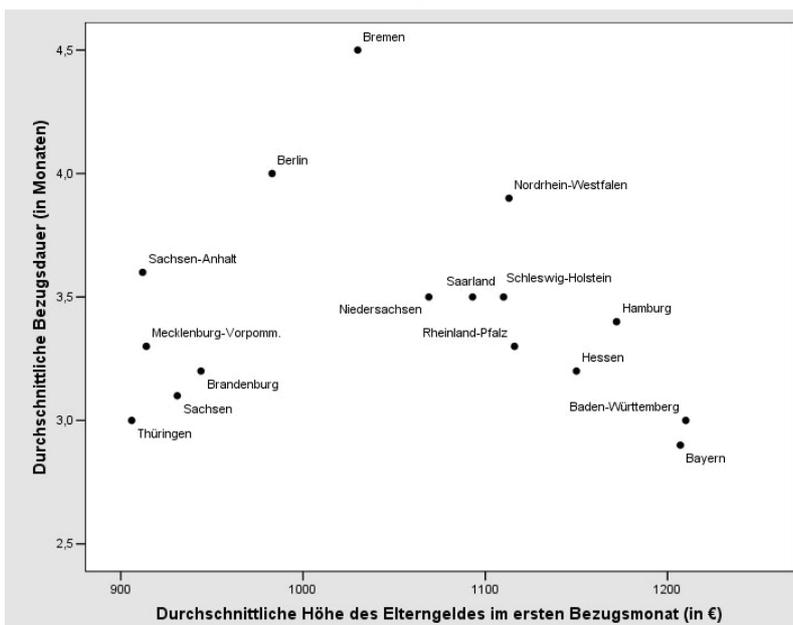
Auch wenn sich tendenziell ein Einstellungswandel vollzogen hat und immer mehr Väter bereit sind, für einen ge-

wissen Zeitraum Fürsorgearbeit zu leisten, zeigt sich an dieser Stelle, dass einige institutionelle Barrieren existieren (vgl. Beblo 2012). So kann das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen beispielsweise dazu führen, dass die Erwerbstätigkeit der Frau eher zur Diskussion steht als die des Mannes (Volz 2007: 221).

Zwischen den Bundesländern variiert die Höhe der Elterngeldleistungen an Väter beträchtlich: Das Elterngeld ist in den alten Bundesländern durchschnittlich höher als in den neuen Bundesländern. Baden-Württemberg und Bayern stellen mit 1210 beziehungsweise 1207 Euro die Bundesländer mit der höchsten durchschnittlichen Elterngeldleistung im ersten Bezugsmonat dar. Bremen dagegen weist mit durchschnittlich 1030 Euro die geringste Elterngeldleistung innerhalb der Gruppe der westlichen Länder auf. Die neuen Bundesländer liegen hier eng beieinander; Thüringen bildet mit 906 Euro das Schlusslicht.

Abbildung 5 zeigt die Väterbeteiligung zusammen mit der Höhe des Elterngeldes nach Bundesländern. In den alten Bundesländern zeichnet sich die Tendenz ab, dass eine hohe Elterngeldleistung mit einer hohen Väterbeteiligung einhergeht. Das heißt: Je höher das Elterngeld ausfällt, desto mehr Väter beantragen Elterngeld. Dies spricht für die familienökonomische Hypothese. Allerdings lässt sich dieser Zusammenhang nicht für die östlichen Bundesländer zeigen, was darauf hinweist, dass neben ökonomischen Gesichtspunkten auch noch weitere entscheidungsrelevante Faktoren existieren. In Ostdeutschland herrschen vermehrt egalitäre Einstellungen bezüglich der Geschlechterrollen vor, zum anderen sind die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede geringer, so dass sich auf der Paarebene eine andere Anreizstruktur ergibt. Um die jeweiligen Entscheidungsmuster zur Beteiligung von Vätern am Elterngeldbezug zu verstehen, ist der Paarkontext zu beachten, dabei speziell die Erwerbsarrangements von Müttern und Vätern sowie die Aushandlung geschlechtsspezifischer Rollen im Haushalt.

Abb. 6: Dauer der Väterzeit und Elterngeldhöhe nach Bundesländern



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Basis von: Statistisches Bundesamt 2013.
Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf Väter von im Jahr 2011 geborenen Kindern.



Wie ist der Zusammenhang zwischen der Dauer des Elterngeldbezugs und der Höhe des Elterngeldes im Bundesländervergleich? Abbildung 6 zeigt, dass in den alten Bundesländern ein hoher Elterngeldbezug mit einer niedrigen Bezugsdauer assoziiert ist: Je höher die Elterngeldleistung, desto kürzer ist die in Anspruch genommene Elternzeit. In Baden-Württemberg und Bayern ist dieser Zusammenhang am deutlichsten zu beobachten: Bei einer Elterngeldleistung von gut 1200 Euro werden durchschnittlich 2,9 bzw. 3 Monate Elternzeit in Anspruch genommen. Die östlichen Bundesländer weichen jedoch von dieser Tendenz ab; hier ist die durchschnittliche Höhe des Elterngeldes am niedrigsten und die Bezugsdauer im mittleren Bereich.

4. Trends in der Väterbeteiligung

Wie bereits gezeigt wurde, steigt die Väterbeteiligung, mit einer leichten Abschwächung der jährlichen Zunahme, kontinuierlich an. Wenn der Trend sich nicht gravierend ändert, könnte die Väterbeteiligung in wenigen Jahren bei über 30 Prozent liegen.

Im Hinblick auf die zeitliche Entwicklung gibt es jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Im Folgenden wird dies für verschiedene Regionen verglichen, um zu sehen, ob systematische regionale Effekte identifizierbar sind. Abbildung 7 zeigt zum einen Trends für neue und alte Bundesländer und zum anderen einen Nord-Süd-Vergleich. Die Väterbeteiligung ist in den neuen Bundesländern

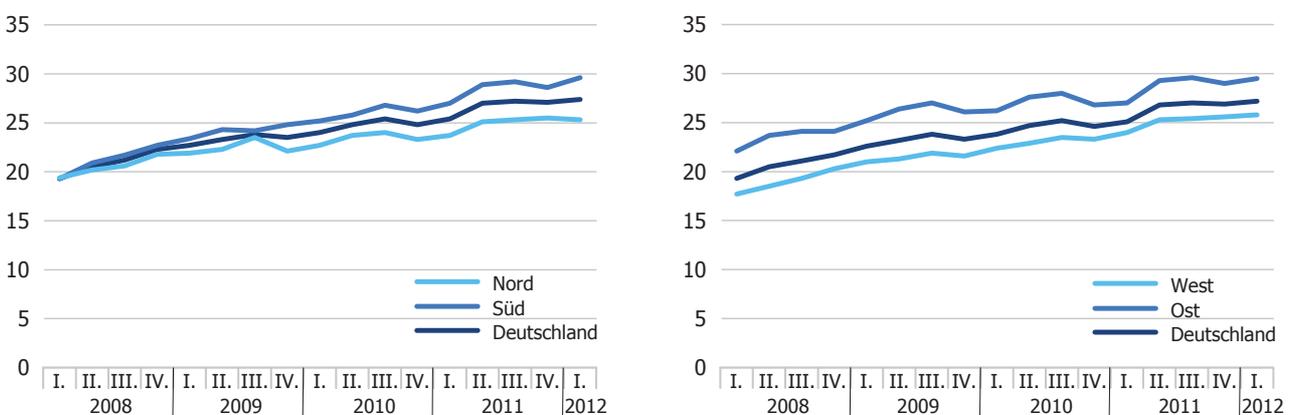
seit Einführung des Elterngeldes bis heute im Durchschnitt höher als in den alten Bundesländern. Beide Kurven verlaufen parallel. Anders der Nord-Süd-Vergleich: In den südlichen Bundesländern steigt die Beteiligungsquote von Vätern am Elterngeld stärker an als in nördlichen Bundesländern. Im Zeitverlauf nehmen die Beteiligungsquoten beider Ländergruppen einen scherenartigen Verlauf an. Es ist also ein deutlicher Anstieg in den Südländern und ein geringerer, am Ende fast stagnierender, Anstieg in den Nordländern zu konstatieren.

Dem ansteigenden Trend bei der Väterbeteiligung steht ein Rückgang bei der durchschnittlichen Bezugsdauer gegenüber. Insgesamt betrachtet ist diese von 3,7 Monaten 2008 auf etwa 3,3 Monate gefallen, allerdings scheint sich auf diesem Niveau ein Boden gebildet zu haben. Insofern ist der fallende Trend inzwischen in einen konstanten übergegangen.

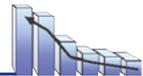
Insgesamt überkompensiert der Anstieg bei der Beteiligungsquote von Vätern den Rückgang der durchschnittlichen Bezugsdauer im Zeitverlauf von 2008 bis 2012. Betrachtet man das Produkt aus Quote und Dauer, entfallen auf 100 Väter von 2008 geborenen Kindern 76,1 Monate Elterngeldbezug. Dieser Wert ist 2009 auf 82,4, 2010 auf 84,8 und 2011 auf 89,8 Monate gestiegen. Für im ersten Quartal 2012 geborene Kinder ist er auf 92,2 Monate angewachsen. Der Gesamttrend der Elterngeldnutzung von Vätern ist demnach steigend.

Abb. 7: Trend der Väterbeteiligung am Elterngeld nach Regionen 2008-2012

Anteil Kinder, deren Vater Elterngeld bezogen hat (in %)



Datenquelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf der Basis von: Statistisches Bundesamt 2013.
 Anmerkung: Die Werte für die Bundesländer sind nicht nach der Bevölkerungsgröße gewichtet.
 Hessen, Sachsen und Thüringen bilden die Grenze und gehören zu "Süd".
 Die Werte für "Ost" inklusive Berlin.



5. Fazit

Die Elterngeldstatistik des Statistischen Bundesamtes (2013) ermöglicht durch die quartalsgenaue Aufbereitung interessante Einblicke in die unterschiedliche Väterbeteiligung in den Bundesländern. Insgesamt lässt sich für das Ziel der Erhöhung der Fürsorgebeteiligung von Vätern, das eines von fünf Zielen des BEEG darstellt (Bujard 2013b), konstatieren, dass diese infolge des Elterngeldes sprunghaft gestiegen ist. Dieser Gesamtbefund gilt für alle Bundesländer – auch für die, die im Benchmarking schlechter abschneiden, denn die Väterbeteiligung hat sich in allen Bundesländern vervielfacht. Je nach Bundesland können heute zwischen 18 und 36 Prozent der Väter in der Elternzeit Fürsorgeerfahrungen machen, welche früheren Generationen in der Regel kaum möglich waren. Welche langfristigen Konsequenzen dies (1) für die Arbeitsteilung von Eltern, (2) für die väterliche Bindung zum Kind (Kindler/Grossmann 2004; BMFS-FJ 2011) und (3) für kulturelle Veränderungen in den Betrieben hat, bleibt eine spannende Frage für die zukünftige Forschung. Zum letztgenannten Punkt bemerken Pfahl und Reuyß (2009), dass Aspekte der Kinderfürsorge und Betreuung zunehmend präsenter in Betrieben werden. Es zeigen sich Tendenzen dahingehend, dass diese Themen nicht mehr ausschließlich mit Frauen assoziiert werden. Ob die Elternzeit langfristig positive Auswirkungen auf die Vater-Kind-Beziehung sowie auf eine egalitäre Rollenverteilung hat, stellt für Deutschland weitgehend noch ein Forschungsdesiderat dar.

Jedoch sollte diese gestiegene Quote nicht darüber hinwegtäuschen, dass Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, dies in einem zeitlich sehr viel geringerem Ausmaß vornehmen als Mütter. Die durchschnittliche Dauer lag für 2008 geborene Kinder bei 3,66 Monaten, ist seitdem kontinuierlich gefallen und betrug zuletzt knapp 3,3 Monate. Die 28,2 Prozent der Väter, die Elternzeit nehmen, kümmern sich also im Durchschnitt nur 3,3 Monate lang um ihren Nachwuchs und sind zudem oft noch in Teilzeit erwerbstätig; aus diesen Gründen ist der Effekt der Vätermonate auf die durchschnittliche Arbeitszeit aller Väter kaum sichtbar (Bujard 2013a). Dennoch lässt sich feststellen, dass Väter, die Elternzeit in Anspruch nehmen, mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als Väter, die nicht in Elternzeit sind. Des Weiteren verbringen Väter in Elternzeit währenddessen auch tatsächlich mehr Zeit mit ihren Kindern als die Mütter (vgl. Wrohlich et al. 2012: 70).

Da die Trends hinsichtlich der Beteiligungsquote sowie der Dauer gegenläufig sind, wirft dies die spannende Frage nach der Richtung des Gesamttrends auf. Die Analysen haben gezeigt, dass insgesamt die Väterbeteiligung seit Einführung des Elterngeldes bis heute ansteigt. Der Trend der zunehmenden Beteiligungsquote überkompensiert die rückläufige Dauer der Elternzeit.

Der Bundesländervergleich offenbart erhebliche regionale Unterschiede: Die Väterbeteiligung ist in Bayern und Sachsen mit 36 Prozent am höchsten und im Saarland mit 18 Prozent am geringsten. Sie ist in den letzten Jahren in Baden-Württemberg und Thüringen um über 10 Prozentpunkte angestiegen, während sie in Bremen stagniert. Beachtenswert sind die unterschiedlichen Trends in Nord- und Süddeutschland: In beiden Regionen war die Quote vor fünf Jahren etwa gleich, seitdem zeigt sich eine Schere. Im Süden steigt die Väterbeteiligung deutlich an, während sie im Norden fast stagniert.

Die durchschnittliche Dauer der Väterzeit ist in Bremen mit 4,5 Monaten am höchsten vor Berlin und Nordrhein-Westfalen; in Bayern ist sie am geringsten. Es gibt in der Bundesländeranalyse sogar einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen Beteiligungsquote und Dauer: In Ländern, in denen viele Väter in Elternzeit gehen, ist diese Zeit im Durchschnitt tendenziell kürzer. Bei einer Kombination beider Faktoren, dem Produkt von Dauer und Beteiligungsquote, verschieben sich die Positionen im Bundesländer-Ranking: Berlin ist hier ganz vorne. Je nach Indikator können sich also die Bundesländer Berlin, Bremen und Bayern jeweils als Spitzenreiter rühmen.

Der Bundesländervergleich ermöglicht keine Rückschlüsse darauf, welche Faktoren die individuellen Entscheidungen von Vätern für die Inanspruchnahme von Elterngeld determinieren (hierzu vgl. Richter 2012; Trappe 2013). Jedoch lassen sich einige Thesen aufstellen, welche zu einer Erklärung der regionalen Differenzen beitragen könnten: Der Zusammenhang zwischen Elterngeldhöhe und Beteiligungsquote weist auf einen direkten Effekt durch ökonomische Anreize hin. Dass dieser Effekt bei den ostdeutschen Ländern weniger sichtbar ist, könnte ein Hinweis auf vermehrt egalitäre Einstellungen hinsichtlich Geschlechterrollen in dieser Region sein. Väter mit derartigen Einstellungsmustern und berufsorientierten Partnerinnen weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, Elterngeld zu beziehen. Generell greifen ökonomische Erklärungen zu kurz, da der Wunsch von Vätern gestiegen ist, an der Erziehung ihrer Kinder stärker teil-

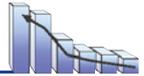


zuhaben (BMFSFJ 2011). Entscheidend ist der Paarkontext, da das Ob und das Wie einer Väterzeit in der Regel gemeinsam entschieden wird. Präferenzen und die Arbeitsmarktsituation der Mutter sind wichtig: Wenn diese beispielsweise wieder in den Beruf zurückkehren möchte, gibt es eine größere Erwartung an die Väter, sich an der Erziehungsarbeit zu beteiligen (vgl. Mühling/Rost 2013: 386). Aber auch die Erwerbstätigkeit des Vaters vor der Geburt hat einen Einfluss auf die Dauer der Väterbeteiligung: Die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes lag bei Männern, die vorher erwerbstätig waren, bei 3,1 Monaten. Männer, die nicht erwerbstätig waren, bezogen dagegen durchschnittlich 5,1 Monate Elterngeld (Statistisches Bundesamt 2013: 28).

Dass Berlin Spitzenreiter beim Gesamtindikator ist, lässt sich durch die Kombination von drei Merkmalen erklären: Berlin ist urban, weist hinsichtlich egalitärer Geschlechtseinstellungen eine ‚Ostprägung‘ auf und zudem ist die Wirtschaftsstruktur vom Dienstleistungssektor dominiert. Offen bleibt, ob nicht länderspezifische Unterschiede in der Verwaltung und der Kommunikation der Vätermomente zu den hier gezeigten Bundesländerunterschieden beitragen. Hier könnte der Bundesländervergleich möglicherweise erste Hinweise liefern. Angesichts des Erfolges der Väterbeteiligung am Elterngeld und der noch relativ geringen Bezugsdauer könnte eine Verlängerung der Bonusmonate von zwei auf vier oder sechs eine politische Option darstellen. Der Vorteil dabei ist, dass Kosten nur in dem Maße anfallen, wie die Vätermomente angenommen werden, also wie erfolgreich der Paradigmenwechsel ist.

Literatur

- Baronsky, Alexandra; Gerlach, Irene; Schneider, Ann Kristin (2012): Väter in der Familienpolitik. Aus Politik und Zeitgeschichte, 62(40), S. 31-36.
- Beblo, Miriam (2012): Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die Arbeitsteilung von Paaren. In: Bertram, Hans; Bujard, Martin (Hg.): Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik. Soziale Welt – Sonderband 19. Baden-Baden: Nomos, S. 193-207.
- Becker, Gary S. (1991): A Treatise on the Family. Enlarged Edition, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Bertram, Hans; Deuflhard, Carolin (2013): Das einkommensabhängige Elterngeld als Element einer nachhaltigen Familienpolitik. In: Zeitschrift für Familienforschung, 25(2), S. 154-172.
- Bujard, Martin (2013a): Elterngeld und Elternzeit in Deutschland: Ziele, Diskurse und Wirkungen. In: Zeitschrift für Familienforschung 25(2), S. 123-131.
- Bujard, Martin (2013b): Die fünf Ziele des Elterngeldes im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. In: Zeitschrift für Familienforschung, 25(2), S. 132-152.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) (2011): Vaterschaft und Elternzeit. Eine interdisziplinäre Literaturstudie zur Frage der Bedeutung der Vater-Kind-Beziehung für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder sowie den Zusammenhalt in der Familie. Ulm.
- Deutscher Bundestag (2006a): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: Deutscher Bundestag (Drucksache 16/1360).
- Deutscher Bundestag (2006b): Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung des Elterngeldes. Berlin: Deutscher Bundestag (Drucksache 16/2454).
- Kindler, Heinz; Grossmann, Karin (2004): Vater-Kind-Bindung und die Rollen von Vätern in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder. In: Ahnert, Lieselotte (Hg.): Frühe Bindung. Entstehung und Entwicklung. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 240-255.
- Mühling, Tanja; Rost, Harald (2013): Finanzielle Situation von Familien mit kleinen Kindern. In: Mühling, Tanja; Rost, Harald; Rupp Marina (Hg.), Berufsrückkehr von Müttern unter den Bedingungen des neuen Elterngeldes. Opladen: Budrich. S. 371-392.
- OECD (2013): Gender Wage Gap, online unter: <http://www.oecd.org/gender/data/genderwagegap.htm>



- Pfahl, Svenja; Reuyß, Stefan (2009): Das neue Elterngeld, Erfahrungen und betriebliche Nutzungsbedingungen von Vätern. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Richter, Robert (2012): Väter in Elternzeit. Umsetzungen und Strategien zwischen Familie und Beruf. Dissertationschrift. Universität Paderborn.
- Statistisches Bundesamt (2013): Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2011 geborene Kinder. Wiesbaden.
- Trappe, Heike (2013): Väterzeit – das Elterngeld als Beschleuniger von Gleichstellung? In: Zeitschrift für Familienforschung, 25(2), S. 238-261.
- Wrohlich, Katharina; Berger, Eva; Geyer, Johannes; Haan, Peter; Sengül, Denise; Spieß, C. Katharina; Thiemann, Andreas (2012): Elterngeldmonitor. DIW Politikberatung kompakt 61.
- Volz, Rainer (2007): Väter zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Zur Beharrlichkeit traditioneller Geschlechterbilder. In: Mühling, Tanja; Rost, Harald (Hg.): Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung. Opladen: Budrich, S. 205-224.



Andreas Mergenthaler; Yvonne Eich (BiB)

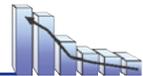
Verlorene Jahre? Potenziale des Alters vor dem Hintergrund gesundheitlicher Ungleichheit

In den letzten Jahren ist in der Altersforschung wie auch in der öffentlichen Diskussion ein Wandel des Altersbildes vom so genannten „Defizit-“ zum „Kompetenzmodell“ zu beobachten (Tews 1991: 131; Van Dyk/Lessenich 2009: 31ff.; Klös/Naegele 2013: 124; Backes/Clemens 2013: 363)¹. Vor dem Hintergrund einer historisch bislang einzigartigen Situation der heutigen „jungen Alten“ – die im Jahr 2013 60- bis 80-Jährigen sind wohlhabender, besser gebildet und gesünder als alle Generationen vor ihnen (Aner/Karl/Rosenmayr 2007: 14) – verweist dieser Diskurs auf die Potenziale des Alters. Hierunter wird vor allem die ökonomische und zivilgesellschaftliche Aktivität älterer Menschen subsumiert, d.h. die Fortführung von Erwerbsarbeit auch jenseits der Regelaltersgrenze, das bürgerschaftliche Engagement im Ruhestand oder die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger. Zum aktuellen zeitlichen Umfang der Aktivitäten, die die 60- bis 85-Jährigen bereits innerhalb ihrer Familie erbringen, liefert die Generali Altersstudie interessante Ergebnisse. Die heute rund 15,2 Millionen 60- bis 85-Jährigen unterstützen ihre Familie durchschnittlich 15 Stunden im Monat. Dies entspricht der Arbeitszeit von rund 1,4 Millionen Vollzeitstellen (Generali Zukunftsfonds 2013: 527).

Die Potenziale des Alters umfassen aber keineswegs nur die aktuelle Aktivität, sondern, im Sinne von Entwicklungsmöglichkeiten (Kruse/Schmitt 2010: 14), gerade auch die Arbeiten, zu denen ältere Menschen im Stande wären, falls bestimmte individuelle oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen bestünden. Durch eine solche Betrachtungsweise kommen vielfältige Ressourcen als Voraussetzungen für die Verwirklichung von Potenzialen ins Blickfeld. Als typische Altersressourcen werden sowohl die materielle Wohlfahrt, die verfügbare Zeit, soziale und psychische Kompetenzen als auch fachliche und methodische Kompetenzen verstanden (Pohlmann 2010: 78f.).

Dieser Diskurs eines Wandels des Altersbildes von einem passiven hin zu einem aktiven, ja produktiven Alter(n) (Caro/Bass/Chen 1993: 4ff.; Bass/Caro 2001: 39ff.; Tews 1996) vernachlässigte bislang die Gesundheit älterer Menschen und deren individuelle sowie, mehr noch, die sozialen Einflüsse auf die Chancen eines gesunden und langen Lebens. Die einschlägige Literatur berücksichtigt die Gesundheit mitunter ausschließlich als eine Barriere für ältere Menschen, welche die Entfaltung von Alterspotenzialen erschwert oder gar unmöglich macht (Pohlmann 2010: 80f.). Auch der fünfte Altenbericht der Bundesregierung, der sich schwerpunktmäßig mit den Potenzialen des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigt und sich somit auf Erwerbsarbeit, Bildung, Einkommen, Konsum, private Netzwerke sowie das freiwillige Engagement älterer Menschen konzentriert, verweist eher am Rande auf eine Stärkung der Gesundheitsförderung und -prävention, um bislang noch ungenutzte Potenziale älterer Menschen zu erschließen (BMFSFJ 2005: 23f.). Der aktuelle politische Diskurs im Rahmen des Dialogprozesses zur Demografiestrategie der Bundesregierung greift die Potenzialdiskussion in etwas veränderter Form auf. Im ebenenübergreifenden Arbeitsgruppenprozess zu neun Themenschwerpunkten der Demografiestrategie wurden die Potenziale der Menschen in den verschiedenen Altersphasen unter der übergeordneten Zielsetzung „Menschen in ihren Lebensläufen stärken“ betrachtet (BMI 2013: 7f.). Als Schlüssel für die Stärkung der Potenziale und „für ein gelingendes längeres Leben“ nennt die Bundesregierung Investitionen in Bildung und Gesundheitsprävention. Darin zeigt sich in der Demografiepolitik der Bundesregierung eine erste Annäherung an eine langfristig ausgerichtete „Lebenslaufperspektive“ im Hinblick auf die Potenzialdiskussion. Umfassend und frühzeitig die Entwicklungschancen aller Altersgruppen zu fördern, um die Potenziale im Alter auszuweiten, wird auch im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs gefordert und darauf hingewiesen, dass diese Perspektive oft vernachlässigt wird (Klös/Naegele 2013: 129). Klös und Naegele (2013: 137) stellen

¹ Diese Debatte ist eingebettet in den seit ungefähr 1990 betriebenen Umbau des deutschen Sozialstaats, der auf eine Ablösung des „Passivbürgers“, d. h. des unflexiblen Empfängers wohlfahrtstaatlicher Transferleistungen, durch den „Aktivbürger“, der gesellschaftlich engagiert und flexibel ist und seine Potenziale zu nutzen weiß, abzielt (Van Dyk/Lessenich 2009: 23f.). Bei Ehmer findet sich ein historischer Aufriss des Wandels von einem negativen hin zu einem positiven Altersbild des „aktiven Seniors“ in den westlichen Gesellschaften seit den 1970er Jahren (Ehmer 2009: 224f.).



Ressourcen- und Potenzialförderung in einer alternden Gesellschaft zudem in den Kontext einer demografiepolitischen Gemeinschaftsaufgabe.

Gesundheit als Ressource und Potenzial des Alter(n)s

Eine stärkere Ausrichtung des Potenzial-Diskurses auf den Bereich „Gesundheit“, für die dieser Beitrag plädiert, hat für diesen Diskurs eine zentrale wissenschaftliche und praktische Bedeutung: Versteht man Gesundheit im Sinne der prominenten WHO-Definition nicht nur als „... umfassendes körperliches, seelisches und geistiges Wohlbefinden ...“ (WHO 1986: 1), sondern, durchaus in Übereinstimmung mit dieser Begriffsbestimmung, als grundlegende Ressource zur Erreichung von Lebenszielen, so wird Gesundheit zur Voraussetzung für die Verwirklichung von Potenzialen im Alter(n). Gesundheit im Sinne von verbleibender Lebenszeit in einem Zustand körperlichen und geistigen Wohlbefindens schafft somit die Grundlage, ohne die Aktivität in Wirtschaft und Gesellschaft nicht dauerhaft entstehen oder aufrechterhalten werden kann. Dies gilt vor allem für einen gesundheitlich vulnerablen Lebensabschnitt wie das höhere Lebensalter. Auch wenn das heutige Alter keinesfalls mit Krankheit oder Gebrechlichkeit gleichgesetzt werden kann, so existieren doch nach wie vor eine Reihe von alterstypischen Erkrankungen, die die Lebensqualität und die Selbstständigkeit der Lebensführung massiv beeinträchtigen oder gar unmöglich machen können. Die Entwicklung der gesunden Lebenszeit spielt daher als grundlegende Ressource und als ein in Zukunft weiter zu entwickelndes Potenzial in einer Gesellschaft des langen Lebens eine maßgebliche Rolle (Walter/Reuter 2013: 223).

Deutschland liegt im europäischen Vergleich der Ressource „gesunde Lebenszeit“ im Mittelfeld. Betrachtet man die zu erwartenden gesunden Lebensjahre („Healthy Life Years“) ab dem 50. Lebensjahr, wird deutlich, dass dort noch viel Entwicklungspotenzial vorhanden ist. Deutschland liegt hier mit 14,5 Jahren für die Männer und 15,4 Jahren für die Frauen unter dem europäischen Durchschnitt von 17 Jahren gesunder Lebenszeit (Jagger et al. 2011). Etwa ab dem 65. Lebensjahr ist in Deutschland also durchschnittlich schon mit einer eingeschränkten Gesundheit für Männer und Frauen zu rechnen, was der Ausschöpfung der Potenziale des Alters entgegenstehen kann.

Soziale Einflüsse auf Gesundheit und Krankheit

Die Ressource „Gesundheit“, die in der Tradition der neoklassischen Ökonomie bisweilen auch als „Health Capital“ bezeichnet wird und somit einen Teil des Humankapitals eines Menschen bildet (Jungbauer-Gans 2006: 101ff.), hat, ebenso wie ihr Komplementärbegriff „Krankheit“, mehrere Dimensionen. In wissenschaftlicher Perspektive lassen sich mindestens eine naturwissenschaftlich-medizinische, eine psychologische sowie eine soziologische Perspektive unterscheiden (Erhart/Wille/Ravens-Sieberer 2009: 335). Diese unterschiedlichen disziplinären Zugänge verdeutlichen, dass „Gesundheit“ und „Krankheit“ keinesfalls nur medizinische Forschungsgegenstände sind, sondern auch Arbeitsfelder der sozialwissenschaftlichen Forschung darstellen. Aus soziologischer Perspektive geht es, neben der Frage, mit welchen institutionellen Regelungen eine Gesellschaft auf „Krankheit“ reagiert und Gesundheit wiederherstellt, vor allem um die gesellschaftlichen Einflüsse auf Gesundheit und Krankheit (Wolf/Wendt 2006: 10).

Diese Forschung, die sich im Schnittpunkt der Sozialmedizin, Sozialepidemiologie und Gesundheitssoziologie befindet, beschäftigt sich vor allem mit den Zusammenhängen zwischen der Stellung im Gefüge sozialer Ungleichheit und der Gesundheit sowie dem Sterblichkeitsrisiko, die nach jahrzehntelanger Forschung als weitgehend gesichert gelten können. Eine aktuelle Studie des Max-Planck-Instituts für Demografie in Rostock unterstreicht die Bedeutung gesellschaftlicher Einflüsse auf Morbidität und Mortalität: So sind die Zugewinne der ferneren Lebenserwartung in den letzten Jahren nur zu 10 Prozent auf gesundheitsrelevante Einflüsse während früherer Lebensabschnitte, zu 25 Prozent auf genetische Faktoren, aber zu rund 65 Prozent auf soziale Einflüsse (u.a. Bildung, Lebensstil, materielle Lage) zurückzuführen (Max-Planck-Institut für Demografische Forschung 2009 zit. n. Naegele 2013: 249). Nach wie vor bestehen in modernen Gesellschaften, trotz gut ausgebauter und allgemein zugänglicher Krankenversicherungssysteme und medizinischer Versorgungseinrichtungen, deutliche Unterschiede der Gesundheit und der Lebenserwartung nach sozialer Lage, die sich in den letzten Jahren in den meisten europäischen Gesellschaften teilweise sogar ausgeweitet haben (Mackenbach 2006 zit. n. Richter/Hurrelmann 2009: 19).

Die Forschungen zu diesem Phänomen der sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheiten konzentrieren sich auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Ältere Menschen sind in der wissenschaftlichen Diskussion um den Zusam-



menhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit bislang unterrepräsentiert, was angesichts der zu erwartenden Belastungen im Gesundheits- und Pflegesektor im Zuge des demografischen Wandels verwundert. Fasst man die Ergebnisse der vorhandenen Studien für Deutschland zusammen, so sind die Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken auch in der Altersgruppe der 60-jährigen und Älteren keinesfalls nur durch biologische oder verhaltensbezogene Einflüsse zu erklären, sondern stehen in enger Verbindung mit der im Lebenslauf erworbenen Stellung im Beruf, dem Bildungs- und dem Einkommensniveau. Allgemein kommen diese Studien zum Ergebnis: Je höher der soziale Status, desto besser die subjektive, funktionale oder mentale Gesundheit im höheren Lebensalter (Lampert 2000; Von dem Knesebeck et al. 2003; Von dem Knesebeck 2005; Von dem Knesebeck et al. 2007; Borchert 2008: 262ff.; Lampert 2009; Mergenthaler 2012: 193ff.). Zwar scheint dieser soziale Gradient der Gesundheit mit steigendem Alter geringer zu werden; er verschwindet aber, wenn überhaupt, erst in der Hochaltrigkeit (Kümpers/Rosenbrock 2010: 288).

Die ungleiche Verteilung von Gesundheitschancen in Form eines sozialen Gradienten stellt für die Debatte um die Potenziale des Alters eine grundlegende Herausforderung dar. In einer Gesellschaft des langen Lebens und einer alternden Bevölkerung wird man sich in Zukunft immer weniger leisten können, eine grundlegende Ressource zu vergeuden: gesunde Lebenszeit. Genau dies ist jedoch die Folge sozial ungleich verteilter Gesundheitschancen und Sterblichkeitsrisiken. Wenn man die Potenziale zu Aktivität älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft umfassend nutzen möchte, ist es zunächst geboten, die Chancengleichheit auf ein gesundes und langes Leben zu verbessern. Der vorliegende Beitrag möchte auf der Grundlage empirischer Daten eine Schätzung der Lebensjahre im „Dritten Alter“² liefern, die in Folge der bestehenden gesundheitlichen Ungleichheiten im höheren Alter derzeit brachliegen und somit ein Potenzial des Alters darstellen.

Daten und Methode

Datengrundlage der folgenden Auswertungen sind die vom Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Altersfragen (FDZ-DZA) herausgegebenen Daten des Deut-

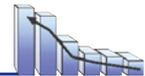
schen Alterssurveys (DEAS). Beim DEAS handelt es sich um eine bundesweite repräsentative Befragung von Personen aus Privathaushalten, die sich in der zweiten Lebenshälfte befinden, d. h. den 40-Jährigen und Älteren. Der DEAS umfasst unterschiedliche Themenbereiche wie Erwerbstätigkeit, materielle Wohlfahrt, soziale Netzwerke, Übergang in den Ruhestand, (zivil-)gesellschaftliche Teilhabe sowie Gesundheit und Krankheit (Tesch-Römer et al. 2010: 35). Die erste Welle des DEAS wurde im Jahr 1996 erhoben, die zweite Welle im Jahr 2002. Den folgenden Auswertungen liegen die Daten der dritten Welle zu Grunde, die im Jahr 2008 erhoben wurde.³ Es handelt sich dabei um die Basisstichprobe der dritten Welle, die insgesamt 6.205 Personen zwischen 40 und 85 Jahren umfasst (Motel-Klingebiel et al. 2009: 2ff.).

Aus dieser Stichprobe wurden Personen zwischen 60 und 80 Jahren ausgewählt. Die Untergrenze ergibt sich aus der gesetzlichen Rentenversicherung, wonach, mit Ausnahme von Beamten, kein abhängig Beschäftigter eine Altersrente oder Pension aus eigener Erwerbstätigkeit vor seinem 60. Lebensjahr beziehen kann. Das 80. Lebensjahr als Obergrenze wurde sowohl aus inhaltlichen als auch aus methodischen Erwägungen gewählt: Zum einen markiert der Beginn des neunten Lebensjahrzehnts für die meisten Menschen den Beginn der Hochaltrigkeit und somit des so genannten „Vierten Alters“; zum anderen gehen die Fallzahlen jenseits dieser Altersgrenze im DEAS deutlich zurück, was die Sicherheit statistischer Schätzverfahren einschränkt. Die Stichprobe, die der Untersuchung zu Grunde liegt, umfasst 3.079 Personen.

Zur Messung der abhängigen Variablen „gesunde Lebenszeit“ wurde ein Indikator verwendet, der die fernere Lebenserwartung mit dem gesundheitlichen Zustand der Befragten kombiniert. Ein solcher Indikator ist für die Beschreibung der gesundheitlichen Qualität der gewonnenen Lebensjahre besonders aufschlussreich: Die Morbidität steht gerade im höheren Alter in enger Verbindung mit dem Sterblichkeitsrisiko, so dass es in diesem Lebensabschnitt wenig Sinn macht, diese beiden Größen getrennt voneinander zu betrachten. Die Daten zur ferneren Lebenserwartung der 60- bis 80-Jährigen wurden auf der Grundlage der Periodensterbetafeln des Statistischen Bundesamtes (geschlechtsspezifische Angaben der Jahre 2008/2010) bestimmt (StBA 2012). Als Indikator

² Unter dem „Dritten Alter“ verstehen Alter(n)sforscher einen Lebensabschnitt, bei dem Personen altersbedingt das Erwerbsleben verlassen haben, sich aber zugleich einer Gesundheit erfreuen, die eine selbständige Lebensführung ermöglicht (Weiss/Bass 2002: 3). Das „Vierte Alter“ bezeichnet demgegenüber einen späteren Lebensabschnitt des Alters, in dem die selbständige Lebensführung gesundheitsbedingt eingeschränkt ist und dauerhaft Hilfeleistungen zur Bewältigung des Alltags erforderlich werden (Backes/Clemens 2013: 23).

³ Die Daten der vierten Welle (2011) des DEAS lagen zum Zeitpunkt der Auswertung der Daten noch nicht vor.



der funktionalen Gesundheit im DEAS diene die altersbezogene Prävalenz der gesundheitlichen Einschränkungen, die eine Hilfsbedürftigkeit zur Folge hatten. Diese beiden Basisdimensionen wurden kombiniert mit Informationen zum Bezug einer Altersrente und der aktuellen Erwerbstätigkeit im Ruhestand. Auf diese Weise konnte die Lebenserwartung im Dritten Alter („Third Age Life Expectancy“ – TALE) geschätzt werden, die definiert ist als die durchschnittliche Anzahl von Jahren, die ein Mensch im Ruhestand ohne gesundheitliche Einschränkung verbringen kann (Carr 2009: 74). Hierbei wurde ein Vorgehen gewählt, das auf der Methode von Sullivan beruht (Sullivan 1971) und das für die Daten der dritten Welle des DEAS bereits an anderer Stelle beschrieben wurde (Mergenthaler 2013).

Da die Lebenslage älterer Menschen auch in der nachberuflichen Phase des Altersruhestandes durch Ressourcen aus privaten und staatlichen Quellen geprägt ist, wurden zur Messung des sozioökonomischen Status (SES) mehrere Indikatoren herangezogen. Das formale Bildungsniveau wurde anhand einer dreistufigen Skala auf der Grundlage der ISCED97-Klassifikation („International Standard Classification of Education“) gemessen. Diese Skala unterscheidet zwischen einem geringen, einem mittleren und einem hohen Bildungsniveau. Die unterste Kategorie umfasst Abschlüsse des primären und des unteren sekundären Bildungssektors, die mittlere Kategorie Abschlüsse des oberen Sekundärsektors, wie z.B. eine abgeschlossene berufliche Ausbildung, und die obere Kategorie Examina des tertiären Bildungsbereichs, also Hochschul- oder Universitätsabschlüsse. Zur Messung der materiellen Wohlfahrt der Befragten wurde das monatliche Netto-Äquivalenzeinkommen verwendet. Die Grundlage

für die Bestimmung dieses Indikators bildet das Haushaltseinkommen, das mit der Struktur des jeweiligen Haushalts verrechnet wird. Dabei wird nach der neueren Skala der OECD dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, jeder weiteren erwachsenen Person ein Gewicht von 0,5 und den Kindern unter 14 Jahren im Haushalt jeweils ein Gewicht von 0,3 zugewiesen. Um das monatliche Netto-Äquivalenzeinkommen zu bestimmen, wird das Haushaltseinkommen durch die Summe dieser Gewichte dividiert. Als dritte Dimension ging das Prestige der aktuellen oder letzten beruflichen Tätigkeit der Befragten in die Berechnung des sozioökonomischen Status ein. Hierfür wurden die Prestigewerte der SIOPS-Skala („Standard International Occupational Prestige Scale“ nach Treiman) verwendet. Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Werten dieser drei Variablen herzustellen, wurden diese z-transformiert. Diese Z-Werte wurden zu einem Index aufsummiert, wobei die fehlenden Angaben, im Gegensatz zu anderen Verfahren zur Berechnung des sozioökonomischen Status, nicht imputiert wurden (Lampert/Kroll 2009: 325f.). Zur Berechnung der Mittelwertunterschiede der Lebenserwartung im Dritten Alter wurde die kontinuierliche Skala des SES in Quartile unterteilt, wobei das erste Quartil die Lebenslagen mit dem niedrigsten sozioökonomischen Status umfasst und das vierte Quartil den vergleichsweise höchsten sozialen Status abbildet.

Zur Schätzung des sozialen Gradienten ungleicher Lebenserwartung im Dritten Alter und dessen Auswirkung auf die zur Verfügung stehenden Personen-Jahre in der Altersgruppe der 60- bis 80-Jährigen in der deutschen Bevölkerung wurde ein zweistufiges Vorgehen gewählt. Im ersten Schritt wurde anhand der Daten des DEAS der Einfluss des

Tabelle 1: Unterschiede der Lebenserwartung im Dritten Lebensalter (Third Age Life Expectancy - TALE) nach dem sozioökonomischen Status der 60- bis 80-Jährigen

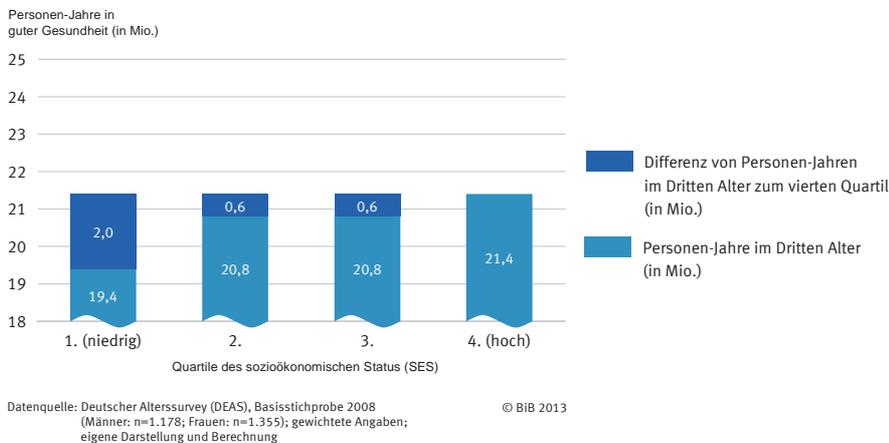
Sozioökonomischer Status (SES)	Lebenserwartung im Dritten Alter (TALE) in Jahren					
	Männer		Frauen		Gesamt	
	Mittelwert	Differenz	Mittelwert	Differenz	Mittelwert	Differenz
1. Quartil (niedrig)	9,8 (Ref.)	1,0	8,8 (Ref.)	2,2	9,1 (Ref.)	1,8
2. Quartil	10,5*	0,3	9,8***	1,1	10,2***	0,7
3. Quartil	10,5*	0,3	10,7***	0,2	10,6***	0,2
4. Quartil (hoch)	10,8**	–	10,9***	–	10,9***	–

*: $p < 5\%$, **: $p < 1\%$, ***: $p < 0,1\%$; Mittelwertvergleiche anhand von T-Tests

Quelle: Deutscher Alterssurvey (DEAS), Basisstichprobe 2008 (Männer: $n=1.178$; Frauen: $n=1.355$); gewichtete Angaben: eigene Darstellung und Berechnung



Abb. 1: Personen-Jahre im Dritten Alter in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status bei den 60- bis 80-jährigen Männern im Jahr 2008

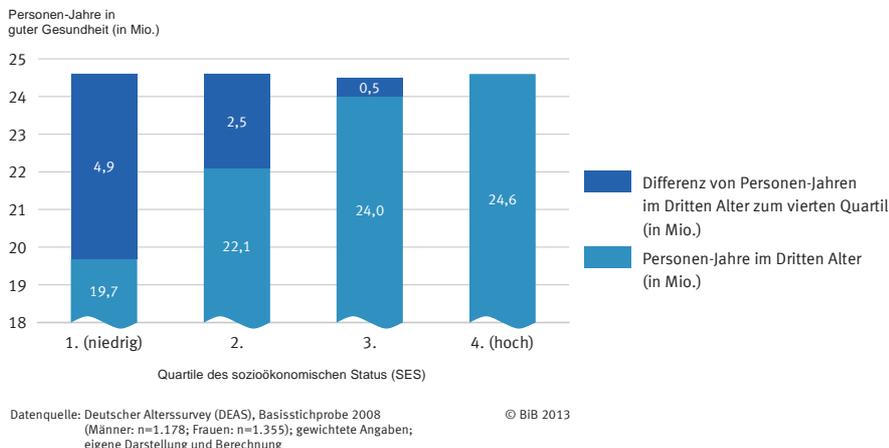


sozioökonomischen Status auf die Lebenserwartung im Dritten Alter auf der Grundlage bivariater Mittelwertvergleiche geschätzt. In einem zweiten Schritt wurden die Mittelwerte der Statusgruppen mit den Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Bevölkerung nach Altersjahren (Stand: 31.12.2008) der zu Grunde liegenden Altersgruppe multipliziert. Auf diese Weise berechneten sich die Personen-Jahre im Dritten Alter. Beide Analyseschritte wurden getrennt nach Geschlecht durchgeführt.

Ergebnisse

Unterschiede in der mittleren Lebenserwartung im Dritten Alter zeigen sich bei den 60- bis 80-Jährigen sowohl bei Männern als auch bei Frauen (Tabelle 1). Jedoch sind diese Unterschiede bei den Frauen deutlicher ausgeprägt: Während sich bei den Männern lediglich rund ein Jahr Dif-

Abb. 2: Personen-Jahre im Dritten Alter in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Status bei den 60- bis 80-jährigen Frauen im Jahr 2008



ferenz zwischen dem untersten und dem obersten Quartil des sozioökonomischen Status zeigt, beträgt die gleiche Differenz bei den Frauen über zwei Jahre. Bei beiden Geschlechtern zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Quartil besonders deutlich ausgeprägt sind; in den beiden Mittelkategorien sind sie im Vergleich zum höchsten Quartil deutlich geringer.

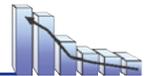
Welche Bedeutung haben diese Schätzwerte nun für die Anzahl der Personen-Jahre der deutschen Be-

völkerung im Alter zwischen 60 und 80 Jahren? Im Jahr 2008 lebten in Deutschland etwa 8 Millionen Männer und rund 9 Millionen Frauen in dieser Altersgruppe, insgesamt also rund 17 Millionen Personen. Verrechnet man die Schätzwerte der Stichprobe des DEAS mit diesen Daten, kommt man hinsichtlich der 60- bis 80-jährigen Männer zum Ergebnis, dass die Angehörigen der höchsten Statusgruppe mit mehr als 21 Millionen Personen-Jahren im Dritten Alter rechnen konnten (Abbildung 1). Für die beiden mittleren Statusgruppen fallen die Differenzen im Vergleich zu höchsten Gruppe mit etwas weniger als 21 Millionen Personen-Jahren im Dritten Alter noch recht gering aus. Die unterste Statusgruppe fällt mit etwas mehr als 19 Millionen Personen-Jahren deutlicher ab.

Nimmt man die Personen-Jahre der höchsten Statusgruppe als Referenzpunkt, so ist der soziale Gradient der Lebenserwartung im Dritten Alter unter den älteren Männern ins-

gesamt für eine Differenz von etwas mehr als 3 Millionen Personen-Jahren verantwortlich. Die größte Differenz von 2 Millionen Personen-Jahren entfällt auf das unterste Quartil, was rund 63 Prozent der Gesamtdifferenz entspricht.

Im Vergleich zu den Männern haben die 60- bis 80-jährigen Frauen insgesamt mit einer höheren Zahl an Personen-Jahren im Dritten Alter zu rechnen. Dieses Mehr an Lebenszeit im Dritten Alter entfällt jedoch vor allem auf die beiden oberen Quartile: So kann die höchste Statusgrup-



pe mit rund 25 Millionen und die nächst niedrigere immerhin noch mit 24 Millionen Personen-Jahren rechnen (Abbildung 2). Im untersten Quartil des sozioökonomischen Status unterscheidet sich die Anzahl der Personen-Jahre zwischen Männern und Frauen mit etwas mehr als 19 Millionen bzw. knapp 20 Millionen nur geringfügig.

Die Differenzen der Personen-Jahre im Vergleich zum höchsten Quartil fallen bei den Frauen ungleich höher aus als bei den Männern. Bei den Frauen kann dem sozialen Gradienten insgesamt eine Differenz von knapp 8 Millionen Personen-Jahren im Dritten Alter zugewiesen werden. Wie auch bei den Männern, entfällt ein Großteil dieser Differenz auf die unterste Statusgruppe. Deren Abstand zum höchsten Quartil beträgt knapp 5 Millionen Personen-Jahre, was einem Anteil an der gesamten Differenz von 62 Prozent entspricht.

Fazit

Der Beitrag untersucht die Auswirkungen gesundheitlicher Ungleichheit in der Altersgruppe der 60- bis 80-Jährigen und verknüpft die Befunde mit dem Diskurs um die Potenziale des Alters. Dabei geht es um die Lebenszeit im sogenannten „Dritten Alter“, als einem von guter Gesundheit geprägten Lebensabschnitt im Ruhestand. In Folge des sozialen Gradienten ungleicher Gesundheitschancen steht umso weniger Lebenszeit im Dritten Alter zur Verfügung, je niedriger der soziale Status älterer Menschen ausfällt. Dabei folgt dieser Zusammenhang einem typischen kurvilinearen Verlauf, d.h. der Zuwachs an gesunder Lebenszeit im Ruhestand flacht mit zunehmendem Sozialstatus ab (Hurrelmann 2006: 34f.).

Die Befunde auf der Grundlage von Daten des DEAS (2008) und der Periodensterbetafeln des Statistischen Bundesamtes (2008/2010) zeigen, dass durch sozioökonomische Unterschiede insgesamt rund 11 Millionen Personen-Jahre im Dritten Alter zusätzlich zur Verfügung ständen, falls alle Statusgruppen eine Lebenserwartung im Dritten Alter hätten, die der höchsten Statusgruppe entspräche. Dabei sind die Ungleichheiten bei den Frauen weitaus deutlicher ausgeprägt als bei den Männern. Im Einklang mit dem kurvilinearen Verlauf des sozialen Gradienten ungleicher Gesundheitschancen finden sich die größten Potenziale an Lebenszeit im Dritten Alter bei beiden Geschlechtern in der niedrigsten Statusgruppe. Gelänge es, die Gesundheitschancen dieser Gruppen zu verbessern, wären die Auswirkungen des sozialen Gradienten auf die Verteilung von Lebenszeit im Dritten Alter weitaus weniger gravierend.

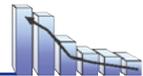
Das Erkennen und die Nutzung von Potenzialen des Alters sind für die Politik eine zentrale Gestaltungsaufgabe, um in Zeiten des demografischen Wandels die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationskraft und die Solidarität innerhalb der deutschen Gesellschaft zu erhalten (Klös/Naegele 2013: 137). Soziale Einflüsse auf die Gesundheit stellen dabei einen wichtigen Ansatzpunkt für Verhaltensprävention aber vor allem auch für verhältnispräventive Maßnahmen dar, die auf eine Veränderung der Umwelt und der Lebensbedingungen der Menschen abzielen (Leppin 2007: 36). Sozioökonomische Unterschiede der Lebenszeit im Dritten Alter sind eine Folge des über den Lebenslauf hinweg ausgeprägten Human-, Sozial- und ökonomischen Kapitals. Die Möglichkeiten zum Erwerb dieser Kapitalien sind eng mit den Zugangschancen zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zu Leistungen des Wohlfahrtsstaats verbunden. Maßnahmen zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit älterer Menschen und somit zur Erschließung von Gesundheitspotenzialen sollten daher nicht erst beim Übergang in den Ruhestand beginnen, sondern möglichst frühzeitig im Lebenslauf ansetzen (Aner/Hammerschmidt 2008: 271; Klös/Naegele 2013: 137f.). In einer Gesellschaft des langen Lebens, die auf die Potenziale aller Generationen und aller Altersgruppen angewiesen ist, stellt das Handlungsziel „gleiche Gesundheitschancen“ nicht nur eine sozialpolitische Herausforderung dar, sondern es bildet auch die Voraussetzung für eine Verlängerung von Erwerbsarbeit, zivilgesellschaftlichem Engagement und familiären Hilfsleistungen älterer Menschen.

Literatur

- Aner, Kirsten; Karl, Fred; Rosenmayr, Leopold 2007: Die neuen Alten – Retter des Sozialen?. In: Aner, Kirsten; Karl, Fred; Rosenmayr, Leopold (Hg.): Die neuen Alten – Retter des Sozialen?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 14-35
- Aner, Kirsten; Hammerschmidt, Peter 2008: Zivilgesellschaftlich produktiv altern: Eine kritische Analyse ausgewählter Modellprogramme. In: Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten (Hg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften, Reihe „Alter(n) und Gesellschaft“, Band 16, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 259-276
- Backes, Gertrud M; Clemens, Wolfgang 2013: Lebensphase Alter: Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung, 4. Aufl., Weinheim, Basel: Beltz Juventa



- Bass, Scott A.; Caro, Francis G. 2001: Productive aging: A conceptual framework, in: Morrow-Howell, Nancy; Hinterlong, James; Sherraden, Michael (Hg.): Productive aging: Concepts and challenges, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 37-78
- Borchert, Lars 2008: Soziale Ungleichheit und Gesundheitsrisiken älterer Menschen. Eine empirische Längsschnittanalyse unter Berücksichtigung von Morbidität, Pflegebedürftigkeit und Mortalität, Augsburg: Maro
- BMI (Bundesministerium des Innern) 2013: Jedes Alter zählt. Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013, online unter: http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Arbeitsgruppe/DE/GipfelBroschuere_Ergebnisbericht_Arbeitsgruppen.html
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2005: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen, online unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fuenfter-altenbericht,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf>
- Caro, Francis G.; Bass, Scott A.; Chen, Yung-Ping 1993: Introduction: Achieving a productive aging society, in: Bass, Scott A.; Caro, Francis G.; Chen, Yung-Ping (Hg.): Achieving a productive aging society, London: Auburn House, S. 3-25
- Carr, Dawn C. 2009: Demography, Ideology, and Stratification: Exploring the emergence and consequences of the third age. Online unter: <http://www.academia.edu>
- Ehmer, Josef 2009: Altersbilder im Spannungsfeld von Arbeit und Ruhestand. Historische und aktuelle Perspektiven, in: Ehmer, Josef; Höffe, Otfried (Hg.): Bilder des Alterns im Wandel, Nova Acta Leopoldina: Altern in Deutschland, Band 1, Nr. 363, Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, S. 209-234
- Erhart, Michael; Wille, Nora; Ravens-Sieberer 2009: Die Messung der subjektiven Gesundheit: Stand der Forschung und Herausforderungen, in: Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hg.): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 335-352
- Generali Zukunftsfonds (Hg.) 2013: Generali Altersstudie 2013, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Hurrelmann, Klaus 2006: Gesundheitssoziologie: Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Theorien von Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung, 6. Aufl., Weinheim, München: Juventa
- Jagger, Carol et al. 2011: Inequalities in health expectancies at older ages in The European Union: findings from the Survey of Health and Retirement in Europe (SHARE), Journal of Epidemiology and Community Health, 65, S. 1030-1035
- Jungbauer-Gans, Monika 2006: Soziale und kulturelle Einflüsse auf Krankheit und Gesundheit. Theoretische Überlegungen, in: Wendt, Claus; Wolf, Christoph (Hg.): Soziologie der Gesundheit, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), Sonderheft 46, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 86-108
- Klöß, Hans-Peter; Naegele, Gerhard 2013: Alter als „Ressource“ – Befunde und verteilungspolitische Implikationen, in: Hüther, Michael; Naegele, Gerhard (Hg.): Demografiepolitik: Herausforderungen und Handlungsfelder, Wiesbaden: Springer VS, S. 123-141
- Kruse, Andreas; Schmitt, Eric 2010: Potenziale des Alters im Kontext individueller und gesellschaftlicher Entwicklung, in: Kruse, Andreas (Hg.): Potenziale im Altern: Chancen und Aufgaben für Individuum und Gesellschaft, Heidelberg: Akademische Verlagsgesellschaft, S. 3-30
- Kümpers, Susanne; Rosenbrock, Rolf 2010: Gesundheitspolitik für ältere und alte Menschen, in: Naegele, Gerhard (Hg.): Soziale Lebenslaufpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 281-309
- Lampert, Thomas 2000: Sozioökonomische Ungleichheit und Gesundheit im höheren Lebensalter – Alters- und geschlechtsspezifische Differenzen, in: Backes, Gertrud, M.; Clemens, Wolfgang (Hg.): Lebenslagen im Alter: Gesellschaftliche Bedingungen und Grenzen, Opladen: Leske + Budrich, S. 159-185
- Lampert, Thomas 2009: Soziale Ungleichheit und Gesundheit im höheren Lebensalter, in: Böhm, Karin; Tesch-Römer, Clemens; Ziese, Thomas (Hg.): Gesundheit und Krankheit im Alter, Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin: Robert-Koch-Institut, S. 121-133
- Lampert, Thomas; Kroll, Lars E. 2009: Messung des sozioökonomischen Status in sozialepidemiologischen Studien, in: Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hg.): Gesund-



- heitliche Ungleichheit: Grundlagen, Probleme, Perspektiven, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 309-334
- Leppin, Anja 2007: Konzepte und Strategien der Krankheitsprävention. In: Hurrelmann, Klaus; Klotz, Theodor; Haisch, Jochen (Hg.): Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung, 2. Aufl., Bern: Huber, S. 31-40
- Mergenthaler, Andreas 2012: Gesundheitliche Resilienz. Konzept und Empirie zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit im Alter, Gesundheit und Gesellschaft, Wiesbaden: Springer VS
- Mergenthaler, Andreas 2013: Auf den Spuren des „Dritten Alters“: Befunde zur Dauer eines Lebensabschnitts auf der Grundlage der „Third Age Life Expectancy“ (TALE). In: Bevölkerungsforschung Aktuell, Jg. 34, H. 5, S. 2-10
- Motel-Klingebiel et al. 2009: Deutscher Alterssurvey: Die zweite Lebenshälfte. Erhebungsdesign und Instrumente der dritten Befragungswelle, Berlin
- Naegele, Gerhard 2013: Gesundheitliche Versorgung in einer alternden Gesellschaft. In: Hüther, Michael; Naegele, Gerhard (Hg.): Demografiepolitik: Herausforderungen und Handlungsfelder, Wiesbaden: Springer VS, S. 245-258
- Pohlmann, Stefan 2010: Alterspotenziale: Wirklichkeit, Wahrnehmung und Wahrscheinlichkeit. In: Kruse, Andreas (Hg.): Potenziale im Altern. Chancen und Aufgaben für Individuum und Gesellschaft, Heidelberg: Akademische Verlagsgesellschaft, S. 75-97
- Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus 2009: Gesundheitliche Ungleichheit: Ausgangsfragen und Herausforderungen. In: Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hg.): Gesundheitliche Ungleichheit: Grundlagen, Probleme, Perspektiven, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13-33
- STBA (Statistisches Bundesamt) (Hg.) 2012: Periodensterbetafeln für Deutschland – Früheres Bundesgebiet, neue Länder sowie die Bundesländer – 2009/2011, online unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/PeriodensterbetafelnBundeslaender5126204117004.pdf?__blob=publicationFile
- Sullivan, Daniel F. 1971: A single index of mortality and morbidity. In: HSMHA Health Reports, Jg. 86, H. 4, S. 347-354
- Tesch-Römer, Clemens et al. 2010: Der Alterssurvey: Beobachtung gesellschaftlichen Wandels und Analyse individueller Veränderungen. In: Tesch-Römer, Clemens; Engstler, Heribert; Wurm, Susanne (Hg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-46
- Tews, Hans Peter 1991: Altersbilder: Über Wandel und Beeinflussung von Vorstellungen vom und Einstellungen zum Alter, KDA Forum Band 16, Köln
- Tews, Hans Peter 1996: Produktivität des Alters. In: Baltes, Margret; Montada, Leo (Hg.): Produktives Leben im Alter, AIDA-Stiftung zur Erforschung neuer Wege für Arbeit und soziales Leben, Band 3, Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 184-210
- Van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan 2009: „Junge Alte“: Vom Aufstieg und Wandel einer Sozialfigur. In: Van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan (Hg.): Die jungen Alten: Analysen einer neuen Sozialfigur, Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 11-48
- Von dem Knesebeck, Olaf 2005: Soziale Einflüsse auf die Gesundheit alter Menschen. Eine deutsch-amerikanische Vergleichsstudie, Bern u.a.: Huber
- Von dem Knesebeck, Olaf et al. 2003: Socioeconomic status and health among the aged in the United States and Germany: A comparative cross-sectional study. In: Social Science and Medicine, Jg. 57, H. 9, S. 1643-1652
- Von dem Knesebeck, Olaf et al. 2007: Socio-economic position and quality of life among older people in 10 European countries: results of the SHARE study. In: Ageing & Society, Jg. 27, S. 269-284
- Walter, Ulla; Reuter, Daniel 2013: Prävention und Gesundheitsförderung als politische Strategien für Beschäftigungsfähigkeit und Teilhabe im Alter. In: Hüther, Michael; Naegele, Gerhard (Hg.): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 223-244
- Weiss, Robert S.; Bass, Scott A. 2002: Introduction. In: Weiss, Robert S.; Bass, Scott A. (Hg.): Challenges of the third age. Meaning and purpose in later life, Oxford: Oxford University Press, S. 3-12
- WHO (World Health Organization) 1986: Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung, online unter: http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0006/129534/Ottawa_Charter_G.pdf
- Wolf, Christof; Wendt, Claus 2006: Perspektiven der Gesundheitssoziologie. In: Wendt, Claus; Wolf, Christof (Hg.): Soziologie der Gesundheit, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), Sonderheft 46, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-33



Mi Ah Schoyenn; Bjorn Hvinden (NOVA Norwegian Social Research)

Generationengerechtigkeit in den nordischen Ländern: ein Modell für die Welt?

Wenn es darum geht, den Bedürfnissen der heutigen und der zukünftigen Generationen ausgewogen gerecht zu werden, sind die nordischen Länder Spitzenreiter: Das zeigt sich bei den Rentenreformen, einer niedrigen Kinderarmut und Staatsverschuldung sowie einer beschäftigungsfreundlichen Familienpolitik. Umweltbedenken werden allerdings dort und anderswo in der OECD meist immer noch vernachlässigt.

Kaum jemand wird bestreiten, dass Generationengerechtigkeit ein Ziel ist, nach dem alle Regierungen und Gesellschaften streben sollten. Jenseits dieses Grundkonsens' wirft das Thema allerdings eine Reihe von Fragen auf, für die es bekanntermaßen keine einfachen Antworten gibt. Die nordischen Länder – Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und Island – sind mit Sicherheit nicht immun gegen diese Herausforderungen. Aber es gibt eine Vielzahl von Indikatoren, die darauf hinweisen, dass diese Region politische Maßnahmen ergriffen hat, die die Lasten zwischen Alt und Jung gerechter verteilen als in anderen OECD-Staaten.

In unseren heutigen entwickelten Demokratien ist Generationengerechtigkeit nur eines von vielen Zielen der Politik. Daneben strebt man nach Solidarität und Fairness innerhalb der Generationen, der Gleichstellung von Männern

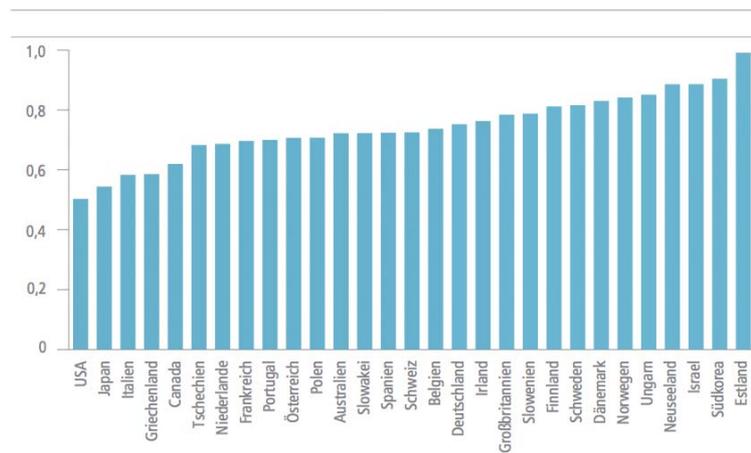
und Frauen sowie der Schaffung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und makroökonomischer Solidität. Oft lautet das simple Rezept für Gerechtigkeit zwischen den Generationen, dass man aufeinanderfolgende Geburtsjahrgänge – also auch die zukünftigen – einfach gleich behandeln sollte. „Das macht Sinn“, mögen Sie meinen.

Warum ist es so schwer, das „Problem“ Generationengerechtigkeit zu lösen?

Aber an dieser Stelle wird die Sache komplizierter. Erstens ist es schwierig, den noch nicht geborenen Generationen Rechnung zu tragen. Folglich umranken die Debatten darüber, was wir heute tun müssen, um in der Zukunft Fairness sicherzustellen, viele Kontroversen. Zweitens wird das Konzept „Generationengerechtigkeit“ üblicherweise in verschiedenen Zusammenhängen angewendet. Manchmal bezieht es sich auf Altersklassen; ein anderes Mal geht es um die Behandlung und Stellung aufeinanderfolgender Generationen oder Geburtsjahrgänge. Dies verwischt die wichtige Unterscheidung zwischen Altersklassen und Generationen. Während man während eines Lebens von einer Altersklasse zur nächsten wechselt, bleibt man von der Wiege bis zur Bahre Teil ein und derselben Generation (oder desselben Geburtsjahrgangs). Daher verletzt eine ungleiche Behandlung von Altersklassen nicht zwangsweise das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Denken Sie beispielsweise an das beitragsbezogene Rentensystem. Es ist so angelegt, dass das Geld von der werk-tätigen Bevölkerung an die im Ruhestand übertragen wird. Solange die Menschen, die heute arbeiten, ähnliche Transferleistungen erhalten, wenn sie sich später selbst zur Ruhe setzen, ist diese Umverteilung im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit neutral. Dieser Mechanismus wird manchmal als indirekter Generationenvertrag bezeichnet und ist bis heute der üblichste Weg, um das öffentliche Rentensystem zu organisieren.

Schließlich wird das Thema noch kniffliger, wenn aufeinanderfolgende Geburtsjahrgänge nicht die gleiche Größe haben. Leider ist das ist heute eher die Regel als die Ausnahme. In den meisten OECD-Ländern folgen kleinere Generationen auf größere.

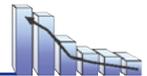
Abb. 1: Generationengerechtigkeit – Ergebnisse im Überblick



Quelle: Berechnungen des Autors

BertelsmannStiftung

Was die Generationengerechtigkeit angeht, schneidet unter den 29 untersuchten OECD-Staaten Estland am besten ab. Deutschland liegt im Gesamtranking im Mittelfeld auf Platz 13. Erheblichen Reformbedarf in punkto Generationengerechtigkeit haben die USA, Japan, Italien und Griechenland. Die Rangfolge resultiert aus dem Intergenerational Justice Index, der die Messung der Generationengerechtigkeit ermöglicht. Näheres siehe auch Kasten „Die Studie“.



Die Studie



SGI Sustainable Governance

Bertelsmann Stiftung

Pieter Vanhuysse: Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD-Ländervergleich. Bertelsmann Stiftung 2013

Wie lässt sich Generationengerechtigkeit empirisch messen? Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus einem Ländervergleich für die praktische Politik ziehen? Diese Frage stehen im Mittelpunkt der Studie, die mithilfe des neuen Intergenerational Justice Index (IJI) die Generationengerechtigkeit in 29 OECD-Staaten misst und miteinander vergleicht. Sie konzentriert sich auf einige Indikatoren und Messdimensionen, die in den Index einfließen und wesentliche ökologische, ökonomisch-fiskalische und soziale Aspekte intergenerationaler Gerechtigkeit abbilden. Dazu zählen das Ausmaß der Verschuldung eines Lands pro Kind/Jugendlichem, das Verhältnis von Kinderarmut versus Altersarmut sowie die Messung von sozialstaatlichen Aufgaben verteilt auf jüngere/ältere Generationen. Für die umweltbezogene Dimension wird der sogenannte „Ökologische Fußabdruck“ zugrundegelegt, der ausdrückt, was gegenwärtige Generationen durch ihr Konsum- und Produktionsverhalten nachfolgenden Generationen an negativen ökologischen Folgewirkungen hinterlassen.

Dabei fällt das Stärken- und Schwächenprofil der einzelnen Länder in den jeweiligen Messdimensionen sehr unterschiedlich aus. So schneidet Deutschland in der Dimension Staatsschulden pro Kind schlecht ab: Hier entfallen auf jeden Menschen unter 15 Jahren rund 267.000 Dollar Staatsschulden – in Estland als Spitzenreiter hingegen nur 6.400 Dollar. Bei der Dimension „Ökologischer Fußabdruck“ weisen alle OECD-Staaten einen Wert auf, der die planetaren Kapazitäten übersteigt. Deutschland liegt hier im vorderen Mittelfeld, während Estland zu den sehr wenigen OECD-Ländern zählt, die einen „ökologischen Überschuss“ verzeichnen, d.h. hier übersteigt die Biokapazität eines Landes den ökologischen Fußabdruck seiner Gesellschaft und kann ihn entsprechend absorbieren. Besonders gut schneiden die nordeuropäischen Staaten Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden bei der Dimension „Kinder- und Altersarmut“ ab. Ein besonders großer Handlungsdruck herrscht hier in den USA, Israel, Portugal, Spanien und Italien, die hier die untersten Ränge mit einer hohen Kinderarmutsquote belegen. Für Deutschland gilt eine leichte Verbesserung was die Kinderarmut angeht, während die Altersarmut nach OECD-Daten zuletzt bei 10,3 % lag. Die Dimension „Sozialstaatliche Ausgaben verteilt auf Jung und Alt“ ist gekennzeichnet durch starke Ungleichgewichte: Während etwa Italien und Japan bei den Ausgaben eine deutliche Schlagseite zugunsten der Älteren zeigen, zeigt sich die Situation in Deutschland moderat. Hier sind die Ausgaben „nur“ 4,2-mal höher als für jüngere.

Insgesamt zeigen die unterschiedlichen Ergebnisse der Studie zum einen, dass es zahlreiche Stellschrauben gibt, um mehr Generationengerechtigkeit herzustellen. Zum anderen wird deutlich, dass es in einigen besonders ungerechten Staaten wie den USA, Japan, Italien oder Griechenland auf dem Weg zur Generationengerechtigkeit noch erheblicher und tiefgreifender Maßnahmen bedarf.

Das wirft besonders für die sozialen Sicherungssysteme der älteren Menschen, die unter der Annahme einer stetig wachsenden Bevölkerung geschaffen wurden, Probleme auf. Bei niedrigen Geburtenraten und einer stetig wachsenden Lebenserwartung wachsen die Steuereinnahmen damit nicht schnell genug, um die gesetzlichen Renten wie in der Vergangenheit zu finanzieren. Das ist der Hauptgrund für die großen Rentenreformen, die wir in einer Reihe von OECD-Ländern beobachten konnten.

Nachhaltige Rentensysteme allein reichen für Generationengerechtigkeit nicht aus

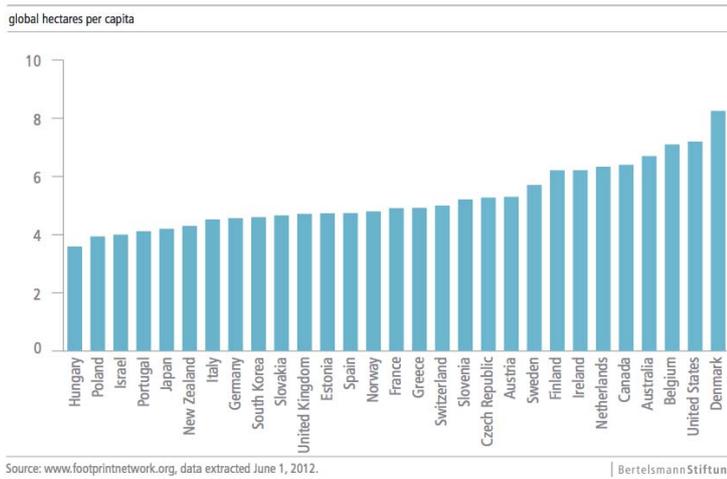
Für die Regierungen der nordischen Länder ist die Reform der Rentensysteme in den vergangenen zwei Jahrzeh-

ten ein wichtiges Anliegen gewesen. Besonders Schweden (1999) und Norwegen (2011) haben hier umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Aber eine gesetzliche Rentenversicherung, die auf finanziell zukunftsfähigen Füßen steht, ist nur ein Teil des Erfolgsgeheimnisses, wie die nordischen Länder die Lasten zwischen den Generationen und über Altersgrenzen hinweg vernünftig zu verteilen scheinen.

Wie die Ergebnisse einer Studie über Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften des Sustainable Governance Indicator (SGI)-Projekts der Bertelsmann-Stiftung zeigen, geht es Kindern in den nordischen Ländern besonders gut. Die Kinderarmut ist im Vergleich mit anderen OECD-Staaten niedrig und die Staatsschulden liegen weit unter dem OECD-Durchschnitt (2010 waren es knapp über



Abb. 2: Ökologischer Fußabdruck, 2008



Der ökologische Fußabdruck ist ein Index, mithilfe dessen der Umfang des menschlichen Konsums umgerechnet wird auf die Naturfläche, die zur Erzeugung und Entsorgung der verbrauchten Güter notwendig ist. Er stellt eine ökologische Bilanz der menschlichen Lebensführung dar, die aufzeigt, wie die Menschen mit ihrem verfügbaren „Naturbudget“, der Biokapazität, haushalten. Er wird gemessen in globale Hektar (gha) pro Person. Einen besonders hohen Fußabdruck pro Kopf weisen Dänemark, die USA und Belgien auf. Deutschland liegt im Vergleich im vorderen Mittelfeld.

50 Prozent des BIP). Es sei angemerkt, dass Norwegen ein Sonderfall ist und seinen Schuldenindikatoren, wie sie in der SGI-Studie dargestellt werden, in diesem Zusammenhang weniger Bedeutung zufällt: Norwegen stehen durch seine Öleinnahmen enorme öffentliche Mittel zur Verfügung. Die staatlichen Ölfonds verwaltet zurzeit rund EUR 600 Milliarden!

Darüber hinaus gibt es in den nordischen Ländern eine lange Tradition, die Familienpolitik beschäftigungsfreundlich zu gestalten (zum Beispiel beinhaltet dies die Bereitstellung einer bezahlbaren Pflege von Kindern und älteren Menschen). Obwohl die nordischen Länder – mit Ausnahme von Island – eine Geburtenrate von 2,1, die nötig ist, um eine konstante Bevölkerungszahl zu sichern, knapp verfehlen, werden in der Region allgemein immer noch mehr Babys geboren als weiter südlich in Europa. Gleichzeitig ist die Frauenerwerbsquote hoch, wodurch die dadurch höheren Steuereinnahmen zur Deckung der Kosten einer alternenden Gesellschaft beitragen.

Zusammenfassend lässt sich wohl festhalten, dass das nordische Sozial- und Wirtschaftsmodell, eine tragfähige Balance der Belange zwischen und innerhalb der Generationen

hält – obwohl es vielleicht kein Supermodell ist, wie der „Economist“ tatsächlich vor einigen Monaten schrieb. Dies ist durch eine Kombination von Maßnahmen, die dazu beitragen, die Lebenschancen der Menschen anzugleichen (das heißt zum Beispiel freier Zugang zu Bildung, wirksame Arbeitsmarktmaßnahmen für die gesamte erwachsene Bevölkerung und ein umfassendes soziales Sicherungssystem) und einer Politik, die die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität fördert, gelungen.

Ökologischer Fußabdruck: Selbst die nordischen Länder müssen mehr für die Umwelt tun

Das vielleicht innovativste Element der SGI-Studie ist, dass die Experten den Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit in die Beurteilung von Generationengerechtigkeit miteinbeziehen. In den Debatten um Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung ist dies gang und gäbe, aber selten finden Umweltgedanken Eingang in die Beurteilung des Wohlfahrtsstaats und der sozialen Gerechtigkeit im weiteren Sinne.

Der Einfluss des Menschen auf die Umwelt wird in der SGI-Studie anhand der ökologischen Fußabdrücke der Länder untersucht. Für die nordischen Länder kommen die Experten zu einem gemischten Ergebnis. Hier fällt das Urteil zur Generationengerechtigkeit weniger positiv aus als bei der Analyse des Wohlfahrtsstaats im engeren Sinne. An dieser Stelle muss man darauf hinweisen, dass es mehrere Arten von Indikatoren gibt, um die verschiedenen Aspekte der Umweltbilanz zu messen. Von der Auswahl dieser Indikatoren hängen auch die Länderrankings ab. Wenn man beispielsweise den Environmental Performance Index zugrunde legt, landen die nordischen Länder im oberen Bereich. Wir können hier nicht beurteilen, welcher Indikator der angemessenere ist. Es kommt wahrscheinlich auf den konkreten Zweck der Untersuchung an. Wichtig ist aber, dass die Verbindungen von sozialen und umweltpolitischen Maßnahmen und ihre Folgen weiter erforscht und diskutiert werden. Hierzu leistet die SGI-Studie einen wertvollen Beitrag.

.....
Aus dem Englischen von Rosa Gosch



Aktuelles

Den demografischen Wandel fest im wissenschaftlichen Blick – Aktuelle Befunde aus der Bevölkerungsforschung bei der Informations- und Diskussionsveranstaltung des BiB für Ministerien und Behörden am 30. Oktober 2013 in Berlin

Wie geht es weiter mit dem demografischen Wandel? Welche aktuellen Trends und Themen spielen derzeit in der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung des BiB eine wichtige Rolle? Diese und weitere Fragen standen im Fokus der mittlerweile sechsten Informationsveranstaltung des Instituts für Mitarbeiter/innen von Ministerien und Behörden in Berlin am 30. Oktober 2013, die von Wissenschaftler/innen des BiB und des Statistischen Bundesamtes durchgeführt wurde.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit über 70 Teilnehmern und Teilnehmerinnen durch den Leiter der Abteilung G im Bundesministerium des Innern, Dr. Jörg Bentmann. Er freute sich über die große Resonanz der Veranstaltung und betonte, dass das Thema Demografie auch in der Zukunft Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigen werde, zumal die demografische Entwicklung alle relevanten Politikbereiche berühre und gegenwärtig auch bei den Koalitionsgesprächen in Berlin in allen Arbeitsbereichen größte Aufmerksamkeit genieße.

Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, berichtete in seiner Begrüßungsansprache über die Forschungsarbeit des BiB und stellte die folgenden Vorträge kurz vor.

Ein neuer (Forschungs-)Blick auf den Wandel der Familie

Welche Vorstellungen, Erwartungen und Meinungen von Familie haben junge Erwachsene? Dieser Frage ging Dr. Sabine Gründler im ersten Beitrag des Tages auf der Basis des Leitbild-Konzeptes nach. Unter der Annahme, dass Leitbilder als Orientierungspunkte für die Lebensgestaltung dienen

und damit auch Einfluss auf die Familienplanung und Geburtenentwicklung in Deutschland nehmen, präsentierte sie erste Ergebnisse des BiB-Surveys „Familienleitbilder“. Am Anfang stand zunächst die Frage, was unter Familie eigentlich verstanden wird. Dabei zeigten die Antworten insgesamt, dass Familie letztlich da ist, wo Kinder sind, betonte Frau Dr. Gründler. Bei den individuellen Vater- und Mutterleitbildern gebe es interessante Geschlechterdifferenzen. So zeigten sich konkurrierende Mutterleitbilder auf der persönlichen Ebene bei der Frage der mütterlichen Präsenzkultur zuhause versus Berufliche Unabhängigkeit. Bei den Vaterleitbildern werde deutlich, dass Männer signifikant häufiger väterliche Sorgearbeit wollten. Dazu favorisierten sie die väterliche Ernährerrolle stärker als die Frauen. Die Annahme, dass Eltern bei der Erziehung vieles falsch machen können, werde bei den Antworten auf die Frage nach einer verantworteten Elternschaft deutlich – und zwar sowohl auf der persönlichen als auch auf der allgemeinen Ebene. Damit seien die wahrgenommenen Ansprüche an Eltern enorm, resümierte Frau Gründler.

Was den Zusammenhang zwischen Leitbild und dem gelebten Alltag angehe, gebe es hinsichtlich Wunsch und Wirklichkeit nach ersten Ergebnissen zum einen durchaus Übereinstimmungen, etwa beim Zusammenhang zwischen den Arbeitsstunden und den Elternleitbildern, zum andern auch teilweise Widersprüche. Die Unterscheidung zwischen der persönlichen Einstellung und der allgemeinen Meinung zeige, dass vor allem „klassische“ Familienleitbilder wahrgenommen würden, die im Widerspruch zu den persönlichen Ideal-Vorstellungen stünden. Die künftige Forschung werde sich vor allem auch der Frage widmen, wie



Der demografische Wandel ist und bleibt ein politisches Megathema: Der Leiter der Abteilung G im BMI, Dr. Jörg Bentmann, hob in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung der demografischen Veränderungen als Querschnittsaufgabe über alle Politikbereiche hervor. (Foto: Christian Fiedler)



Zum mittlerweile sechsten Mal informierte das BiB Mitarbeiter/innen aus Ministerien und Behörden über aktuelle Befunde aus der Bevölkerungswissenschaft. Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, stellte Mitarbeiter/innen von Ministerien und Behörden in Berlin die Aufgaben des BiB vor und gab einen Überblick über die einzelnen Forschungsbereiche. (Foto: Christian Fiedler)

diese konkurrierenden Leitbilder und der wahrgenommene Druck auf die Eltern die Geburtenentwicklung in Deutschland beeinflussten, so Dr. Gründler.

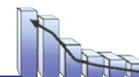
Deutschland im (Un-)Ruhestand?

Vor dem Hintergrund der demografischen Alterung und einem schrumpfenden Anteil Jüngerer in der Erwerbsbevölkerung untersuchte Frank Micheel die Ursachen und Motivationen älterer Erwerbstätiger im Rentenalter. Da die Rentenpolitik eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit anziele, stelle sich die Frage, wer eigentlich länger arbeitet und welche Gründe hinter dieser Entscheidung stecken sowie in welchem Umfang länger gearbeitet werde. Amtliche Daten weisen darauf hin, dass die Erwerbstätigkeit der Menschen im Ruhestandsalter zwischen 1996 und 2011 deutlich zugenommen habe. Mithilfe von Daten der Studie „TOP – Transitions and Old Age Potentials“ des BiB mit rund 5.000 Teilnehmern im Alter zwischen 55 und 70 Jahren aus dem Jahr 2013 zeigte er, dass fast ein Viertel der befragten Ruheständler eine berufliche Tätigkeit ausübten. Es waren eher Männer als Frauen, die länger arbeiteten. Zudem belegten sie in ihren früheren Berufen eher höhere als mittlere oder niedrigere Positionen und sie befanden sich in einem gesünderen Zustand. Es seien nicht unbedingt die Ruheständlerinnen und Ruheständler mit geringen Einkommen, die eine Verlängerung ihres Berufslebens anstrebten, analysierte Micheel. Insgesamt konnte eine recht deutliche Neigung zu einer Weiterbeschäftigung im Ruhestand festgestellt werden. Als Gründe

für eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand gaben 95 % an, sie hätten Spaß an der Arbeit. Geld verdienen war für 71 % der Motivationsanreiz und ganz am Ende der Rangliste gaben 48 % an, es gehe ihnen vor allem um einen geregelten Tagesablauf. „Geistig fit“ halten wollten sich 90 % und 89 % war es wichtig, soziale Kontakte auch im „Unruhestand“ zu pflegen.

Gibt es ein neues Bild der Migration?

Vor dem Hintergrund eines immer wieder beklagten „Fachkräftemangels“ und damit einhergehenden Forderungen nach stärkerer Einbindung von ausländischen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt stellte Andreas Ette die Frage, wie sich die Arbeitsmarktintegration heutiger Zuwanderer im Vergleich zu früheren Migrantengenerationen entwickelt hat und welche Faktoren diese Veränderung erklären könnten. Auf der Grundlage der Mikrozensus-Daten der Jahre 1996 bis 2010 bestätigte er ein „neues Bild der Migration“ insofern als sich die sozio-ökonomische Struktur der Neuzuwanderer nach Deutschland im Laufe der untersuchten Jahre grundlegend gewandelt hat. Es lasse sich eine veränderte Altersstruktur bei den Migranten feststellen und es gebe Verschiebungen zwischen den Herkunftsregionen. Die größte Veränderung betreffe allerdings den Anstieg des formalen Bildungsniveaus der Neuzuwanderer. Gleichzeitig zeigte er, dass sich die Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern gemessen an der Beteiligung am Arbeitsmarkt während der vergangenen 15 Jahre um mehr als 40 % verbessert hat. In gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführten Modellrechnungen analysierte er, dass diese positive Entwicklung nicht allein auf die veränderte sozio-ökonomische Struktur zurückzuführen ist. Einen deutlichen Einfluss hatten auch die institutionellen Reformen, wozu die stärkere Orientierung an arbeitsmarktbezogener Zuwanderung des vergangenen Jahrzehnts und die schrittweise Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Migranten beigetragen haben. Er betonte, dass gerade für Zuwanderer aus Staaten außerhalb der Europäischen Union die Wahrscheinlichkeit erwerbstätig zu sein heute deutlich über dem Niveau der 1990er Jahre liegt, weshalb gerade für diese Gruppe bisherige Bilder der Migration nur noch bedingt auf die heutige Situation übertragbar seien.



Wir sind dann mal weg! Mobilität im Auswärtigen Dienst und die Folgen

Was Auslandsrotation, Dienstreisen oder lange Pendelzeiten für Beschäftigte und ihre Familien bedeuten zeigte Silvia Ruppenthal in ihrem Beitrag unter anderem am Beispiel einer Studie des BiB zu „Mobilitätskompetenzen im Auswärtigen Dienst“. Diese widmet sich den Risiken und protektiven Faktoren bei der Bewältigung der Auslandsrotation im Auswärtigen Amt. Ziel sei es, die Chancen und Risiken für Beschäftigte, Partner und Kinder sowie die Faktoren, Kompetenzen und Strategien, die Beschäftigte und deren Angehörige vor negativen Konsequenzen schützen, zu ermitteln. Dabei gehe es vor allem darum, Empfehlungen für die Praxis zu geben, betonte Frau Ruppenthal. Ein großer Teil der ausgesprochenen Empfehlungen sei bereits im Auswärtigen Amt umgesetzt worden, berichtete sie.

Insgesamt sei die subjektive Einschätzung hinsichtlich der Auslandsrotation, bei der der weltweite Einsatzort in der Regel im Abstand von drei bis vier Jahren wechsele, positiv: So waren rund drei Viertel der Beschäftigten (79 %) und der Partner (73 %) mit dem Rotationsverfahren zufrieden. Gleichwohl gebe es Risiken für Partnerschaft und Familie. Trotz einer insgesamt hohen Partnerschaftszufriedenheit gaben 26 % der Beschäftigten und 17 % der Partner und Partnerinnen an, in der Partnerschaft Konflikte aufgrund der Rotation auszutragen. Somit könne Rotation zur Belastung für die Partnerschaft werden, analysierte Frau Ruppenthal. Zudem erweisen sich im Rahmen der Auslandsrotation ein hohes generelles Stresserleben oder lange Anfahrtswege als Risikofaktoren, während bestimmte Persönlichkeitsmerkmale und eigene Mobilitätskompetenzen als protektive Faktoren gelten könnten.

Für alle vom BiB untersuchten Mobilitätsformen stellte Frau Ruppenthal fest, dass das „Wegsein“ geschlechtsspezifische Folgen hat: So werde insbesondere für Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert. Insgesamt könne Mobilität auch negative Konsequenzen für Gesundheit und Wohlbefinden haben. Wie gravierend diese für den Einzelnen ausfallen, hänge von vielen Faktoren ab. So habe

Mobilität zwar einen unbestreitbaren Nutzen, fordere oft zugleich aber auch ihren Preis.

Wie viele sind wir? Ergebnisse aus dem Zensus 2011

Im letzten Beitrag der Veranstaltung gab Steffen Klink vom Statistischen Bundesamt einen Einblick in die methodischen Grundlagen des Zensus 2011 und präsentierte erste Ergebnisse aus der Erhebung, in deren Verlauf mehrere Befragungen durchgeführt wurden, deren (Haupt-)Zweck es war, Über- und Untererfassungen in den Melderegistern aufzudecken und statistisch zu bereinigen. Dabei wurde für Gemeinden unter 10.000 Einwohnern und für Gemeinden ab 10.000 Einwohnern unterschiedlich verfahren. Der Statistiker stellte zunächst die Effekte der verschiedenen Korrekturmaßnahmen auf die Einwohnerzahlen dar und gab einen Überblick über die durchgeführten Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Daten.

Im zweiten Teil seines Vortrags präsentierte er Ergebnisse der im Zensus 2011 festgestellten Einwohnerzahlen. So zeigten die Ergebnisse des Zensus eine im Vergleich zur Bevölkerungsfortschreibung (Stand: 30.4.2011) gesunkene Bevölkerungszahl in Deutschland (ein Rückgang um 1,8 %). Unter den Bundesländern gab es dabei deutliche Unterschiede bei der Differenz der Einwohnerzahlen im Zensus im Vergleich zur Bevölkerungsfortschreibung 2011. So hatte zum Beispiel Berlin einen deutlichen Rückgang der Bevölkerung im Zensus zu verzeichnen, während Rheinland-Pfalz die geringste Differenz im Vergleich aufwies.

Im letzten Teil des Vortrages wurden erste Ergebnisse zu demographischen und regionalen Strukturen von Karteileichen (Übererfassungen in den Melderegistern) und Fehlbeständen (Untererfassungen in den Melderegistern) in der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis vorgestellt. Insbesondere bei der ausländischen Bevölkerung sind hohe Registerfehler festgestellt worden.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Familie aus kultursoziologischer Perspektive – Herbsttagung der Sektion Familiensoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und des Arbeitskreises Familiendemografie der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) am 26. und 27. September 2013 in Wiesbaden

Die Erforschung von Entscheidungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Familie wird in der Familiensoziologie seit einigen Jahren von ökonomischen Ansätzen bzw. dem „Rational Choice“-Ansatz dominiert, wobei kultursoziologische Erklärungsansätze in den Hintergrund gerückt sind. Zu zeigen, dass es einer verstärkten Einbindung und Verknüpfung einer kultursoziologischen Perspektive in bestehende Theorien bedarf, war das Ziel der Konferenz mit gut 40 Teilnehmern aus Wissenschaft und Politik. Beiträge und Diskussionen stellten sowohl kulturelle Erklärungen für familiensoziologische Befunde als auch methodische Zugänge vor, um den Einfluss kultureller Phänomene zu erfassen.

Insbesondere bei der Suche nach den Ursachen für die steigende Kinderlosigkeit zeigt sich, dass eine rein auf Nutzen-Kosten-Relationen fixierte Forschung kein befriedigendes Erklärungsmodell liefern kann, das auch Faktoren wie Prozesse des soziokulturellen Wandels umfasst. So plädierte Dr. Jan Eckard (Max-Weber-Institut für Soziologie, Heidelberg) für ein entsprechendes integratives Erklärungsmodell auf der Grundlage der Frame-Selektions-Theorie. Das Modell bezieht sich auf Entscheidungssituationen in Paarbeziehungen und untersucht die Wechselwirkung zwischen sozio-kul-

turellen Leitbildern und strukturellen Anreizen. Am Beispiel von Daten des Familiensurveys zeigte er, welche informationellen Defizite bei der Operationalisierung festzuhalten sind, und welcher Bedarf an künftigen Erhebungen besteht.

Erforschung der Partnerwahlprozesse mit Pierre Bourdieu

Auch in der Partnerwahlforschung dominieren rationale, ökonomische Handlungstheorien, wie Andreas Schmitz (Otto-Friedrich-Universität Bamberg) und Daniel Witte (Käte Hamburger Kolleg Bonn) konstatierten. Es gebe allerdings kultur- und praxistheoretische Arbeiten, die als ernstzunehmende Alternativen bzw. Bereicherungen betrachtet werden könnten. Als ein Beispiel hierfür nannten sie den soziologischen Ansatz Pierre Bourdieus, der besonders bei der Erforschung von Partnerwahlprozessen gewinnbringend sei. Dazu stellten die beiden Wissenschaftler die Theorie Bourdieus und deren Anwendung auf Partnerwahlprozesse vor, indem sie zeigten, dass sich Paarformation an Nähe und Distanz im Sozialraum und an der Verteilung von „kulturellem Kapital“ orientiert. Sie taten dies mit Daten aus Online-Dating-Portalen, in denen eine rationale nutzenorientierte Suchstrategie von vielen als besonders wahrscheinlich angesehen wird.

Väter im Spannungsfeld zwischen Ernährer und Erzieher

Mit der veränderten Rolle der Väter im Spannungsfeld soziologischer Ambivalenz beschäftigten sich Prof. Dr. Mechthild Oechsle (Uni Bielefeld) und Thordis Reimer (Uni Bielefeld). Sie stellten zunächst fest, dass es in der familiensoziologischen Forschung derzeit eine Diskrepanz zwischen dem Leitbild einer aktiven Vaterschaft (sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in den Orientierungen der Väter) und weitgehend unveränderten Rollenbildern in der täglichen Praxis gebe. Väter bewegten sich heutzutage in einem Spannungsfeld im Rahmen moderner familialer Leitbilder als aktive Väter in der Familie, sollen zugleich aber auch weiterhin im Rahmen traditioneller familiärer Leitbilder die Rolle des (Haupt-)Ernährers der Familie wahrnehmen. In ihrem Beitrag fokussierten sie auf diese widersprüchlichen Aspekte



In der „guten Stube“ des Statistischen Bundesamtes hoch über Wiesbaden diskutierten zwei Tage lang gut 40 Wissenschaftler/innen neue Forschungsansätze in der Familiensoziologie. Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung, bestehende Theorien zur Familienentwicklung um kulturtheoretische Perspektiven zu ergänzen und zu vertiefen.



kultureller Repräsentation von Vaterschaft und untersuchten die Wechselwirkungen zwischen Arbeitsorganisationen und privater Lebensführung, um so einen Beitrag zu einem angemessenen Verständnis gesellschaftlich fundierter Entscheidungslagen von Vätern zu liefern.

Familie als Geschlechterhandeln

Daran anschließend zeigte Prof. Dr. Cornelia Helfferich in ihrem Vortrag „Familie als Geschlechterhandeln – Habitus oder Kalkül?“ am Beispiel der Geschlechterkonzepte in der Theorie Pierre Bourdieus, dass rationale Handlungstheorien insbesondere bei dem Verständnis von Geschlechterrollen und -beziehungen Defizite haben, die sich mit dem Ansatz Bourdieus besser erschließen lassen. So modellieren rationale Entscheidungstheorien die Gründung oder Erweiterung einer Familie rein aus Kosten-Nutzen-Erwägungen heraus, während die Überlegungen von Bourdieu Familie als ein soziales Feld verhandeln, in dem sich die Geschlechterbeziehungen über die Hineinnahme von Geschlechtererfahrungen im Geschlechterhabitus erklären. Damit spielten eben bei der Familiengründung auch noch Aspekte eine Rolle, die sich aus der Beziehung der Geschlechter ergeben – und nicht aus rein ökonomischen Motiven.

Orientierungen zu Beruf und Familie in Ost- und Westdeutschland

Mit der Frage, ob und wie sich die familialen Orientierungen von Frauen in Ost- und Westdeutschland nach der Wende durch die Angleichung der strukturellen Rahmenbedingungen verändert haben und wie die Frauen damit umgehen, befasste sich der Beitrag von Yvonne Heine und Ines Wlosnewski (Sozialwissenschaftliches Frauenforschungsinstitut Freiburg). Anhand quantitativer und qualitativer Daten der Studie „Frauen leben 3 – Familienplanung im Lebenslauf mit dem Schwerpunkt Schwangerschaftskonflikte“ verglichen sie die Einstellungen 20- bis 44-jähriger Frauen zum Thema Familie und Beruf, die (1) in den neuen Bundesländern aufgewachsen und dann nach Westdeutschland migriert sind, mit (2) den gleichaltrigen Frauen, die in Ostdeutschland geblieben sind, und (3) mit Frauen, die in Westdeutschland sozialisiert wurden. Dazu untersuchten sie in qualitativen Interviews die Verarbeitung von Konflikten, wenn zum Beispiel mitgebrachte Orientierungen in der Konfrontation mit den neuen Lebensbedingungen nicht aufrechterhalten werden können. Darüber hinaus diskutierten sie die Frage, wie kulturelle und strukturelle Einflüsse zusammenwirken und das re-

produktive Handeln von Frauen in Deutschland beeinflussen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass alle untersuchten Frauen Wert auf Familie und Beruf legen. Dabei sind die ostdeutschen allerdings nicht nur erwerbsorientierter als die westdeutschen Frauen, sondern sie betrachten sich selbst auch als handlungsfähiger, wenn es um die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche geht.

Vorstellungen von Familie und die Frage nach dem Kinderwunsch

Welche Vorstellungen haben Menschen davon, wie Familie aussehen soll und inwieweit korrespondieren diese mit ihrer Familienbiografie? Dieser Frage gingen Dr. Detlev Lück und Dr. Sabine Gründler in ihrem Vortrag nach. Auf der Grundlage des 2012 erhobenen Surveys „Familienleitbilder“ des BiB untersuchten sie, welche Konstellationen von Lebensformen als Familie wahrgenommen werden, welche Leitbilder zum „guten“ oder „richtigen“ Familienleben es in Deutschland gibt und wie diese aussehen. Dabei konzentrierten sie sich auf Vater- und Mutterrollen und Leitbilder zum Thema Elternschaft. Auch die reale Familiensituation der Befragten wurde im Survey erfasst, so dass die Überschneidung zwischen Leitbildern und realem Verhalten untersucht werden kann. Erste Ergebnisse deuteten darauf hin, dass es eine gewisse Diskrepanz sowohl zwischen den persönlichen Vorstellungen der Deutschen und den von ihnen wahrgenommenen Vorstellungen ihres sozialen Umfeldes als auch zwischen Vorstellungen und realem Familienalltag gibt.

Daran anknüpfend untersuchten Dr. Jürgen Dorbritz und Robert Naderi den Einfluss von Familienleitbildern auf den Kinderwunsch. Aufgrund der Tatsache, dass Kinderwünsche auf sehr unterschiedliche Arten gemessen werden und daher die Resultate stark voneinander abweichen, stellten sie zunächst die unterschiedlichen Ebenen der Kinderwunschforschung, die entwickelten Indikatoren und damit erzielten empirischen Ergebnisse vor. Sie kamen dabei zu dem Ergebnis, dass der Kinderwunsch, unabhängig davon, wie er gemessen wird, seit dem Jahr 2000 gestiegen ist und sich heute wieder etwa auf dem Niveau befindet, auf dem er zuletzt Anfang der 1990er Jahre lag. Darüber hinaus stellten sie die Frage, inwieweit sich Familienleitbilder auf den Kinderwunsch auswirken, und sie zeigten, dass es deutliche Unterschiede bei den Partnerschafts- und Familienleitbildern von Kinderlosen und Eltern gibt.



Der Familienbegriff und Wege zur Erforschung

Methodische Überlegungen und Ansätze zur rekonstruktionslogischen Bestimmung des Familienbegriffs standen dann im Zentrum des Beitrags von Olaf Behrend (Uni Siegen). Er betrachtete sowohl die psychische als auch die soziale Charakteristik von Paarbildung und fokussierte hier vor allem die soziale Seite, in der er Familie als Praxisform „sui generis“ begriff und daraus methodische Konsequenzen zog. Um Familie zu begreifen sind seiner Ansicht nach neben den typischen Daten der Sozialforschung auch Kunstwerke – hier vor allem der Film – und deren Analyse zentral. Daher zeigte er am Beispiel des Films „Volver“, welche Einsichten bezüglich Familie gewonnen werden können und wie sich diese bei der Analyse von Daten der qualitativen Sozialforschung erhellend einsetzen lassen.



Der wissenschaftliche Dialog geht weiter: Dr. Detlev Lück (BiB) zog als Mitorganisator eine positive Bilanz der Tagung. Er konstatierte eine große Vielfalt von kulturtheoretischen Ansätzen und plädierte für die Fortsetzung des Austauschs auch mit anderen Sektionen der DGS. (Fotos: C. Fiedler, BiB)

Fazit: Sinnvolle Verzahnung unterschiedlicher Methoden zur Erforschung der Familie

Welche Schlussfolgerungen der Tagung lassen sich nun aus der eingangs formulierten Forderung der Hinwendung zu einem kultursoziologischen Blick auf Familie gewinnen? In der Abschlussdiskussion betonte Dr. Lück, dass die rege Diskussion zu den einzelnen Beiträgen zeige, dass der Gesprächsbedarf zur Integration kultureller Erklärungsansätze in die Familienforschung groß ist. Dabei gebe es eine begrüßenswerte Vielfalt an Ideen sowie Ansätze, die unter Umständen zu ähnlichen Erkenntnissen führten und diese somit erhärteten. Einigkeit bestand darüber, dass der begonnene Dialog fortgesetzt werden und durch gemeinsame Tagungen mit anderen Sektionen gefördert werden sollte.

Bernhard Gückel, BiB

Das BiB in den Medien

Eine positive Bilanz des Elterngeldes:

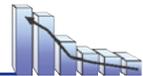
Dr. Martin Bujard zu den Zielen und Wirkungen des Elterngeldes im Interview der Deutschen Presse-Agentur (dpa) am 11. Oktober 2013

Seit 2007 gibt es das Elterngeld und die Elternzeit. Hat sich diese familienpolitische Maßnahme bewährt und wurden die angestrebten Ziele bisher erfüllt? Welche Wirkungen lassen sich nachweisen? Im Interview mit der dpa betonte Dr. Martin Bujard vom BiB vor allem das Vorhandensein fünf unterschiedlicher Ziele des Elterngeldes. Der Anstieg der Väterbeteiligung bei der Elternzeit auf 28 Prozent sei ein Erfolg, so Dr. Bujard, der das Elterngeld als einen Umstieg auf eine Lebenslaufpolitik betrachtet.

Ziel des Elterngeldes waren fünf Punkte, die allerdings nicht immer deutlich genannt wurden: Zunächst sollte der Einkommensrückgang nach der Geburt aufgefangen werden, mehr Zeit für Kinder vorhanden sein und Anreize für Väter geschaffen werden, sich an der Fürsorge zu betei-

gen. Zudem sollten die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Geburtenzahlen gefördert werden, so Dr. Bujard. Was die ökonomischen Erwartungen angehe, lasse sich nachweisen, dass das Haushaltseinkommen bei Familien mit Babys angestiegen sei. Allerdings profitierten bestimmte Gruppen wie Akademiker, Eltern ab 30 Jahren sowie Familien mit dem ersten Kind besonders stark, während bei Alleinerziehenden, jungen Eltern und beim zweiten Kind die Einkommen kaum gestiegen seien.

Als Erfolg könne der Anstieg der Väter, die in Elternzeit gehen, gewertet werden: Gingen früher nur vier Prozent der Väter in Elternzeit, so ist die durchschnittliche Beteiligung im Jahr 2012 auf 28 Prozent gestiegen. Mittlerweile nehmen die Männer im Durchschnitt 3,3 Monate Elternzeit, wobei jeder dritte Vater die Monate parallel mit der Mutter direkt nach



der Geburt nimmt. Die Erfahrung, die die Väter in der Kinderpflege machten und die die vorherigen Generationen so nicht kannten, werde sich in einigen Jahren auch kulturell in Teilen der Wirtschaft auswirken, zeigte sich der Politologe überzeugt. Der Vorteil des Elterngeldes liege zudem auch in einem geringeren langfristigen Einkommensverlust: Wer nach einem oder zwei Jahren in den Job zurückkomme, sei noch nah am Job dran und habe bessere Chancen mehr zu verdienen. Dass der Anteil von berufstätigen Frauen mit Kindern im Alter von einem Jahr 2011 zugenommen habe, liege aber vor allem am allgemeinen Ausbau der Kinderbetreuung.

Die Frage, ob das Elterngeld zu einer Zunahme der Geburten geführt habe, lasse sich so direkt nicht beantworten, da die Geburtenrate durch Familienpolitik zwar beeinflusst werde könne, es gebe aber hier ein Zusammenspiel vieler Einflüsse. Veränderungen in diesem Bereich zeigten sich erst über Jahre. Was sich allerdings nachweisen lasse, sei ein Effekt bei den Akademikerinnen über 35 Jahre. Hier zeige sich ein Anstieg der Geburten.

Insgesamt sei bei der Beurteilung der Wirkungen des Elterngeldes entscheidend, dass alle fünf Ziele betrachtet werden müssten und hier zeigten sich in der Bilanz positive Tendenzen: Das Familieneinkommen steige, die Väter beteiligten sich stärker an der Fürsorge der Kinder und mehr Frauen sind erwerbstätig. Somit sei das Positive am Elterngeld, dass es im Unterschied zum Ehegattensplitting oder

dem Betreuungsgeld keine Zielkonflikte gebe, sondern es würden damit mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen, resümierte Dr. Bujard.

Zum Thema ist aktuell ein von ihm herausgegebenes Schwerpunktheft der Zeitschrift für Familienwissenschaft erschienen, das sich ausführlich mit dem Elterngeld befasst, mit dem Titel: „Elterngeld und Elternzeit in Deutschland: Ziele, Diskurse und Wirkungen. Zeitschrift für Familienforschung 02/2013.“

Bernhard Gückel, BiB



Mehr Infos zum Thema



Weitere Informationen zum Band unter:

<http://www.budrich-journals.de/index.php/zff/issue/current>

Die Einleitung des Bandes online:

<http://www.bib-demografie.de/elterngeld2013>

Das ganze dpa-Interview:

http://www.t-online.de/eltern/familie/id_65970100/elterngeld-das-bringt-die-transferzahlung-des-staates-wirklich.html

Ein (Pendler-)Leben unter Stress –

Prof. Dr. Norbert F. Schneider im Magazin „Wirtschaftswoche“ vom 14. Oktober 2013 zu den Ursachen und Folgen beruflicher Mobilität

Die tägliche Pendelei zum Arbeitsplatz mit all ihren negativen Auswirkungen ist für Millionen deutsche Arbeitnehmer zur Gewohnheit geworden. Was sich gegenwärtig verändert hat, ist die Tatsache, dass die Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz immer länger werden. Das Magazin „Wirtschaftswoche“ spricht in einer Titelgeschichte bereits von der „Pendler-Republik“ Deutschland. Welche Folgen hat diese Entwicklung für den Einzelnen und die Gesellschaft? Welche Gegenstrategien gibt es gegen die negativen Folgen der beruflichen Mobilität? Damit beschäftigt sich der Beitrag, an dem auch Prof. Dr. Norbert F. Schneider beteiligt war.

Die im Beitrag genannten Beispiele von Berufspendlern zeigen, dass die Arbeitnehmer immer weitere Wege zum Arbeitsplatz auf sich nehmen, und dabei gewaltigem Stresspotenzial mit Folgen für die Gesundheit ausgesetzt sind. Dabei zeigen Untersuchungen wie die 2007 durchgeführte EU-Studie zu „Job Mobilities and Family Lives“, dass vor allem Männer lieber auf Achse sind, wie Prof. Schneider betont. Dabei gebe es verschiedene Mobilitätstypen wie beispielsweise den Wochenendpendler, der hoch qualifiziert und gebildet sei und den Pendler, der täglich zwischen Wohnort und Arbeitsplatz unterwegs sei. Wie sehr die Unternehmen vor der Brisanz des Themas letztlich die Augen verschließen, zeigt eine Umfrage des Magazins unter den 30 größten Dax-Kon-



zernen: Trotz organisatorischer und materieller Unterstützung für die pendelnden Mitarbeiter sei die Brisanz des Themas noch nicht richtig angekommen. Dies zeige sich auch darin, dass die meisten Unternehmer nicht wissen, welche ihrer Mitarbeiter fernpendeln, so Prof. Schneider. Zu beachten sei allerdings auch, dass viele Pendler ihre Situation bewusst verschweigen, weil sie dann fürchten, als weniger leistungsbereit zu gelten.

Dazu kommen auch Auswirkungen auf das Privatleben. Wenn der Partner nämlich nicht mitspielt und sich nach Aktivitäten und Unternehmungen sehnt, drohen Konflikte für die Beziehung, mahnt Prof. Schneider.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur aus dem BiB

Lück, Detlev; Gründler, Sabine; Naderi, Robert; Dorbritz, Jürgen; Schiefer, Katrin; Ruckdeschel, Kerstin; Hiebl, Johannes; Wolfert, Sabine; Stadler, Manuela; Pupeter, Monika (2013):

Familienleitbilder 2012 – Methodenbericht zur Studie. BiB Daten- und Methodenberichte 2/2013. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

In der neuen Veröffentlichungsreihe „BiB Daten- und Methodenberichte“ ist mit dem Methodenbericht zur Studie Familienleitbilder der zweite Beitrag erschienen.

Er dokumentiert die im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführte Erhebung zum Thema Familienleitbilder. Untersuchungsgegenstand sind kulturelle Leitbilder im Kontext von Familie, also individuelle als auch in der Bevölkerung wahrgenommene Vorstellungen von einer „normalen Familie“, einer „guten Partnerschaft“, dem „richtigen Alter“ zum Heiraten usw. Es werden sowohl die persönlichen Leitbilder erfragt als auch solche, die von den Befragten als gesellschaftlich verbreitete Leitbilder wahrgenommen werden. Grundgesamtheit ist die Wohn-

bevölkerung Deutschlands im Alter von 20 bis 39 Jahren. Für diese Population wurde auf Basis des Dual-Frame-Ansatzes (unter Einbezug von Mobilfunk-Telefonnummern) eine repräsentative Stichprobe gezogen und mittels CATI-Verfahren telefonisch interviewt. Befragt wurden 5.000 Personen im Zeitraum vom 27. August bis zum 15. November 2012.



Evelyn Grünheid:

Ehescheidungen in Deutschland: Entwicklungen und Hintergründe.

BiB Working Paper 1/2013. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Das BiB Working Paper 1/2013 gibt einen aktuellen Überblick über Ehescheidungen in Deutschland und überprüft zentrale theoretische Annahmen über Ehescheidungen auf Grundlage der amtlichen Statistik.

Im Mittelpunkt steht die Frage, ob sich wichtige theoretische Erkenntnisse zur Frage der Ehescheidungen, die in der Literatur häufig aus den Ergebnissen von Surveys oder kleineren Studien abgeleitet werden, auch mit den großen Datensätzen der amtlichen Statistik nachweisen lassen. Möglich ist dies insbesondere beim Nachweis von Alterseffekten auf das Scheidungsrisiko. Ehen von Paaren, die deutlich unter dem durchschnittlichen Heiratsalter geheiratet haben, sind besonders scheidungsanfällig. Mit steigendem Alter der Partner und Dauer der Ehe sinkt das Scheidungsrisiko, trotzdem ist es bei langjährigen Ehen im Zeitverlauf deutlich angestiegen. Im Hinblick auf Altersunterschiede zwischen den Ehepartnern scheinen Ehen, in denen die Frauen mehr als zehn Jahre älter sind als ihre Partner das höchste Scheidungsrisiko aufzuweisen. In Städten ist die Scheidungshäufigkeit höher als auf dem Land, dieser Trend gilt ungebrochen weiter, al-



Download der Bände unter



http://www.bib-demografie.de/DE/Veroeffentlichungen/veroeffentlichungen_node.html



lerdings hat sich die Scheidungshäufigkeit in westdeutschen Flächenländern in den letzten 20 Jahren erheblich schneller verstärkt, so dass es hier zu einer Annäherung gekommen ist. Alle untersuchten Aspekte weisen darauf hin, dass die Qualität der getroffenen Aussagen gerade beim Scheidungsgeschehen stark von den zur Verfügung stehenden Datengrundlagen und den verwendeten Berechnungsmethoden

abhängt. Dies wird besonders am Beispiel der Ermittlung der durchschnittlichen Ehedauer bis zur Scheidung deutlich. Die Berechnung mit Hilfe absoluter Zahlen überschätzt zunehmend die durchschnittliche Ehedauer durch den verstärkten Einfluss von Scheidungen langjähriger Ehen, weshalb für die Berechnung die Verwendung gewichteter Daten empfohlen wird.

Neues vom Demografieportal des Bundes und der Länder

Broschüre zum Online-Dialog „Zusammenhalt von Jung und Alt – füreinander Verantwortung übernehmen“ des Demografieportals

Ein wichtiger Baustein des vom BiB redaktionell betreuten Demografieportals des Bundes und der Länder ist der Online-Dialog, bei dem sich jeder am Dialogprozess zur Demografiestrategie der Bundesregierung beteiligen kann. Der zweite, im Juli 2013 abgeschlossene Dialog befasste sich mit dem Thema „Zusammenhalt von Jung und Alt – füreinander Verantwortung übernehmen“. Ziel war es, die Diskussion auf ein zentrales und übergreifendes Thema der Demografiestrategie mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz zu fokussieren. Die Broschüre fasst die wichtigsten Diskussionsergebnisse und Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft zusammen. Sie enthält eine inhaltliche Auswertung aller Beiträge und Kommentare, die im Zeitraum zwischen Mai und Juli 2013 verfasst wurden. Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Frage, wie Gesellschaft und Politik die Erwartungen von Jung und Alt zusammenführen können. In der Diskussion bestand Einigkeit darüber, dass es bereits eine Vielzahl von Beteiligungsmöglichkeiten für Jung und Alt gibt und jede Generation etwas zum Zusammenhalt beitragen kann. Als besonders bedeutsam wurde die stärkere Einbindung Jüngerer in Entscheidungen mit demografischen Bezügen etwa in der Kommunalpolitik vor Ort hervorgehoben. Die Ergebnisse bieten Impulse für die neue Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“, die die Bundesregierung im Rahmen der Weiterentwicklung ihrer Demografiestrategie bilden möchte.

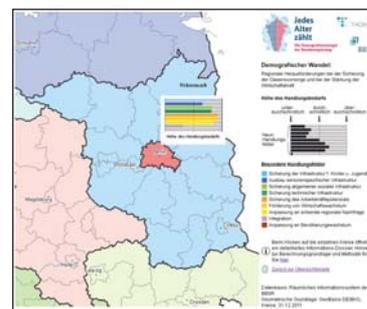
Anfang 2014 wird es einen neuen Online-Dialog geben. Das Thema wird rechtzeitig auf dem Demografieportal, im



Newsletter des Portals sowie auf der Homepage des BiB vorgestellt.

Neu auf dem Demografieportal: Interaktive Karte zu regionalen Herausforderungen des demografischen Wandels

Das Demografieportal bietet seit Mitte November eine interaktive Karte an, welche die regionalen Herausforderungen des demografischen Wandels bei der Sicherung der Daseinsvorsorge und bei der Stärkung der Wirtschaftskraft darstellt (www.demografieportal.de/karte). Für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt informiert ein Dossier über den Handlungsbedarf in neun Handlungsfeldern und über ausgewählte Kennziffern. In diesem Zusammenhang wurden auch mehrere statische Karten veröffentlicht, welche die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen in Deutschland anhand einer innovativen Methodik abgrenzen. Beide Neuerungen sind aktuelle Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken“, die im Rahmen des Dialogprozesses zur Demografiestrategie der Bundesregierung eingesetzt wurde.



Bernhard Gückel, Stephan Kühntopf, BiB



Mehr Infos auf dem Demografieportal

<http://www.demografie-portal.de>



Vorträge und Forschungsaktivitäten

Prof. Norbert F. Schneider: Familie im Zeitalter der Mobilität

Mit den individuellen und sozialen Konsequenzen berufsbedingter räumlicher Mobilität befasste sich **Prof. Dr. Norbert F. Schneider** in seinem Vortrag bei der Konferenz „Family Life in the Age of Migration and Mobility: Theory, Policy and Practice“ vom 16. bis 20. September 2013 in Nörrköping/Schweden.

Dabei richtete er den Blick zunächst auf die gegenwärtige Situation berufsbedingter Mobilität in Europa und betonte, dass die Mobilitätsanforderungen durchweg gestiegen sind. Somit handle es sich hier um ein weitverbreitetes Phänomen, dass zudem keineswegs eine neue Erscheinung ist. Schließlich gab es schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung Migration in die Städte und stundenlange Anreisen der Arbeiter in die Fabriken. Dabei ist das Ausmaß der Mobilität während der letzten 150 Jahre nicht linear, sondern in Wellen verlaufen, wobei der Mobilitätsfluss in Europa während der letzten zwei Jahrzehnte zugenommen hat, wie aus der 2007 initiierten EU-Studie „Job Mobilities and Family Lives“ hervorgehe. Gegenwärtig lasse sich die Spitze einer kleineren Mobilitätswelle feststellen, so Prof. Schneider.

Was sich gewandelt hat ist der soziale Wert von Mobilität, der nun im Zuge der Stellung Europas im globalen Wettbewerb höher bewertet werde; dagegen sei Immobilität zunehmend assoziiert mit negativen Konnotationen wie Inflexibilität und Rückständigkeit. Insgesamt zeige sich berufliche Mobilität als ambivalentes Phänomen: zum einen öffne sie Arbeitnehmern die Tür zu neuen Erfahrungen und Gelegenheiten, zum anderen führt sie zu neuen Belastungen und Zwängen. Beim Blick auf die Situation in Europa zeige sich, dass Unterschiede im Mobilitätsgeschehen zwischen den einzelnen Ländern geringer sind als die Unterschiede zwischen sozialen Gruppen innerhalb der Länder, wobei besonders für Westeuropa gelte, dass räumliche Mobilität nicht länger als Mechanismus für sozialen Aufstieg betrachtet werde, sondern vielmehr als Instrument, um den sozialen Abstieg zu verhindern.

Der Blick auf die Frage, wer mobil ist und wer nicht, zeige, dass vor allem jüngere Menschen mit höherer Bildung unter 35 Jahren mobil sind, wobei diese Gruppe eher umzugsbereit ist als ältere Arbeitnehmer, die vorzugsweise täglich pendeln. Dabei spiele auch die Familiensituation eine Rolle. So

zeigten Menschen ohne Partner eine stärkere Umzugsbereitschaft als solche, die in einer Beziehung lebten.

Zudem wirke sich die Mobilität auch auf die Familienentwicklung aus. So sei das Risiko für Kinderlosigkeit unter mobilen Frauen signifikant höher als bei nicht Mobilen. Dies gelte für die Männer allerdings nicht. Darüber hinaus zeigten sich auch bei der Kinderzahl und dem Erstgeburtsalter Hinweise, dass sich Mobilität auf die Familiengründung auswirke, insbesondere bei den mobilen Frauen, die ihre Kinder in einem höheren Alter bekommen und dazu weniger Kinder haben als nicht mobile Frauen. Mobile Männer werden dagegen eher früher Vater. Damit determiniere das Geschlecht signifikant die Beziehung zwischen Mobilität, resümierte der Familiensoziologe. Für die Zukunft gelte es daher vor allem die Fragen zu beantworten, wie viel Mobilität notwendig und begründet ist und wie die negativen Konsequenzen reduziert werden können.

Prof. Norbert F. Schneider:

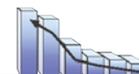
Was heißt Bevölkerungsentwicklung?

Die Folgen des demografischen Wandels betreffen vor allem auch die Regionen und Kommunen in Deutschland. Aus diesem Grund veranstaltete der Landkreis Erlangen-Höchstadt am 17. Oktober 2013 in Herzogenaurach eine Informationsveranstaltung zum Thema „Den Demografischen Wandel im Landkreis aktiv gestalten“, bei der der Direktor des BiB, **Prof. Dr. Norbert F. Schneider**, die Trends, Ursachen und politischen Implikationen dieses Prozesses vorstellte. Ausgehend von der Frage „Was heißt eigentlich Bevölkerungsentwicklung?“ skizzierte er die Entwicklungstrends der Bevölkerungsstruktur hinsichtlich Größe, Alter und räumlicher Verteilung. Dazu zeigte er zahlreiche Ansatzpunkte für politisches Handeln auf, wobei die zentrale Handlungsebene in Deutschland gegenwärtig durch das Ziel der Erleichterung von Familiengründung bestimmt werde.

Prof. Norbert F. Schneider:

Der demografische Wandel und seine Herausforderungen

Beim Colloquium Fundamentale zu den Herausforderungen des demografischen Wandels im Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale in Karlsruhe am 14. November 2013 ging **Prof. Schneider** in seinem Vortrag zur Demografischen Entwicklung in Deutschland und



Europa davon aus, dass der demografische Wandel in den kommenden Jahren weiter an Dynamik gewinnen und Größe, Struktur sowie regionale Verteilung der Bevölkerung erheblich verändern werde. Die Prozesse des demografischen Wandels, die regional weiterhin sehr unterschiedlich verlaufen werden, tangierten Grundfesten unserer Gesellschaft und stellten Politik und Zivilgesellschaft vor enorme Herausforderungen.

Die Bewältigung des demografischen Wandels und seiner Folgen seien Aufgaben, die zukünftig auf der politischen Agenda eine ähnliche Bedeutung erhalten werden wie Klimawandel, Energiewende und Finanzkrise. Dennoch müsse der demografische Wandel nicht als Krise begriffen werden, da er auch Potenziale beinhalte, die es zu erkennen und kreativ zu nutzen gelte.

Dr. Martin Bujard: Konsequenzen des Geburtenrückgangs

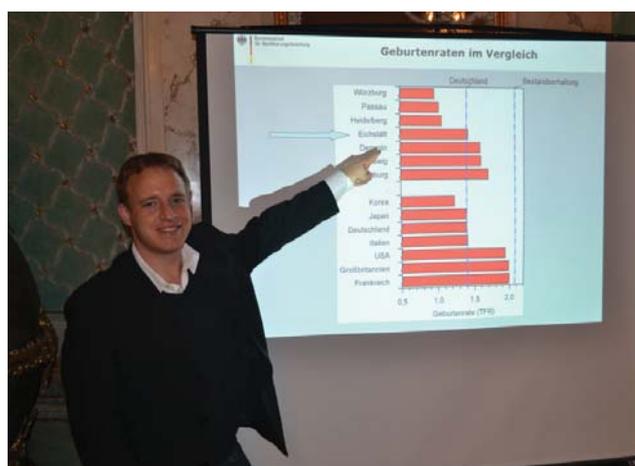
Mit den Folgen des Geburtenrückgangs befasste sich **Dr. Martin Bujard** in seinem Vortrag bei der Kolping-Erwachsenenstätte Eichstätt am 18. Oktober 2013. Er wies zunächst darauf hin, dass es um zwei unterschiedliche Prozesse gehe: zum einen die Alterung und zum anderen den Rückgang der Bevölkerung mit unterschiedlichen Folgen für die Wirtschaft, Gesellschaft, die internationalen Beziehungen (EU) sowie die Demokratie. Durch den Geburtenrückgang verschiebt sich die Altersstruktur, d. h. der Altenquotient verdoppelt sich und die Bevölkerung schrumpft, verdeutlichte Dr. Bujard. Zusätzliche Faktoren wie die steigende Lebenserwartung führten zu einer verstärkten Alterung und reduzierten zugleich den Bevölkerungsrückgang. Der Einfluss der Einwanderung auf die Altersstruktur sei hingegen gering – allerdings könne sie den Rückgang abbremsen.

Mit welchen denkbaren Stellschrauben das Rentensystem auf die alternde Gesellschaft reagieren könne, machte der Politologe in einem Gedankenspiel deutlich: Würde die Anpassung an den demografischen Wandel nur über den Rentenbeitragsatz gesteuert werden, käme es künftig zu einer Verdoppelung jeweils für Arbeitnehmer und –geber von rund 19 auf 38%, also zu einem deutlichen Anstieg der Lohnnebenkosten. Ein Absenken des Rentenniveaus von knapp 70% für den „Eckrentner“ (dieses Niveau erreichen allerdings nur wenige) auf 35% produziere Altersarmut. Eine Anhebung des realen Ruhestandsalters auf über 71 Jahre (oder noch höher) sei unrealistisch. Eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit sowie ein angenommener Rückgang der Ar-

beitslosigkeit könnten nur teilweise kompensierend wirken. Würde alles über Steueranteile geregelt, so stiegen diese in astronomische Höhen. Was also tun? Gegenwärtig werde in der Realität an allen Stellschrauben gedreht – also sowohl am Beitragssatz, einem reduzierten Rentenniveau durch den Demografiefaktor und einer Anhebung des formellen Ruhestandsalters über 67 Jahre bis 2031 sowie der Erhöhung der Förderung der Frauenerwerbstätigkeit. Zudem werde der Steueranteil durch Steuerzuschüsse wie die Ökosteuer erhöht.

Darüber hinaus wies Dr. Bujard darauf hin, dass der Bevölkerungsrückgang sich auch auf die Ebene der politischen Institutionen der Europäischen Union auswirke. So richteten sich die Stimmrechte innerhalb der EU sowie die Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament auch nach der Bevölkerungsgröße. Insgesamt werde daher das politische Gewicht Deutschlands in internationalen Beziehungen bei der prognostizierten schrumpfenden Bevölkerungszahl abnehmen, prophezeite Dr. Bujard.

Um diesen Szenarien entgegenzuwirken gelte es, die Fakten über die demografischen Prozesse genau zu analysieren und die Folgen des demografischen Wandels langfristig politisch zu steuern. Die Gesellschaft muss darauf vorbereitet werden, ohne Horrorszenarien, aber auch ohne es kleinzureden. Zudem weisen die niedrigen Geburtenraten darauf hin, dass es gilt, die Familienpolitik zu stärken, wobei sich die Geburtenrate damit nicht steuern lasse.



Und da liegt die Geburtenrate von Eichstätt: Dr. Martin Bujard befasste sich bei der Spiegelsaalrede in Eichstätt mit den Folgen des Geburtenrückgangs wie der Alterung und dem Bevölkerungsrückgang. Angesichts der Folgen warb er für eine differenzierte Sicht auf unterschiedliche gesellschaftliche, ökonomische und politische Folgen. Er warnte sowohl vor einer Verharmlosung als auch vor einer Dramatisierung der Folgen.
(Foto: Kolping-Bildungswerk Eichstätt)



Dr. Martin Bujard: Ziele und Wirkungen des Elterngeldes

Beim Kolloquium Familienforschung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg stellte **Dr. Bujard** am 25. Oktober 2013 Forschungsergebnisse zum Thema „Elterngeld als familienpolitischer Paradigmenwechsel: Ziele, Diskurse und Wirkungen“ vor. Was die Kommunikation der Ziele in Politik und Medien anging, zeigte er mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse, dass es in beiden Bereichen unterschiedliche Zielhierarchien und selektive Zielnennungen gab. Während in den Medien vor allem die Erhöhung der Geburtenrate im Zusammenhang mit dem Elterngeld thematisiert wurde, spielte für die Politik in erster Linie die Einkommenssicherung sowie der Faktor Zeit- und Schonraum die entscheidende Rolle. Neben den Diskursen zum Elterngeld in Medien, Politik und Wissenschaft stand vor allem die Frage nach den Wirkungen des Elterngeldes im Zentrum des Vortrags insbesondere im Hinblick auf die fünf Ziele Einkommen, Zeit, Müttererwerbstätigkeit, Gleichstellung und Fertilität. Bei den Einkommen reduzierte sich der Einkommenseinbruch im Lebenslauf, wobei es allerdings Gewinner- und Verlierergruppen gebe. Beim Ziel Zeit wurde mehr Zeit für Babys bei Müttern und Vätern konstatiert (dafür weniger Zeit bei Kleinkindern) und bei der Müttererwerbstätigkeit kam es zu einem Anstieg bei Müttern von Kleinkindern (vor allem mit einem Kind). Versiebenfacht habe sich hingegen die Väterquote an Elternzeit; bei der Fertilität ließen sich allerdings keine Gesamteffekte feststellen, es zeige sich aber ein Anstieg der Fertilität bei den über 35-jährigen Akademikerinnen, so Dr. Bujard.

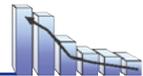
Katrin Schiefer: Familienleitbilder

Bei der Tagung „Politik, Region(en) und Kultur in der vergleichenden Politikwissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Sektion Vergleichende Politikwissenschaft am 09. Oktober 2013 in Leipzig befasste sich **Katrin Schiefer** mit dem Forschungskonzept der Leitbilder und stellte die Frage, inwieweit dieses Modell zur Erklärung von kulturellen Phänomenen – etwa im Bereich Familie – operationalisiert werden kann. Auf der Grundlage des 2012 erstellten Leitbildsurveys des BiB, in dem unter anderem Leitbilder zu Familie und zu familialen Konzepten wie der idealen Partnerschaft, der Familiengründung und -erweiterung sowie zu Vater- und Mutterrollen erfasst wurden, stellte sie das theoretische Konzept auf die Probe. Der Survey erfasst Leitbilder zu Familie und zu familialen Konzepten wie der idealen

Partnerschaft, der Familiengründung und -erweiterung sowie zu Mutter- und Vaterrollen und zu Eltern- und Kindbeziehungen. In ihrem Ansatz sei davon auszugehen, dass Leitbilder auf zwei unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sein könnten: neben den individuellen Leitbildern (persönliche Meinung) werden aus Sicht des Befragten gesellschaftlich wahrgenommene Leitbilder (Meinung der Allgemeinheit) erwartet, so Frau Schiefer. Bei der Auswertung der Daten zeigten sich hier auch signifikante Unterschiede zwischen der persönlichen Ebene und der Dimension der Allgemeinheit; gleichwohl fänden sich auch Unterschiede zwischen sozialen Gruppen, z. B. zwischen Ost- und Westdeutschland. In ihrem Resümee betonte die Politikwissenschaftlerin, dass sich der Leitbildansatz vor allem als komplementäre Ergänzung zu ökonomischen Ansätzen in Bezug auf Familie als vielversprechend herausgestellt habe. Neben der Erklärung kultureller Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und der Erforschung von eigenen Vorstellungen sowie der Antizipation kollektiv geteilter Vorstellungen gelte es künftig darüber hinaus mittels Panelbefragung den Einfluss von Leitbildern auf die Fertilität in den Fokus zu nehmen.

Andreas Ette, Rabea Mundil-Schwarz (destatis) und Dr. Lenore Sauer: Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern in Deutschland

Im Kontext des demographischen Wandels und des zunehmenden internationalen Wettbewerbs um hochqualifizierte Fachkräfte kam es während des vergangenen Jahrzehnts zu einem deutlichen Wandel in der Arbeitsmigrationspolitik entwickelter Staaten. Während dabei in Deutschland das Selbstverständnis als „Nicht-Einwanderungsland“ die Debatte noch bis Ende der 1990er Jahre prägte, sind im letzten Jahrzehnt neue gesetzliche Regelungen in Kraft getreten, die darauf abzielen zunehmend attraktivere Rahmenbedingungen für die Zuwanderung insbesondere hochqualifizierter Migranten zu schaffen. Vorliegende Studien zu Deutschland zeigen regelmäßig, dass Migranten in der Regel schlechter in den Arbeitsmarkt integriert sind als die deutsche Bevölkerung. Im Mittelpunkt dieser Arbeiten steht meist die Frage, inwieweit es im intergenerationellen Vergleich zu einer Angleichung der Arbeitsmarktintegration zwischen einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern kommt. Während diese Studien sich darauf konzentrieren, wie sich die Integration mit zunehmender Aufenthaltsdauer der Zuwanderer im Zielland entwickelt, liegen kaum Untersuchun-



gen darüber vor, inwieweit der Zuwanderungszeitpunkt einen signifikanten Einfluss auf die Arbeitsmarktintegration darstellt. Vor diesem Hintergrund stellte **Dr. Lenore Sauer** beim 10. Workshop zur Arbeitsmarktpolitik in Halle des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB) am 17. und 18. Oktober 2013 unter dem Titel „Wer profitiert von der deutschen Willkommenskultur? Die Auswirkungen sich ändernder Strukturen auf die Arbeitsmarktintegration neuer Einwanderer“ die Ergebnisse eines gemeinsamen Projektes mit **Andreas Ette** und **Rabea Mundil-Schwarz (destatis)** vor. Bei dem Vergleich der Entwicklung der Arbeitsmarktintegration über den Zeitraum von 1996 bis 2010 konnte dabei gezeigt werden, dass neben Human- und Sozialkapital der Zeitpunkt der Zuwanderung für Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern von großer Bedeutung ist.

Susanne Stedtfeld: (Rück-)Wanderungen und die Folgen für Männer und Frauen

In den vergangenen Jahrzehnten sind immer mehr Menschen aus den ostdeutschen ländlichen Regionen abgewandert. Meist sind die Abwandernden jung, gut ausgebildet und weiblich. Ähnliche Tendenzen zeigen sich mittlerweile auch in westdeutschen ländlichen Regionen. Vor diesem Hintergrund referierte **Susanne Stedtfeld** bei der Ausschusssitzung „Ländliche Räume und regionale Entwicklung“ des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv) am 22. Oktober 2013 in Berlin zu den Auswirkungen von (Rück-)Wanderungen auf Männer und Frauen sowie die Chancen für Rollenbilder und Arbeitsteilung. Sie gab zunächst einen Überblick über die mediale Berichterstattung zur Abwanderung vornehmlich junger, gut ausgebildeter Frauen aus ländlichen Räumen in Ostdeutschland und stellte die Frage, warum die Frauen gehen. Hierfür zeigte sie anhand einer qualitativen Studie die Abwanderungsmotive junger Frauen aus der Sicht von Jugendarbeitern und Jugendarbeiterinnen. Dabei wies sie auch auf die sozialen Konsequenzen hin, denn Abwanderung betreffe letztlich alle. Gründe für die Abwanderung junger Frauen seien vor allem in fehlenden beruflichen Perspektiven – insbesondere für Frauen – im ländlichen Raum zu sehen, wohingegen die Annahme, es gebe keine adäquaten Partner, weniger ausschlaggebend zu sein scheint. Es stehe hier vielmehr die berufliche wie persönliche Unabhängigkeit der jungen Frauen im Vordergrund.

Was den Zusammenhang zwischen Geschlecht und Mobilität angehe, seien Frauen über ihren Lebensverlauf hin-

weg komprimierter mobil als Männer, wobei ab etwa 27 Jahren die eigene Mobilitätsbereitschaft von Frauen rapide sinke und unter das Niveau der Männer falle. Männer begännen ihre mobile Phase dagegen etwas später und die Mobilität sinke dann langsamer ab. Grundsätzlich seien Frauen daher nicht mobiler, sondern vielmehr anders mobil als Männer, so Susanne Stedtfeld.

Bei der berufsbedingten Mobilität hänge die Bereitschaft den Wohnort zu wechseln stark von der familiären Situation (z. B. Kinder) ab – bei Frauen stärker als bei Männern. Hinzu komme, dass kinderlose Frauen im Vergleich zu kinderlosen Männern auf dem Land umzugsbereiter seien. Die Geschlechterunterschiede würden allerdings geringer, wenn die Faktoren Bildung und städtischer Kontext betrachtet würden, betonte Stedtfeld. Was Partnerlosigkeit angehe gebe es zwischen Stadt und Land kaum Unterschiede, vielmehr seien junge Paare auf dem Land öfter verheiratet als in der Stadt. Um zu verhindern, dass immer mehr junge Frauen abwanderten gelte es, spezielle Angebote für Mädchen und junge Frauen zu schaffen und für mehr Bildungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu sorgen. Geschlechtssegregierte Arbeitsmärkte müssten aufgebrochen und Mobilität vereinfacht sowie zusätzliche Zeitressourcen durch entsprechende Infrastrukturplanung geschaffen werden.

Jasmin Passet-Wittig: Das Projekt Paare in Kinderwunschbehandlung (Pink)

Über die Verbreitung ungewollter Kinderlosigkeit und die Situation von Paaren mit unerfüllten Kinderwünschen gibt es in Deutschland bisher noch wenig Erkenntnisse. Aus diesem Grund erforscht das BiB im Projekt „Paare in Kinderwunschbehandlung (Pink)“ in Kooperation mit dem Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universitätsmedizin Mainz (ASU), der Klinik und Poliklinik für Geburtshilfe und Frauenheilkunde der Universitätsmedizin Mainz und der Evangelischen Hochschule Darmstadt (EHD) unter anderem die Wege, die Paare ins Kinderwunschzentrum führen.

Beim gemeinsamen Kongress der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGS-MP) sowie der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie (DGMS) in Marburg stellte sich das Projekt am 18. Oktober 2013 in dem von **Prof. Dr. Bettina Schuhrke (EHD)** und **Dipl.-Soziologin Ulrike Zier (ASU)** organisierten Workshop „Kinderwunschbehandlung: Chancen – Probleme – Zukunftsperspektiven“ vor. Frau Zier präsentierte im Namen der Projektgruppe erste Ergebnisse der im Rahmen des Pink-Projekts durchge-



fürten Befragung von Kinderwunschpaaren. Der Fokus lag dabei auf den finanziellen Belastungen von Kinderwunschpatienten am Anfang der Behandlung. Darüber hinaus berichtete sie über geplante Analysen zum Weg in die Kinderwunschbehandlung, zu Paardynamiken und zur emotionalen Situation der Patienten. Dazu werde aktuell auch eine Wiederholungsbefragung durchgeführt, in deren Fokus der Verlauf der Behandlung, der Umgang mit Belastungen, sowie den Kosten und die Finanzierung der Behandlung stehen. Als weitere Referenten berichteten **Dr. Nicole Zilien** (Universität Trier) über die Internetnutzung von Kinderwunschpatienten; **Dr. Petra Thorn** (Paar- und Familientherapeutin) über Perspektiven der psychosozialen Kinderwunschberatung und **Dr. med. Martin Schorsch** (Kinderwunschzentrum Wiesbaden) über den aktuellen Stand der Reproduktionsmedizin sowie künftige Entwicklungen.

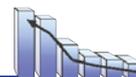
Vor diesem Hintergrund untersuchte Frau **Passet-Wittig** bei der dritten Nutzerkonferenz des Beziehungs- und Familienpanels pairfam am 09. Oktober 2013 in München auf der Basis der Daten des Surveys die Verbreitung temporärer Unfruchtbarkeit und welche Personen davon betroffen sind. Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass zwischen 21 und 31,8 Prozent der deutschen Frauen von (temporärer) Unfruchtbarkeit in ihrem reproduktiven Lebensabschnitt erfahren. Davon begeben sich über 50 Prozent in medizinische Behandlung. Allerdings müsse darauf hingewiesen werden, dass es für die Verbreitung von Unfruchtbarkeit in Deutschland nur wenige Studien gebe – dies gelte auch für die Verbreitung der Suche nach Hilfe und Behandlung, so die Soziologin. Dazu seien für Männer und Paare kaum Daten verfügbar. Angesichts dieses Szenarios könne hier allerdings mithilfe der Daten von pairfam Abhilfe geschaffen werden, da sich die Paare mit Fertilitätsproblemen für Deutschland identifizieren lassen und somit mit den Daten aus multiplen Erhebungswellen Analysen durchgeführt werden können. Erste Ergebnisse zeigten, dass für einige Betroffene Unfruchtbarkeit von vorübergehender Dauer ist. Zudem schrumpften die Erfolgchancen mit der Dauer der Unfruchtbarkeit. In nächsten Schritten gehe es darum Geschlechterunterschiede bei der Verbreitung von Unfruchtbarkeit zu bestimmen.

Dr. Detlev Lück: Gesellschaftlicher Wandel und Wandel der Familie

Im Rahmen des Projekts der Forschungsbörse des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) besuchte **Dr. Detlev Lück** am 20. September 2013 den PoWi-Leistungskurs der Hohen Landesschule Hanau, um den Schülern einen Einblick in das Thema „Gesellschaftlicher Wandel und Wandel der Familie“ zu geben. Dabei zeichnete er zunächst den Modernisierungsweg von der Agrar- zur Industriegesellschaft nach und widmete sich dann mittels verschiedener Zeitdiagnosen dem gesellschaftlichen Wandel nach 1950. Stichworte waren hier unter anderem der Prozess der Postindustrialisierung, Individualisierungstendenzen sowie die Theorie des Wertewandels. Wie hat sich im Zuge dieser Modernisierung die Familie gewandelt? Zur Beantwortung dieser Frage stellte er zunächst die Merkmale der vorindustriellen Familie und ihre Organisation vor, um dann den Wandel der Familie seit 1950 zu skizzieren.

Hier konstatierte er einen Verlust an Verbindlichkeit der „normalen“ bürgerlichen Kernfamilie und zugleich eine Entstigmatisierung nichtkonventioneller Lebensformen, deren Verbreitung zunimmt. Es sei davon auszugehen, dass die „Normal-Biografie“ mit Ehe, Elternschaft und gemeinsamer Haushaltsführung ihre Verbindlichkeit verliert, zumal Ereignisse wie Heirat und Familiengründung in zunehmend höherem Alter stattfinden und immer häufiger ganz ausbleiben. Die Gründe für diese Entwicklung seien unter anderem in der steigenden Bildungs- und Erwerbstätigkeit von Frauen sowie einem Wertewandel und einer steigenden Individualisierung und Emanzipation zu suchen. Zudem werde die ökonomische Basis für Ehe und Familie später im Leben erreicht aufgrund verlängerter Ausbildungszeiten und unsicherer Beschäftigungsverhältnisse – zumal in wachsendem Maße Flexibilität und Mobilität von Mitarbeitern erwartet werde.

Hinzu komme, dass steigende gesellschaftliche Anforderungen an Elternschaft junge Erwachsene abschreckten, selbst Kinder zu bekommen. Gleichwohl bleibe der Wunsch nach stabilen Partnerschaften ungebrochen; allerdings werde die Ausgestaltung von Partnerschaft vielfältiger. Dr. Lück wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass trotz niedriger Geburtenzahlen der Kinderwunsch nach wie vor relativ hoch sei: Würden alle gewünschten Kinder tatsächlich geboren, wäre die Fertilität in Deutschland ähnlich hoch wie in Frankreich oder Skandinavien, betonte er in seinem Ausblick. Die weitere Entwicklung hänge in hohem Maße von der Familienpolitik und der Ausgestaltung sozialer Institutionen



ab; zentral seien hier ein – auch qualitativer – Ausbau der Infrastruktur zur Kinderbetreuung sowie flexiblere Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung. Gleichzeitig müssten sich die gesellschaftlichen Leitbilder wandeln – die Angst vor Fremdbetreuung und die Stigmatisierung sogenannter „Rabenmütter“ und Männern ohne Karriereambitionen müssten überwunden werden, forderte er.



Dr. Detlev Lück informierte den Politikleistungskurs der Hohen Landesschule Hanau über Ursachen und gesellschaftliche Hintergründe des Wandels der Familie. Dazu gab es auch eine Urkunde vom BMBF über die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Schule. Zusammen mit Politikleistungskurschülerin Isabel Bart hängte er die Auszeichnung im Klassenzimmer auf. Die Schüler hatten eine Ausstellung über die Folgen des demografischen Wandels im Main-Kinzig-Kreis gestaltet. (Foto: Stefan Prochnow)

Dr. Detlev Lück:

Fragen zu Demografie und Familiensoziologie

In einer weiteren Veranstaltung im Rahmen der Forschungsbörse des BMBF beantwortete Dr. Lück Schülerinnen und Schüler der Altenpflegeschule der Sophie-Scholl-Schule Mainz „Ausgewählte Fragen zu Demografie und Familiensoziologie“, die diese ihm vorher übermittelt hatten. Einleitend stellte er zunächst das BiB und seine Aufgaben vor, bevor er dann die Fragestellungen beantwortete. Dazu gehörte die Frage, ob die Deutschen aussterben. Hierzu wies er darauf hin, dass die Frage meist falsch diskutiert werde, denn im biologisch-evolutionären Sinne könnten „die Deutschen“ nicht aussterben. Was verloren ginge, sei kein Genmaterial, sondern „lediglich“ ein Staat und/oder eine Kultur. Wenn es hier um eine reale Bedrohung ginge, die verhindert werden müsste, gäbe es dazu andere mögliche Gegenstrategien als nur das Erhöhen der Geburtenrate, wie etwa die bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, die Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus oder liberalere Einwanderungs- und Einbürgerungsregelungen.

Letztlich sei die Sorge vor dem Aussterben aber unbegründet, da ein solches Szenario nicht in Sicht sei. Die Prognosen des Statistischen Bundesamtes sagten lediglich einen Bevölkerungsrückgang auf ungefähr 65 Millionen Einwohner bis 2060 voraus. Wie sich die Bevölkerungszahl danach weiterentwickle, könne nicht seriös vorhergesagt werden, da die Annahme, dass sich aktuelle Trends über mehr als 50 Jahre fortsetzten, unrealistisch sei. Selbst nach „ungünstigen“ Prognosen wäre Deutschland 2060 noch eines der bevölkerungsreichsten Länder Europas, betonte der Soziologe. Die wahren demografischen Probleme bzw. Herausforderungen seien andere – beispielsweise die veränderte Relation von Rentnern und erwerbstätigen Beitragszahlern oder der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum. Zudem verschlechterte sich künftig die Relation von Hochaltrigen (also potenziell Pflegebedürftigen) und Erwachsenen, die ggf. für deren Pflege in Frage kämen. Somit werde der Bedarf an professioneller Pflege in Zukunft wahrscheinlich deutlich steigen. Damit ging er auf die zweite Frage ein, ob es stimme, dass es um 2050 einen Pflegenotstand gebe.

Im Anschluss daran widmete sich Dr. Lück der Frage „Ist 30 das neue 20?“. Er betrachtete die veränderte Entwicklung des Lebenslaufs und zeigte, dass um 1950 einschneidende Lebensereignisse, die das Jugendalter vom Erwachsenenalter trennten, meist kurz aufeinander folgten. In den vergangenen Jahrzehnten fielen diese Ereignisse wie der Abschluss der Ausbildung, Eintritt in das Berufsleben, Auszug aus dem Elternhaus, Heirat und Familiengründung zunehmend zeitlich auseinander. Dazwischen tue sich eine neue Lebensphase auf, die für Studierende typisch sei: die „Postadoleszenz“. Immer mehr Menschen studierten und die Ausbildung dauere immer länger. Zudem werde der Einstieg ins Berufsleben unsicherer und prekärer.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und angesichts einer Pluralisierung von Lebensformen sowie niedriger Geburtenzahlen schloss sich die vierte Frage an, was nun die Politik für Familien und/oder für eine höhere Geburtenrate tun könne. Dabei sei eine höhere Geburtenrate nicht per se das Ziel deutscher Familienpolitik. Familienpolitik habe eher das Ziel, die Realisierung vorhandener Kinderwünsche und die Familien materiell zu unterstützen. Gleiches gelte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotz der Tatsache, dass die Familie in Deutschland als besonders wichtig gelte, seien die Ziele der Familienpolitik in Deutschland aber nicht klar definiert, bemerkte Dr. Lück. Eine zentrale Kompromissformel betone die Gewährleistung von Wahlfreiheit.



Bei der Umsetzung würden aber je nach politischem Lager unterschiedliche Auslegungen und unterschiedliche Maßnahmen befürwortet, wie die Diskussion um das Eltern- und das Betreuungsgeld zeige. Die entscheidenden Handlungsfelder von Familienpolitik liegen in den Handlungsebenen Geld, Infrastruktur, Zeit, Gleichstellung und Kommunikation resümierte der Soziologe.

Das BiB bei der Demografiewoche Rheinland-Pfalz in Mainz

Vom 28. Oktober bis 04. November 2013 fand in Rheinland-Pfalz eine landesweite Demografiewoche statt, die mit über 320 Veranstaltungen Möglichkeiten aufzeigte, wie die Gesellschaft zukünftig auf Überalterung und Bevölkerungsrückgang reagieren kann. Dabei war auch das BiB im Rahmen der Veranstaltung „Im Dialog mit der Wissenschaft: Demografischer Wandel und seine Folgen“ mit zwei Beiträgen vertreten. So war **Dr. Detlev Lück** in seinem Vortrag der „niedrigen Geburtenrate auf der Spur.“ Im Mittelpunkt seiner Analyse stand die Frage, warum die Deutschen heute weniger Kinder haben als noch zu Beginn der 1960er Jahre und warum sie weniger Kinder als Franzosen, Briten, Schweden oder Türken bekommen. Die Gründe für diese Entwicklung seien komplex und auf vielfältige Weise miteinander verwoben, betonte Dr. Lück. Zu den wichtigsten Faktoren zählten der Geschlechterrollenwandel und die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Beschäftigungsunsicherheit und die Anforderungen des Arbeitsmarktes nach Mobilität und Flexibilität, die politische Gestaltung von öffentlich verfügbarer Infrastruktur zur Betreuung von Kindern sowie gestiegene Ansprüche an verantwortungsvolle Elternschaft.

In einem weiteren Vortrag untersuchte **Andreas Ette** die Lage der Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern. Er konstatierte angesichts der verfügbaren Daten ein neues Bild der Migration, das vor allem bei der Selektivität der Zuwanderer Änderungen aufweise. So seien sie jünger, kämen aus neuen Herkunftsregionen und könnten ein deutlich höheres Bildungsniveau vorweisen. Insgesamt habe sich die Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer in den letzten Jahren verbessert, so Ette. (Nähere Informationen zu diesem Thema s. auch im Bericht zum Vortrag von Herrn Ette bei der Informationsveranstaltung des BiB auf Seite 22.)

Weitere Schwerpunktthemen der Demografiewoche waren das künftige Zusammenleben der Generationen, neue Wohnformen, Maßnahmen gegen den künftigen Fachkräfte-

mangel sowie das Problem von Immobilienleerständen auf dem Land.

Frank Swiaczny:

Demografischer Wandel in Deutschland und Polen

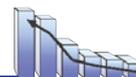
Frank Swiaczny hat mit **Jadwiga Bieganska** bei der Konferenz Man-City-Nature am 14. Oktober 2013 in Torun erste Ergebnisse der Studie „Regional Patterns of Demographic Change in Germany and Poland. Spatial Contexts of Ageing and Shrinking“ vorgestellt. Weitere Autorinnen sind Stefania Środa-Murawska und Daniela Szymanska (alle Department of Urban Studies and Regional Development, Nicolaus Copernicus University, Torun).

Ein Vergleich des Demografischen Wandels in Deutschland und Polen zeigt dabei, so Frank Swiaczny und Jadwiga Bieganska, dass Polen sich gegenwärtig aufgrund seiner seit dem Beginn der gesellschaftlichen Transformation in den 1990er Jahren sehr niedrigen Fertilität beschleunigt, den Trends von Alterung und Bevölkerungsrückgang angleicht, die in Deutschland bereits seit längerer Zeit zu beobachten sind. Am Beispiel einer Analyse kleinräumiger Bevölkerungsprozesse konnte im Vortrag deutlich gemacht werden, dass in Polen, wie in Ostdeutschland seit den 1990er Jahren, die räumliche Dimension des demografischen Wandels sehr stark von der Binnenwanderung in die suburbanen Räume geprägt wird. Allerdings werden diese Prozesse insgesamt von ausgeprägten großräumigen Mustern überlagert. Strukturschwache Gebiete im Osten und im von der Montanindustrie geprägten Südwesten weisen neben Abwanderung und Bevölkerungsrückgang auch eine bereits weiter fortgeschrittene Alterung auf. Als langfristige Folge der sehr niedrigen Fertilität in Polen sei, so die Referenten, damit zu rechnen, dass sich auch in Polen mit zunehmender Alterung der Bevölkerung die Bedeutung der Wanderungssalden für die regionale Bevölkerungsdynamik noch weiter erhöhen wird.

Frank Swiaczny: Globale Trends des demografischen Wandels

Frank Swiaczny hielt im Oktober 2013 auf Einladung des Department of Urban Studies and Regional Development der Nicolaus Copernicus Universität in Torun zwei Gastvorträge mit den Titeln „Trends in Global Demographic Change and Implications for Sustainable Development“ und „Population Geography in Development Consultancy and Policy Advice in the Multinational UN Context“.

Bernhard Gückel, BiB



Lehraufträge

Frank Swiaczny hat im Wintersemester 2013/14 am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik der Universitätsmedizin Mainz im Rahmen des Studiengangs „Master of Science in Epidemiology“ einen Lehrauftrag im Modul „Introduction into Epidemiology, Biostatistics and Skills“ erhalten.

Dr. Martin Bujard führt im Wintersemester 2013/2014 an der Universität Bamberg ein Seminar zum Thema „Sozio-

logische, ökonomische, psychologische und demografische Theorien des Zweiten Geburtenrückgangs im Lichte empirischer Befunde“ durch. Er gibt darin einen interdisziplinären theoretischen Überblick der Ursachenforschung zum Zweiten Geburtenrückgang und versucht, Möglichkeiten der theoretischen Vergleichbarkeit und Anschlussfähigkeit zwischen interdisziplinären Ansätzen zu vermitteln.

Internationale Forschungsaktivitäten

BiB berät UN:

Neues Monitoring für das Aktionsprogramm der Bevölkerungskonferenz von Kairo für die Zeit nach 2014

Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Bevölkerungskonferenz von Kairo im kommenden Jahr hat die UN eine umfangreiche Evaluation der Implementierung des in Kairo beschlossenen Aktionsprogramms sowie seine Weiterentwicklung über das Jahr 2014 hinaus beschlossen.

Im Auftrag der UN Generalversammlung übernimmt die UNFPA die Aufgabe, diese Evaluation durchzuführen und hat dazu internationale Experten um Unterstützung gebeten. Die Ergebnisse des „ICPD Beyond 2014 Review and Follow Up“ werden beim „International Meeting on ICPD Monitoring and Implementation beyond 2014“ im November 2013 in China vorgestellt und fließen anschließend auch in die „Post-2015 Development Agenda“ ein. In ihr sollen die 2015 auslaufenden Millenniumentwicklungsziele (MDGs) weiterentwickelt werden. Die Evaluation erfolgt in fünf Themenbereichen: Würde (dignity), Gesundheit (health), Ort (place), Regierungsführung (governance) und Nachhaltigkeit (sustainability).

65 Indikatoren bilden derzeit die Grundlage für die Analyse der Implementation des Aktionsprogramms in den einzelnen Ländern. Diese stehen aktuell in den „Country Implementation Profiles“ im Internet in englischer Sprache zur Verfügung (Internetadresse siehe Kasten). Für das künftige

Monitoring des Aktionsprogramms, das im Gegensatz zu den Millenniumentwicklungszielen bisher keine statistischen Indikatoren enthält, erarbeiten internationale Experten derzeit Empfehlungen für den Aufbau und die kontinuierliche Aktualisierung eines Indikatorensystems. Das BiB war bereits bei der Bevölkerungskonferenz von Kairo 1994 vertreten und nimmt im Auftrag des Bundesministerium des Innern auch an den aktuellen Konsultationen teil. Für das BiB ist Frank Swiaczny als Experte an den Verhandlungen beteiligt.

Die Ergebnisse der Evaluation werden im Frühjahr 2014 von der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung, bei der das BiB ebenfalls vertreten ist, beraten und sind zudem Gegenstand einer Sondersitzung der Generalversammlung der UN im September.

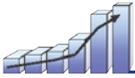
.....
Frank Swiaczny, BiB



Mehr Infos zum Programm unter



<http://icpdbeyond2014.org/about/view/19-country-implementation-profiles>



Comparative Population Studies Aktuell

open access journal of the
federal institute for population research

Neue Beiträge bei CPoS Oktober/November 2013

Elina Schleutker:**Fertility, Family Policy and Welfare Regimes**

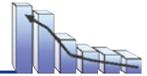
Dieser Beitrag wurde durch die zahlreichen Übereinstimmungen zwischen der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung und der Bevölkerungsforschung im Bezug auf die Determinanten der Fertilität angeregt. Der erste Teil dieses Beitrages befasst sich mit einer Reihe von Reproduktionstheorien vor dem Hintergrund der These des genderspezifischen Wohlfahrtsstaates. Eine zentrale Parallele zwischen diesen beiden Theorien ist die Tatsache, dass bei der Analyse von Work-Life-Choices schwerpunktmäßig eine Politik untersucht wird, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Folglich nimmt man an, dass sich die informelle Betreuung nachteilig auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirkt, ebenso wie man von homogenen Präferenzen seitens der Frauen ausgeht, also voraussetzt, dass alle Frauen Beruf und Familie miteinander verbinden wollen. Dieser Ansatz trägt jedoch der informellen Betreuung sowie der Heterogenität der Frauen nicht genügend Rechnung, weder im Hinblick auf ihre Präferenzen noch in Bezug auf ihr Verhalten. Um diese Lücken zu schließen, wird im zweiten Teil dieses Beitrages ein neuer Rahmen zur Analyse der Work-Life-Choices von Frauen ausgearbeitet. Der vorgestellte Analyserahmen legt ein besonderes Augenmerk auf die Art und Weise der Förderung oder Durchsetzung formeller sowie informeller Betreuungsformen in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten, ebenso wie auf die Auswirkungen einer solchen Förderung auf die Entscheidungen der Frauen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt außerdem auf der Heterogenität der Frauen, sowohl im Hinblick auf ihre Präferenzen als auch in Bezug auf ihr Verhalten. Das Hauptargument besagt, dass sich die heterogenen Präferenzen von Frauen in verschiedenen Wohlfahrtsstaatstypen auf unterschiedliche Weise zu unterschiedlichen Lebensverlaufstrategien (in puncto Beruf und Familie) hinentwickeln, da die jeweiligen Lebensstilstrategien durch die Familienpolitik in unterschiedlichem Maß gefördert oder verhindert werden. Infolgedessen dif-

ferieren die Zahlen der Frauen, die sich für eine bestimmte Strategie entscheiden, ebenso wie die Fertilitätsniveaus zwischen den Wohlfahrtsstaaten. Außerdem wird angenommen, dass sich die Haushaltsressourcen auf die Entscheidungen auswirken. Die vorgebrachte These wird anhand aktueller Daten zur Familienpolitik, zu Beschäftigungsmustern sowie zur Fertilität von Frauen in den sozialdemokratischen (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden), konservativen (Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien) sowie den liberalen Wohlfahrtsstaaten (Australien, Kanada, Irland, GB und die USA) aufgezeigt. Darüber hinaus beinhaltet dieser Beitrag eine Neuinterpretation der Ergebnisse in Bezug auf die Zusammenhänge zwischen der Familienpolitik und der Erwerbstätigkeit sowie Fertilität von Frauen vor dem Hintergrund des hierin vorgestellten Rahmens.

Walter Bartl:**Ökonomisierung des Bildungssystems in schrumpfenden Regionen? Demografische Reagibilität von Bildungsnachfrage und -angebot auf verschiedenen Stufen des Bildungssystems**

Wird der absehbare demografische Wandel zu Einsparungen im Bildungssektor führen? Diese Frage wird in einer rückblickenden Analyse anhand von Daten aus Sachsen-Anhalt untersucht, dem Bundesland mit dem stärksten Bevölkerungsrückgang seit der Wiedervereinigung. Die Ergebnisse zeigen, dass man angesichts sinkender Kohortengrößen in den meisten Teilbereichen des Bildungssystems Ökonomisierungsstrategien beobachten kann. Diese Strategien sind jedoch nicht immer (unmittelbar) auf die demografische Schrumpfung zurückzuführen. Zudem gibt es erhebliche Unterschiede in der demografischen Reagibilität von Bildungsnachfrage und -angebot.

.....
Texte: Die Autoren



Buch im Blickpunkt

Dirk Konietzka; Michaela Kreyenfeld (Hrsg.): Ein Leben ohne Kinder. Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit (2. Aufl.). Springer VS Verlag Wiesbaden 2013

Warum haben immer mehr Frauen und Männer in Europa keine Kinder? Sind wirtschaftliche Unsicherheiten, schlechte Bedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder einseitig karriereorientierte Lebenskonzepte von Frauen – insbesondere Akademikerinnen – für die hohe Kinderlosigkeit verantwortlich? Fehlt ein geeigneter Lebenspartner oder interessiert den Vorhandenen ein Leben mit Familie nicht? Vor diesem Hintergrund sucht der Band nach Erklärungen für das Phänomen der Kinderlosigkeit und beleuchtet aus unterschiedlichen Perspektiven das Ausmaß und die Struktur, die Ursachen und die Folgen eines Lebens ohne Kinder.

Michaela Kreyenfeld und Dirk Konietzka geben im ersten Kapitel zunächst einen Überblick über die theoretischen Probleme und empirischen Ergebnisse zum Thema Kinderlosigkeit in Deutschland. Sie weisen darauf hin, dass die Erforschung der Kinderlosigkeit bis vor kurzen vor allem durch fehlende amtliche Daten erschwert wurde. Mit der Reform des Mikrozensusgesetzes hat sich die Lage grundlegend verbessert, allerdings gibt es weiterhin Mängel. Kinderlosigkeit hat viele Facetten und Ursachen, zumal die biografische Realität der Kinderlosigkeit häufig komplex und widersprüchlich ist. Aus diesem Grund werden zunächst konzeptuelle Probleme der Analyse von Kinderlosigkeit und die Probleme der Messung „endgültiger“ Kinderlosigkeit im Lebensverlauf diskutiert, bevor die Datenlage erörtert und die kohortenspezifischen Anteile kinderloser Frauen berechnet werden.

Familiengründung von Akademikerinnen

Im Mittelpunkt des zweiten Beitrags von Hildegard Schaeper, Michael Grotheer und Gesche Brandt steht, auf der Grundlage von Absolventenstudien, die Frage der Familiengründung von Hochschulabsolventinnen verschiedener Examensjahrgänge im Lebenslauf. Dabei richtet sich der Fo-

kus auf die niedrige und rückläufige Geburtenrate von Akademikerinnen sowie auf die Frage, inwiefern sich Beruf und Arbeitsmarkt auf die Familiengründung von Hochschulabsolventinnen auswirken. Die Ergebnisse zeigen, dass die befragten Hochschulabsolventen, dem allgemeinen Trend entsprechend, die Geburt ihres ersten Kindes zunehmend hinauszögern. Die für Akademikerinnen ermittelten Befunde weisen darauf hin, dass für das Timing der Familiengründung die Frage der beruflichen Konsolidierung und Stabilität beruflicher Perspektiven von großer Bedeutung ist. Gibt es hierbei Enttäuschungen auf dem Arbeitsmarkt in Form beruflicher Abstiege, so kann dies die Familiengründung beschleunigen. Hingegen beschleunigt eine schnelle berufliche Konsolidierung den Übergang zur Mutterschaft.

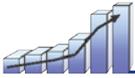
Kinderlosigkeit im deutsch-deutschen Vergleich

Wie wirkt sich der Faktor Bildung auf Kinderlosigkeit im deutsch-deutschen Vergleich aus und warum ist Kinderlosigkeit bei ostdeutschen ein deutlich selteneres Phänomen als bei westdeutschen Akademikerinnen? Dieser Frage geht Mandy Boehnke nach und sie zeigt, dass es nach wie vor große Ost-West-Unterschiede in der kulturellen Dimension der Familienorientierung gibt. So zeigen Analysen des Generations and Gender Survey (GGS), dass es unter ostdeutschen Frauen mit Hochschulabschluss eine höhere Familienorientierung gibt, zudem finden ostdeutsche Akademikerinnen bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Kind und Beruf vor. In den jüngeren untersuchten Kohorten scheinen sich die Ost-West-Unterschiede allerdings zu verringern.

Kinderlosigkeit und Bildungsniveau in Europa

Wie stellt sich die Situation in anderen europäischen Ländern dar? Am Beispiel Schwedens und Österreichs untersuchen Gerda Neyer, Jan M. Hoem und Gunnar Andersson an-





hand von Frauen der Geburtsjahrgänge 1955 bis 1959 den Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit, (Aus-)Bildungsrichtung und -niveau. Sie zeigen, dass es in beiden Ländern einen Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit und Bildungsrichtung gibt. In Schweden – und im Gegensatz zum Vergleichsland Österreich – bestehen keine relevanten Unterschiede in der Kinderlosigkeit zwischen unterschiedlichen Bildungsniveaus – allerdings variieren in Schweden die Anteile kinderloser Frauen mit dem Ausbildungsberuf bzw. Studienfach. Somit erweist sich hier die Ausbildungsrichtung als bedeutsamer als das Ausbildungsniveau. Die unterschiedlichen Strukturen der Kinderlosigkeit in beiden Ländern verweisen auf die Tatsache, dass auch strukturelle und institutionelle Faktoren des Bildungssystems und des Arbeitsmarkts einen eigenständigen Einfluss auf die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern haben.

Kinderlosigkeit als Folge von Bildungshomogamie?

Wie sich Bildungsunterschiede zwischen den Partnern auf die Wahrscheinlichkeit, kinderlos zu bleiben, auswirken, analysiert Heike Wirth in ihrem Beitrag. Ausgehend von der Feststellung, dass es bislang nur wenige Untersuchungen gibt, die bei der Frage nach den Ursachen für Kinderlosigkeit den Paarkontext berücksichtigen, lautet ihre Forschungsfrage, ob insbesondere Partnerschaften in denen beide hochqualifiziert sind, häufiger kinderlos bleiben. Der Blick auf Westdeutschland offenbart zunächst keine Zunahme der Bildungshomogamie bei Paaren. Zudem gibt es nach den Analysen keine klaren Hinweise darauf, dass Paare mit gemeinsamer hoher Qualifikation die höchsten Anteile an Kinderlosigkeit aufweisen. Allerdings ist die Kinderlosigkeit in dieser Gruppe höher als bei Paaren, in denen nur der Mann einen Hochschulabschluss hat. Wesentliches Ergebnis dieser Untersuchung ist die Erkenntnis, dass ein hohes Bildungsniveau von Frauen auch im Paarkontext mit einer reduzierten Neigung zur Familiengründung einhergeht, die sich dazu im Kohortenvergleich verstärkt.

Familienmodelle berufstätiger Frauenhomogamie

Im zweiten Teil des Bandes zum Thema „Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Rahmenbedingungen von Kinderlosigkeit“ betrachten Laura Bernardi und Sylvia Keim die Lebenswege und Familienmodelle und ihren Einfluss auf die Entscheidung für Kinder bei berufstätigen Frauen aus Ost- und Westdeutschland. In vier qualitativen Fallstudien wird die Lebensgestaltung kinderloser Frauen um die 30 Jahre aus

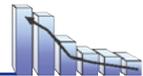
den alten und neuen Bundesländern verfolgt und gefragt, welchen Weg der Familiengründung die Frauen einschlagen möchten, warum sie bisher kinderlos geblieben sind und welche Rolle die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf spielt. Es zeigt sich, dass in beiden Kontexten deutlich unterschiedliche Verhaltensweisen und Vorstellungen zur Kinderlosigkeit führen. Daraus lässt sich schließen, dass nicht nur die aktuellen Lebensumstände, sondern auch tradierte und als selbstverständlich erlebte Unterschiede für die Entscheidung zu einer Elternschaft von Bedeutung sind.

Kinderlosigkeit in Frankreich

Auf der Suche nach Ursachen und Lösungswegen von Kinderlosigkeit wird oftmals das Beispiel Frankreich herangezogen. Katja Köppen, Magali Mazuy und Laurent Toulemon versuchen daher eine Antwort auf die Frage zu geben, warum französische Paare selten kinderlos bleiben und wie sich Kinderlosigkeit generell in Frankreich historisch und sozialstrukturell darstellt. Die Autoren zeigen, dass es – anders als in Westdeutschland – kaum dauerhaft kinderlose Männer und Frauen, die in Partnerschaft leben, gibt. Allerdings steigt auch in Frankreich die Kinderlosigkeit mit dem Bildungsniveau bei den Frauen an, während bei den Männern die Kinderlosigkeit mit einem höheren Berufsstatus sinkt. Insgesamt ist das Ausmaß der Kinderlosigkeit auch in Frankreich nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen gleich groß. So gibt es Unterschiede zwischen den Geburtsjahrgängen, den Geschlechtern sowie zwischen einzelnen Bildungs- und Berufsgruppen.

Kinder(losigkeit) und die Folgen für das Alterseinkommen

Welche Auswirkungen Kinderlosigkeit, Kindererziehung und Erwerbstätigkeitsmuster von Frauen in West- und Ostdeutschland auf das Alterseinkommen haben, untersuchen Michael Stegmann und Tatjana Mika. Auf der Basis von Daten der deutschen Rentenversicherung zeigen sie, dass Kinderlosigkeit in Deutschland bereits in älteren Geburtskohorten weit verbreitet war und es hinsichtlich der Höhe der Alterseinkommen deutliche Unterschiede zwischen West und Ost gibt. Paare mit Kindern müssen in Westdeutschland deutlich häufiger dauerhafte Wohlstandseinbußen hinnehmen als Frauen in Ostdeutschland. Es lässt sich festhalten, dass im Zusammenhang mit der Kindererziehung das Einkommen der berufstätigen Mütter hinter dem der kinderlosen Mütter zurückbleibt – und das umso stärker, je höher



die Kinderzahl der Frauen ist. Im Osten hingegen ist der Einkommensunterschied für die betrachteten Jahrgänge nur auf den Zeitraum der Kindererziehung bezogen und es kommt relativ schnell wieder zu einer Angleichung der Verhältnisse. Insgesamt zeigt die durch Kinder stark beeinflusste Erwerbsbeteiligung und die Entlohnung in den Phasen vor, während und nach der Kindererziehung deutliche Auswirkungen auf das Alterseinkommen der Mütter.

Differenzierte Analysen und europäische Vergleiche

Mit differenzierten Analysen und europäischen Vergleichen zum Thema Kinderlosigkeit befassen sich Jürgen Dorbritz und Kerstin Ruckdeschel. Sie konstatieren zunächst, dass sich Kinderlosigkeit als bevölkerungswissenschaftliches Thema nunmehr vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wachsender Aufmerksamkeit erfreut. Auf der Grundlage des Mikrozensus 2008 präsentieren sie demografisch und sozialstrukturell differenzierte Informationen über die Anteile kinderloser Frauen und Kinderzahlen in Deutschland. Zugleich wagen die Autoren auf der Basis von OECD-Daten einen internationalen Vergleich der Kinderlosigkeit und zeigen, dass die steigende Kinderlosigkeit in Deutschland Teil eines allgemeinen europäischen Trends ist, bei dem Westdeutschland mit an der Spitze steht. Insgesamt zeigen die Daten für Deutschland regional und sozialstrukturell erhebliche Unterschiede – sowohl bei den Anteilen kinderloser Frauen als auch bei der Paritätsverteilung. So ist für Westdeutschland ein deutlicher Anstieg der Kinderlosigkeit zu beobachten, während ostdeutsche Frauen seltener kinderlos sind, aber dafür häufiger nur ein Kind bekommen. Dabei werden die bestehenden deutsch-deutschen Unterschiede aus einem besonderen Zusammenwirken von strukturellen und kulturellen Faktoren erklärt. Auffällig an der deutschen Fertilitätssituation sind vor allem die Einflüsse der sozialstrukturellen Merkmale, wie etwa das Beispiel des hohen Anteils kinderloser Akademikerinnen zeigt. Wichtig für die Beurteilung der Situation ist die Einstellung derjenigen, die noch kinderlos sind, zur Frage des Kinderwollens. Hier zeigt sich besonders in Westdeutschland ein niedriges Niveau des Kinderwunsches. Daraus wird gefolgert, dass die besondere Situation in Westdeutschland bereits im niedrigen Kinderwunsch angelegt ist.

Lebensorientierung, Kinderwunsch und Vaterrolle

Der Beitrag leitet dann über in den dritten Teil des Bandes, der dem Thema „Lebenskonzepte und Kinderwünsche“ ge-

widmet ist. Dabei untersuchen Jan H. Marbach und Angelika Tölke die Präferenzen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und den Kinderwunsch. Diese Präferenzen werden als Lebensorientierung bezeichnet. Ihrer Untersuchung zufolge gibt es bis zum Jahr 2000 anhaltende Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland auf der Ebene der Lebensorientierungen von Frauen. Demnach gibt es in den neuen Bundesländern – im Gegensatz zu den alten – kaum Frauen, die eine reine Familienorientierung vertreten. Was den Kinderwunsch betrifft, ist dieser weitgehend unabhängig davon, in welcher Form sich Männer und Frauen zwischen Beruf und Familie orientieren. Er variiert vielmehr mit den Werten, die die Befragten Kindern subjektiv zuschreiben. Zudem haben diejenigen Frauen und Männer, die Kinder mit immateriellen Motiven verbinden, einen stärkeren Kinderwunsch.

Motive zur Elternschaft

Wie sehr unterscheiden sich die Motive von westdeutschen Männern und Frauen zur Elternschaft und wie verhaltenswirksam sind deren Motivstrukturen in Bezug auf die Geburt von Kindern? Dieser Frage gehen Jan Eckard und Thomas Klein nach. Ausgehend von der Feststellung, dass über relevante Motive zur Elternschaft nur wenig bekannt ist, weisen sie auf der Basis des Familiensurveys nach, dass für Männer zum Teil andere Beweg- und Hinderungsgründe des generativen Verhaltens wichtig sind als für Frauen. Zudem wirken sich diese differierenden Motive gleichfalls auf die Chance aus, ein Kind zu bekommen. Die Auswertung zeigt, dass immaterielle Beweggründe zur Elternschaft für Frauen von etwas größerer Bedeutung sind als für Männer. Männer, die keine (stabile) Beziehung haben, weisen eine noch geringere Motivation zur Elternschaft auf. Letztendlich präsentieren sich die Motive zur Elternschaft nicht nur als geschlechtsspezifisch, sondern auch als sozialstrukturell differenziert.

Assistierte Reproduktion in Deutschland

Der Beitrag von Heike Trappe beleuchtet die Frage der Kinderlosigkeit aus reproduktionsmedizinischer Perspektive. Sie betrachtet die Rahmenbedingungen, die quantitative Entwicklung und gesellschaftliche Relevanz von reproduktiven Handlungsstrategien von Paaren im Fall von unfreiwilliger Kinderlosigkeit. Dabei werden zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen reproduktionsmedizinischer Behandlungen in Deutschland skizziert und anschließend auf in



Deutschland zugelassene bzw. nicht zugelassene Verfahren Bezug genommen. Sie diskutiert die sozialen und ethischen Implikationen solcher Maßnahmen vor allem im Hinblick auf Familienformen, Mutter- und Vaterschaft sowie Verwandtschaft. Als Konsequenz fordert sie eine gesellschaftliche Debatte hinsichtlich einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin. So werden die reproduktionsmedizinischen Erfolgsaussichten in der Bevölkerung ihrer Ansicht nach als viel zu hoch eingeschätzt, während zugleich die mit der Behandlung einhergehende emotionale Belastung unterschätzt wird. Die Verheißung eines jederzeit erfüllbaren Kinderwunsches ist nämlich schlichtweg nicht einlösbar, lautet ihr Resümee.

Kinderfrage und Geschlechterverhältnisse

Aus einem feministischen Blickwinkel problematisiert Heike Kahlert die Kinderfrage und den Wandel in den asymmetrischen Geschlechterverhältnissen. Sie beschreibt eine Ungleichheit bei der privaten Arbeitsteilung der Geschlechter, bei der die Frauen immer weniger bereit sind, ihre traditionellen von Männern, Staat und Markt aufoktroierten Aufgaben zu erfüllen. Geburtenrückgang und Kinderlosigkeit sind aus ihrer Perspektive ein Ausdruck der rationalen Anpassung an Widersprüche im Wandel der Geschlechterverhältnisse und die institutionell gestützte ungleiche Arbeitsteilung der Geschlechter. Als Schlussfolgerung ihrer Analyse kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Lösung der problematisch gewordenen Kinderfrage in einer konsequenten Demokratisierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung bestehen muss.

Kinderlosigkeit und die Zukunft der Familie

Ausgehend von der Annahme, dass sich in der westlichen Welt eine „Kultur der Kinderlosigkeit“ durchgesetzt hat, stellt

Günter Burkart im letzten Beitrag die Frage nach der Zukunft der Familie. Da sich die Anzeichen mehren, dass der Kinderwunsch nicht mehr uneingeschränkt die Lebensperspektive prägt, gibt es Indizien dafür, dass sich eine Kultur des Zweifels in Bezug auf Elternschaft herausgebildet hat, die nicht allein durch finanzielle Anreize oder eine Verbesserung der Infrastruktur, etwa zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, beseitigt werden kann. Mit einer verstärkten Herausbildung einer Kultur des Individualismus seit den 1960er Jahren rücken Selbstthematizierung und -reflexion der Individuen und damit auch eine Hinterfragung des Kinderwollens und des Familiengründens in den Vordergrund. Die daraus resultierende Kultur des Zweifels bildet dann den allgemeinen Dispositionsrahmen für Kinderlosigkeit. Inwieweit diese Disposition dann umgesetzt wird, hängt von den strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen ab.

Insgesamt bestätigen alle Beiträge dieses Bandes, dass das Ausmaß an Kinderlosigkeit je nach historischem Kontext und den jeweiligen strukturellen und kulturellen Rahmenbedingungen wie staatliche Familien- und Sozialpolitik variiert. Es zeigt sich, dass isolierte politische Maßnahmen keinen direkten Einfluss auf die Neigung zur Familiengründung haben, da die Lebensziele von Individuen nur bedingt steuerbar sind, wie die beiden Herausgeber in ihrem Schlusswort betonen. Was die künftige Entwicklung der Fertilität angeht, deutet sich in Deutschland gerade bei den kinderlosen Akademikerinnen ein Rückgang der Kinderlosigkeit an. Auch für andere europäische Länder wird eine Trendumkehr in der Kohortenfertilität prognostiziert. Inwieweit sich dieser Trend durchsetzen wird, ist allerdings noch unklar.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 34. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0620135

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 6/2013 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.